



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Zeitenwende – Wendezeit.
Eine Analyse der Berichterstattung zu relevanten
deutschlandpolitischen Ereignissen
in den Jahren 1989 und 1990”

Verfasser

Andreas Granzer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)
an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien

Wien, Juli 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 301 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ. Prof. Dr. Fritz Hausjell

Meiner Familie,
die sich immer geduldig gezeigt hat

Meiner Freundin,
für die tagtägliche Unterstützung und Motivation

Meinem Studienkollegen Christian F. Schneider,
für seine kritischen Anmerkungen

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Theoretische Überlegungen	9
Die Nachrichtenauswahl	13
Das Agenda-Setting-Modell	14
Der Journalist als Gatekeeper	15
Frames bzw. Framing	16
Framing und Journalismus	19
Historischer Kontext	24
Mediensystem in der Bundesrepublik Deutschland	24
Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)	26
Die Deutsche Presseagentur (dpa)	26
Journalistenausbildung in der Bundesrepublik Deutschland	27
Mediensystem in der DDR	29
Das Neue Deutschland (ND)	32
Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN)	34
Journalistenausbildung in der DDR	34
Mediennutzung in der DDR	37
Untersuchungsgegenstand	41
Hypothesen	44
I. Zeitverzögerung	44
II. Ereignismanagement und journalistische Strategien zur Vermittlung deutschlandpolitischer Zielvorstellungen	45
III. Wer kommt zu Wort?	46
IV. Sprache und Begriffskonjunktur	48
Methode und Methodologie	49
Auswertung	52
Auswertung der Hypothese I	52
Conclusio	60
Auswertung der Hypothese II	62
Conclusio	80
Auswertung der Hypothese III	83
Conclusio	92
Auswertung der Hypothese IV	93
Conclusio	103
Zusammenfassung und Ausblick	104
Literaturliste	105
Internet-Quellen	110
Abbildungsverzeichnis	111

Anhang	112
Erhebungen	112
Kurzbeschreibung/Abstract	129
Lebenslauf	130

Einleitung

„Mauer und Stacheldraht trennen nicht mehr“

Mit dieser Schlagzeile auf der Titelseite hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11. November quasi den Anfang vom Ende der DDR eingeläutet. Doch wie konnte es kommen, dass ein vermeintlich realsozialistisches - aber in der Auffassung vieler autoritäres mit totalitären Elementen versehenes - System sich über einen Zeitraum von 40 Jahren halten konnte? Euphorisch war die Reaktion vieler im damaligen zweiten deutschen Staat, als dieses System ins Wanken geriet, wie auch Uwe Tellkamp in seinem – bereits heute als Klassiker anzusehenden – Roman „Der Turm“ schildert:

„Viele Menschen waren unterwegs. Auf den Gesichtern lag die Angst der vergangenen Tage, Trauer und Unruhe, aber etwas Neues: Glanz“¹

Von diesem Glanz waren Menschen auf beiden Seiten Deutschlands erfüllt, vor allem in den Tagen nach dem 9. November 1989. Doch mischte sich auch ein Gefühl der Ungewissheit darunter, wie es denn nun weitergehen wird. 28 Jahre nach dem Mauerbau mussten viele erst wieder lernen, mit den neu erworbenen Freiheiten umzugehen bzw. Verständnis für die 16 Millionen Landsleute mit abweichenden Biographien zu entwickeln. Dennoch wurden letztlich die entscheidenden Chancen in dieser Sternstunde der Freiheit und Zivilcourage in Europa genutzt:

„(...) in der Geschichte wie im menschlichen Leben bringt Bedauern einen verlorenen Augenblick nicht mehr wieder, und tausend Jahre kaufen nicht zurück, was eine Stunde versäumt.“², wusste schon Stefan Zweig zu berichten.

Rückblickend auf den geschichtlichen Verlauf erscheint es einleuchtend, dass es für den Erhalt eines politischen Systems auch der Mitarbeit der Medien bedarf, die in der DDR eng an die Staatsmacht gebunden waren und auch als ihr Sprachrohr galten. Zu bemerken ist aber, dass auch westliche Medien nicht frei

¹ Tellkamp, 2008, S. 966

² Zweig, 1995, S. 65

von politischer oder damit in Zusammenhang stehender ökonomischer Einflussnahme sind. Schließlich mussten und müssen sich journalistische Produkte da wie dort einen Leserkreis erschließen.

Im Falle der beiden in dieser Arbeit untersuchten Medien handelt es sich einerseits um die Frankfurter Allgemeine Zeitung, eine Tageszeitung mit liberal-konservativer Ausrichtung, und andererseits um das Neue Deutschland, das Zentralorgan des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Auswahl mag vermuten lassen, dass die politische Orientierung der beiden Medien ohnehin klar ist. Allerdings werden in der vorliegenden Arbeit Ereignisse thematisiert, die knapp vor dem Beginn der Wende bis zur Wiedervereinigung Deutschlands reichen.

Den Fokus legt diese Arbeit nicht nur auf qualitative Aspekte wie etwa die Darstellung staatspolitischer Ausrichtungen oder Lösungsansätze zur Zukunft der (damals noch) zwei deutschen Staaten. Es wird auch gezeigt, zu welchem Zeitpunkt das jeweilige Medium ein Thema ins Spiel bringt, ob es Zeitverzögerungen gibt und wie die Anzahl der Meldungen verteilt sind.

Andreas Granzer, Gerasdorf im Juli 2009

Theoretische Überlegungen

Journalismus bzw. in weiterer Folge die (Massen-)Medien werden oft als „Vierte Gewalt“ im Staat bezeichnet. Damit hängt das Selbstverständnis der Journalisten zusammen, die neben der Information einen gewissen (meist den eigenen oder der Blattlinie folgenden, politischen) Standpunkt vermitteln wollen. Dieser Umstand trifft vor allem auf demokratische politische Systeme zu. Bei totalitären Systemen gibt es per se eine enge Anbindung von Partei(politik) und Medien, wie im Rahmen dieser Arbeit noch zu sehen sein wird.

In diesem Zusammenhang hält Kepplinger fest, dass sich durch die „Vierte Gewalt“ das Prinzip der Gewaltentrennung auf die Massenmedien überträgt, ohne dass diese aber in diesem Prinzip einen festen Platz innehaben.³ Die Medien wollen generell nicht nur das Tun der Menschen beeinflussen, sondern auch ihr Denken. Damit wird unterstellt, dass viele Journalisten heutzutage gar nicht reagieren, sondern viel lieber regieren und agieren, Müller-Ullrich spricht sogar von agitieren.⁴

Historisch betrachtet ist der politische Journalismus ein „Anhängsel“ der Politik.⁵ Seine Entwicklung startet in der Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst in Großbritannien, im Laufe der nächsten Jahrzehnte dann auch in anderen Ländern. Das Verhältnis zwischen Politik und Journalismus war und ist allerdings kein spannungsfreies, manchmal aber auch ein sehr enges. Schuld daran sind ökonomische und politische Rahmenbedingungen, die ein Medium rasch in die Nähe einer Partei oder einer politischen Gesinnung kommen lassen.

Mit der zunehmenden Wichtigkeit und Verwendung der Medien im Alltag verändert sich auch das Gesellschaftsbild, man kann gemeinhin von Mediengesellschaften sprechen. Damit sind moderne Gesellschaften gemeint, in der Medienkommunikation über technische Hilfsmittel *„eine allgegenwärtige und alle*

³ Kepplinger, 1992, S. 32

⁴ Müller-Ullrich, 1996, S. 19

⁵ Altmeppen/Löffelholz: Zwischen Verlautbarungsorgan und „Vierter Gewalt“ in: Sarcinelli, 1998, S. 97

*Sphären des gesellschaftlichen Seins durchwirkende Prägekraft entfaltet [und somit] ein sogenanntes Totalphänomen geworden ist*⁶.

Medienkommunikation tritt in diesem Zusammenhang in drei Ebenen auf. Zunächst auf der Ebene der Institutionen (Makroebene), dann auf jener der Organisationen (Mesoebene) und schlussendlich auf der Ebene der konkreten und individuellen und kollektiven Vermittlungsprozesse (Mikroebene).⁷

Neben vielen alltagssprachlichen Definitionen wählt Saxer für die Erklärung des Begriffs Medium bzw. Medien eine Nominaldefinition aus Sicht der Systemtheorie:

*„Medien sind komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen“*⁸

Für Saxer sind Medien durch fünf mehr oder weniger stark ausgeprägte Merkmale gekennzeichnet:⁹

1. Sie transportieren als technische Kommunikationskanäle unterschiedliche Zeichensysteme (visuelle, auditive, audiovisuelle).
2. Medien müssen sich organisieren, um bestimmte Zwecke zu erfüllen.
3. Medien bilden komplexe Systeme, die unterschiedlich ausgeprägt sind. Medienkommunikation ist das Resultat von Herstellungs-, Bereitstellungs- und Empfangsprozessen.
4. Medienkommunikation wirkt auf alle Schichten des individuellen und kollektiven Seins ein, und zwar problemlösend oder problemschaffend.
5. Medien werden aufgrund ihres Funktionspotenzials in das jeweilige gesellschaftliche Regelungssystem eingefügt, spricht institutionalisiert.

Was die Funktion der Medien anbelangt, so lässt sich laut Luhmann eine Redaktion als soziales Funktionssystem verstehen, das strukturell mit der Außenwelt – besonders in den Bereichen Politik und Wirtschaft – gekoppelt ist.

⁶ Zit. nach Ulrich Saxer: Mediengesellschaft: Verständnisse und Missverständnisse in: Sarcinelli, 1998, S. 53

⁷ Ebenda. S. 53

⁸ Ebenda, S. 54

⁹ Ebenda, S. 54

„Im Vorgriff auf das, was wir in einem späteren Kapitel unter dem Begriff der strukturellen Kopplungen des politischen Systems behandeln werden, sollen die Massenmedien hier als ein Funktionssystem eigener Art vorgestellt werden, das mit Hilfe des Codes Information/Nichtinformation Weltbeschreibungen (inklusive Gesellschaftsbeschreibungen) anfertigt und in vielfältigster Weise mit davon betroffenen anderen Funktionssystemen gekoppelt ist. Man könnte auch sagen: Die Massenmedien repräsentieren die Welt in der Gesellschaft für die Gesellschaft, seitdem die dafür ehemals zuständigen Instanzen, vor allem Religion und Oberschicht, diese Funktion im Übergang zur modernen Gesellschaft haben aufgeben müssen. Und sie repräsentieren die Welt nach dem Code Information/Nichtinformation jeden Tag neu, also auf eine in ihrem System selbst reproduzierbare Wert und so, dass die Reproduktionsweise mit raschen Strukturänderungen kompatibel ist.“¹⁰

Je nachdem wie ausgeprägt diese Koppelung ist und die damit verbundenen Entscheidungsprozesse, desto mehr Zeit wird bis zur Veröffentlichung einer bestimmten Nachricht vergehen. In einem System, das sehr stark auf politischen Vorgaben einerseits und Maßnahmen der Nachzensur andererseits basiert, müsste es daher einen messbaren Zeitverlust zwischen Ereignis und Nachricht geben. Schließlich wusste schon John Milton in seiner *Areopagitica*, dass Zensur vor allem eines ist, hochgradig ineffizient:

„What a collusion is this, whenas we are exhorted by the wise man to use diligence, to seek for wisdom as for hidd'n treasures early and late, that another order shall enjoyn us to know nothing but by statute. When a man hath bin labouring the hardest labour in the deep mines of knowledge, hath furnisht out his findings in all their equipage, drawn forth his reasons as it were a battell raung'd, scatter'd and defeated all objections in his way, calls out his adversary into the plain, offers him the advantage of wind and sun, if he please; only that he may try the matter by dint of argument, for his opponents then to sculk, to lay ambushments, to keep a narrow bridge of licencing where the challenger should passe, though it be valour enough in souldiership, is but weaknes and cowardice in the wars of Truth.“¹¹

Auch im Hinblick auf die Theorie des kommunikativen Handelns scheint es als nicht zielführend, dem Journalisten per se Manipulationsabsicht zu unterstellen (ihm die Wahrhaftigkeit abzusprechen), wird er – als Kommunikator – doch schließlich ebenfalls wollen, dass Kommunikation funktioniert. Dieses Konzept von Kommunikation, das sehr stark deren legitimierenden Charakter betont, wird bereits in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ deutlich:

¹⁰ Zit. nach Luhmann, 2000, S. 303 f.

¹¹ Zit. nach Milton, online abrufbar unter http://www.dartmouth.edu/~milton/reading_room/areopagitica (3. Juli 2009)

„Die Bürgerlichen machen sich hier noch im Auftrag des Landesherren die Gedanken, die alsbald ihre eigenen sind und gegen jenen sich richten. In einem Rescript Friedrichs II. aus dem Jahre 1784 heißt es: 'Eine Privatperson ist nicht berechtigt, über Handlungen, das Verfahren, die Gesetze, Maßregeln und Anordnungen der Souveräne und Höfe, ihrer Staatsbedienten, Kollegien und Gerichtshöfe öffentliche, sogar tadelnde Urteile zu fällen oder davon Nachrichten, die ihr zukommen, bekannt zu machen oder durch den Druck zu verbreiten. Eine Privatperson ist auch zu deren Beurteilung gar nicht fähig, da es ihr an der vollständigen Kenntnis der Umstände und Motive fehlt.' Wenige Jahre vor der Französischen Revolution zeigen sich in Preußen die Verhältnisse wie zu einem Modell verfestigt, die in Frankreich, vor allem aber in England schon zu Beginn des Jahrhunderts in Fluss geraten sind. Die inhibierten Urteile heißen ‚öffentlich‘ mit dem Blick auf eine Öffentlichkeit, die fraglos als eine Sphäre der öffentlichen Gewalt gegolten hatte, nun aber von dieser sich als das Forum ablöste, auf dem die zum Publikum versammelten Privatleute sich anschickten, die öffentliche Gewalt zur Legitimation vor der öffentlichen Meinung zu zwingen. Das publicum entwickelt sich zum Publikum, das subjectum zum Subjekt, der Adressat der Obrigkeit zu deren Kontrahenten.

Die Wortgeschichte hält die Spuren dieser folgenreichen Umwendung fest. In England ist seit der Mitte des 17. Jahrhunderts von ‚public‘ die Rede, wofür bis dahin ‚world‘ oder ‚mankind‘ gebräuchlich war. Ebenso taucht im Französischen le public als Bezeichnung dessen auf, was, dem Grimmschen Wörterbuch zufolge, im 18. Jahrhundert als ‚Publikum‘ von Berlin aus auch in Deutschland sich einbürgerte; bis dahin sprach man von der Lesewelt oder auch einfach von der Welt (heute noch im Sinne von: alle Welt, tout le monde). Adelung unterscheidet das Publikum, das sich um einen Redner oder Schauspieler herum am öffentlichen Orte als Menge versammelt, vom Leseublikum; in beiden Fällen aber handelt es sich um ein ‚richtendes Publikum‘. Was dem Urteil des Publikums unterbreitet wird, gewinnt ‚Publizität‘. Ende des 17. Jahrhunderts wird engl. publicity aus frz. publicité entlehnt; in Deutschland taucht das Wort im 18. Jahrhundert auf. Die Kritik selber stellt sich in Gestalt der ‚öffentlichen Meinung‘ dar, ein der ‚opinion publique‘ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachgebildetes Wort. in England entsteht ‚public opinion‘ etwa gleichzeitig; von general opinion ist allerdings schon lange vorher die Rede.“¹²

Gerade die Schaffung dieser „Öffentlichen Meinung“ wurde in der DDR in ihrem gesamten Bestehen unterbunden. Dass dies nicht den Idealfall darstellt, hat auch Milton in einer äußerst treffenden Metapher festgehalten:

„Truth is compar'd in Scripture to a streaming fountain; if her waters flow not in a perpetuall progression, they sick'n into a muddy pool of conformity and tradition.“¹³

¹² Zit. nach Habermas, 1996, S. 83 ff.

¹³ Zit. nach Milton, online abrufbar unter http://www.dartmouth.edu/~milton/reading_room/areopagitica

In der Auffassung der heutigen Kommunikationswissenschaft dient der Journalismus im Allgemeinen als System zur Selbstbeobachtung der Gesellschaft.¹⁴ Normativ werden ihm die Funktionen Information, Kritik und Kontrolle sowie Bildung und Erziehung zugeschrieben, aber auch Unterhaltung sowie Orientierung und Lebenshilfe.

Zwischen den Systemen Journalismus und Politik gibt es laut Altmep-
pen/Löffelholz zahlreiche Verbindungen. So halten die Autoren fest, dass es für
das politische System nahezu unmöglich ist, politische oder innerparteiliche
Öffentlichkeiten ohne journalistische Leistungen herzustellen. Hierbei zeigt sich,
dass beide Systeme zwar selbstreferenziell, also auf sich selbst bezogen, aber
nicht autark sind. Hier gibt es „Störfaktoren“ wie beispielsweise die Öffentlich-
keitsarbeit politischer Institutionen, die Einfluss auf die politische Berichterstat-
tung ausüben kann. Im Allgemeinen aber unterscheidet das System Journalis-
mus selbst, welche Ereignisse thematisiert werden. Das erfolgt auf der Grund-
lage von Normen, Strukturen und Programmen.¹⁵

Die Nachrichtenauswahl

Der Vorgang, wie eine bestimmte Nachricht auch zu einer Meldung wird, unter-
liegt gewissen Kriterien, vor allem aber der konkreten Auswahl durch die Jour-
nalisten bzw. durch die Vorgaben der Herausgeber. Unterschieden wird bei der
Nachrichtenauswahl zwischen:¹⁶

1. **Selektionsmodell:** Hier stehen Ursache und Wirkung im Vordergrund, der Journalist gilt vor allem als Vermittler. Allerdings folgt die Auswahl nicht immer objektiven Kriterien, die „Wichtigkeit“ einer Nachricht kann unterschiedlich interpretiert werden.
2. **Inszenierungsmodell:** Hier wird durch gesellschaftliche Akteure (Politik, Wirtschaft), die die Selektionskriterien von Journalisten kennen, die Nachrichtengebung in gewisser Hinsicht gesteuert. So wird z.B. ein neu-

(3. Juli 2009)

¹⁴ Altmep-
pen/Löffelholz: Zwischen Verlautbarungsorgan und „Vierter Gewalt“ in: Sarcinelli, 1998, S. 99

¹⁵ Ebenda, S. 99

¹⁶ Kepplinger, 1992, S. 47 ff.

es Produkt mit umfassender Werbung oder einer Pressekonferenz eingeführt und damit beginnt ein neues Ursache-Wirkungs-Schema.

3. **Aktualisierungsmodell:** Hier treten die Absichten der Journalisten auf den Plan. Je nach Intention können diese direkt auf die Berichterstattung oder auf dahinterstehende Zwecke abzielen. Wenn bestimmte kontroversielle Themen von den Medien stärker oder schwächer behandelt werden, spricht Kepplinger von der sogenannten *Instrumentellen Aktualisierung*.

Das Agenda-Setting-Modell

Dieses auf McCombs/Shaw zurückgehende Modell fußt auf der Annahme, dass Massenmedien nicht so sehr beeinflussen was wir denken, sondern vielmehr bestimmen, worüber wir nachzudenken haben. Dabei legen die Medien fest, welche Themen auf ihre Tagesordnung (Agenda) gesetzt werden. Ausgangspunkt ist hier, dass die Medienagenda die Publikumsagenda beeinflusst.¹⁷ In diesem Zusammenhang haben sich drei Modell-Varianten herauskristallisiert:¹⁸

1. „Das Awareness-Modell (Aufmerksamkeitsmodell), in dem unterstellt wird, dass das Publikum auf bestimmte Themen oder Themenbündel aufmerksam wird, weil die Medien darüber berichten.
2. Das Salience-Modell, das die unterschiedliche Hervorhebung bestimmter Themen in den Medien als Ursache dafür sieht, dass die Rezipienten diese Themen auch für unterschiedlich wichtig halten, und schließlich
3. das Prioritätenmodell, das die Wirkungsannahme des Salience-Modells radikalisiert und unterstellt, die Themenrangfolge der Medienagenda schlage sich spiegelbildlich in einer ebensolchen Publikumsagenda nieder“

¹⁷ Eichhorn und McCombs/Bell in: Jarren/Bonfadelli, 2001, S. 360 oder Burkart, 2002, S. 248 f.

¹⁸ zit. nach Burkart, der der Darstellung von Uekermann/Weiß und Schenk folgt in: Burkart, 2002, S. 250 f.

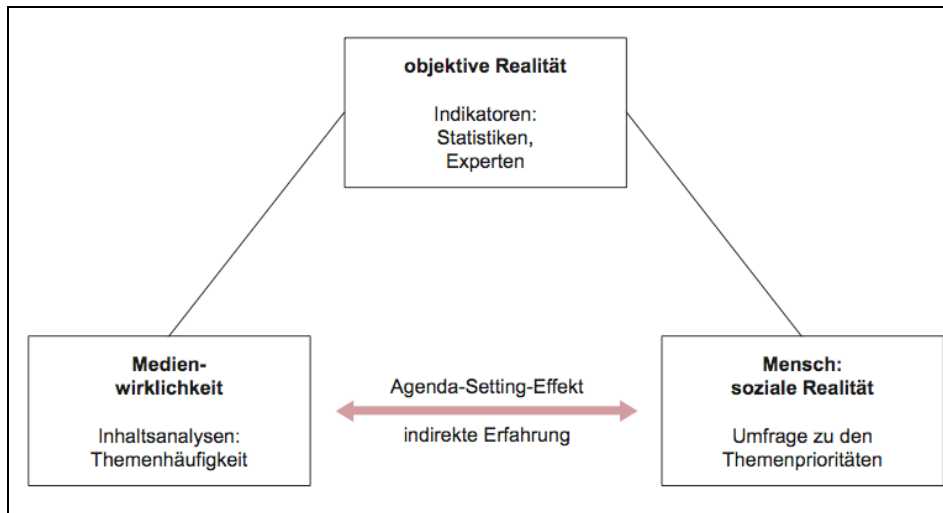


Abbildung 1: Visualisiertes Agenda-Setting-Modell¹⁹

Der Journalist als Gatekeeper

Dieser Ansatz geht auf David Manning White zurück, der das von Kurt Lewin entwickelte Konzept des „Gatekeepers“ (Schleusenwärter), wonach soziale Gruppen über bestimmte einzelne Entscheidungsträger verfügen, auf den Prozess der Nachrichtenauswahl übertragen hat.²⁰ Hier rückt der Journalist in den Mittelpunkt, der Informationen sammelt, selektiert, bewertet und dann je nach journalistischer Intention zu Papier bringt.

Je nach Art der Betrachtung lässt sich die Gatekeeper-Forschung in drei Gruppen teilen – in einen individualistischen Ansatz, wo einzelne Gatekeeper (also etwa Journalisten) den Mittelpunkt der Überlegungen bilden, in Forschungen, die besonders auf Einbeziehung sozialer Institutionen fokussieren und schließlich auf kybernetische Studien, wo systemtheoretische Überlegungen zunehmend in den Mittelpunkt rücken.²¹

¹⁹ Quelle: Jarren/Bonfadelli, 2001, S. 360

²⁰ Burkart, 2002, S. 276

²¹ Gertrude Joch Robinson: Fünfundzwanzig Jahre „Gatekeeper“-Forschung in: Aufermann/Bohrmann/Sül-zer, 1973, S. 344 ff.

Frames bzw. Framing

Frames können einfach gesprochen als Deutungsmuster definiert werden, „welche zur Sinngebung und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden“²². Frames haben zwei zentrale Funktionen: Einerseits die Selektion von wahrgenommenen Realitätsaspekten und andererseits die Strukturierung von Kommunikationstexten über diese Realität.

Frames beinhalten demnach die vier zentralen Punkte *Problemdefinition*, *Ursachenbeschreibung*, *Bewertung des Problems* und *Handlungsempfehlung*.²³ Ähnlich sehen die zentralen Elemente bei Matthes aus. Er unterscheidet zwischen *Problemdefinition*, *Ursachenzuschreibung*, *Lösungszuschreibung/Handlungsaufforderung* und *explizite Bewertung*.²⁴

In der *Problemdefinition* wird festgelegt, warum ein bestimmtes Thema Wichtigkeit erlangt. Prinzipiell darf Problem hier aber nicht mit Thema gleichgesetzt werden. Ein Thema wird in seinen sozialen, sachlichen und zeitlichen Kontext eingeordnet und somit definiert.²⁵

Dass ein Problem naturgemäß mit Ursachen und Gründen verbunden ist, bildet den Kern der *Ursachenzuschreibung*. Hier wird angenommen, dass Menschen sich durch kausale Schlüsse ihr eigenes Verhalten und ihre Umwelt erklären.²⁶ Bei der Zuschreibung erfolgt meist eine Unterteilung in einen positiven bzw. negativen Zustand.

Ist einmal eine Ursachenzuschreibung erfolgt, rückt auch eine *Lösungszuschreibung* in den Fokus. Hier wird zwischen geforderten und zu unterlassenden Maßnahmen zur Behebung eines Problems unterschieden.

Mit der moralischen oder evaluativen Einordnung eines Problems setzt sich die *explizite Bewertung* auseinander. Die Bewertung erfolgt hier nicht kategorisch,

²² Dahinden, 2006, S. 14

²³ Ebenda, S. 14

²⁴ Matthes, 2007, S. 134

²⁵ Weißler, 1999, S. 60 in Matthes, 2007, S. 135

²⁶ Matthes, 2007, S. 135

sondern graduell. Die zentrale Frage ist, wie negativ ein Zustand oder eine Situation ist.

Unterschieden werden muss auch zwischen expliziten und impliziten Frames. Während die expliziten von einem Akteur in einem Medienbeitrag genannt und damit Salienz erlangen, werden in einem impliziten Frame nicht alle, aber mindestens zwei Frame-Elemente salient gemacht. Die restlichen Frame-Elemente werden nur impliziert²⁷.

Aus wissenschaftlicher Sicht kann Framing als „Theorie mittlerer Reichweite“ bezeichnet werden. „Frames treten als Deutungsmuster von massenmedialen Inhalten auf, sind aber nicht identisch mit diesen Themen, sondern als generalisierte Deutungsmuster auf andere Themen übertragbar.“²⁸

Bei Frames wird von Einzelfällen auf allgemeine Muster abstrahiert.²⁹ Frames sollen aber nicht nur als der formale, äußere Rahmen einer sozialen Situation verstanden werden, interessant ist vor allem der innere Kern, die sogenannte Semantik von Frames. Wichtig ist es auch festzuhalten, auf welcher Ebene Frames untersucht werden, in der vorliegenden Arbeit sind das explizit journalistische Frames.

Dahinden schlägt vor, terminologisch auf den englischsprachigen Frame-Begriff zu fokussieren, d.h. damit die Bewertungsmaßstäbe (Zeilen) zu bezeichnen, auf die sich Argumentationsmuster (Zellen) beziehen.³⁰

Scheufele definiert Framing als Vorgang, bei dem bestimmte Objekte und Relationen zwischen Objekten betont und bestimmte Maßstäbe bzw. Attribute, die man an Objekte anlegen kann, salient (betont, besonders sichtbar, hervorstehend) gemacht werden.³¹

²⁷ Matthes, 2007, S. 138

²⁸ zit. nach Matthes, 2007, S. 18

²⁹ Dahinden, 2006, S. 194

³⁰ Ebenda, S. 200

³¹ Scheufele 2003, S. 46

Fokussiert wird ausschließlich auf die Kommunikatorperspektive (journalistische Frames). Der Autor definiert einen journalistischen Frame als „konsistentes System einzelner kognitiver Modelle (Schemata, Scripts usw.), die sich im redaktionellen Diskurs herausbilden, die sich im Austausch mit anderen (medialen) Diskursen verändern und die journalistische Nachrichtenproduktion beeinflussen“.³²

³² zit. nach Scheufele 2003, S. 91

Framing und Journalismus

Die grundlegenden Arbeitsprozesse des Journalismus (Selektion, Bewertung) stehen auch im Mittelpunkt des Framing-Ansatzes. Dieser zeigt aber auch Ähnlichkeiten zur Nachrichtenwerttheorie und dem Bias-Ansatz.³³

Die Nachrichtenwerttheorie

In Anlehnung an Galtung/Ruge wird damit das Selektionsverhalten der Journalisten erklärt. Damit ist gemeint, dass Journalisten die Auswahl der dann in den Medien publizierten Inhalte nicht nur aufgrund organisatorischer Randbedingungen (Blattlinie), sondern auch im Hinblick auf Merkmale eines bestimmten Ereignisses (Zeit, räumliche Nähe, etc.) vornehmen.

Gemeinsamkeiten/Unterschiede:

Sowohl Framing als auch die Nachrichtenwerttheorie zielen zunächst auf denselben Untersuchungsgegenstand ab, nämlich Selektionsprozesse auf der Ebene von Journalisten und Publikum. Dann verfolgen beide Konzepte den Anspruch, sich als themenunabhängig beschreiben zu lassen. Und drittens gibt es Gemeinsamkeiten in der semantischen Ähnlichkeit (Nachrichtenfaktoren bzw. (Basis-)Frames).

Zu den Unterschieden zählt der Autor, dass Nachrichtenfaktoren als Mikro-Konzepte (isolieren einen Einzelaspekt), Frames hingegen als komplexe, mehrdimensionale Strukturen (Meso-Konzepte) fungieren. Eine weitere Unterscheidbarkeit liegt im zeitlichen Geltungsanspruch: Während die Nachrichtenwerttheorie einen universellen Geltungsanspruch verfolgt - wobei das auch laut Dahinden von einzelnen Autoren bereits in Frage gestellt wurde - hat der Framing-Ansatz „in Bezug auf die zeitliche Dimension keinen universellen Geltungsanspruch. Frames werden zwar als themenunabhängig präsentiert, kulturelle und

³³ Matthes, 2007, S. 68 ff.

zeitliche Unterschiede aber nicht ausgeschlossen, sondern als empirisch offene Fragen behandelt³⁴.

Der Bias-Ansatz

Unter dem Stichwort „News Bias“ fasst Staab die Absicht zusammen, „Unausgewogenheiten, Einseitigkeiten und politische Tendenzen in der Medienberichterstattung zu messen sowie Aufschluss über deren Ursachen zu erlangen“.³⁵

Hackett versteht Bias als „Verletzung der journalistischen Objektivitätsnorm durch eine verzerrte Darstellung“³⁶, hervorgerufen vor allem durch die individuellen Einstellungen der Journalisten.

Gemeinsamkeiten/Unterschiede:

Zu den Gemeinsamkeiten der beiden Ansätze gehört unter anderem die explizite Thematisierung von Bewertungsfragen, wobei diese Bewertungen in einem aktiven Konstruktionsprozess entstehen – sowohl was die journalistischen Quellen als auch die Journalisten selbst betrifft.

Zu den großen Differenzen zwischen Framing und Bias zählt zweifelsohne die unterschiedliche Dimensionalität. Das Bias-Konzept zielt ausschließlich auf die Bewertung (pro, contra, neutral) gegenüber einem Sachverhalt ab, ohne jedoch Argumente oder Begründungen anzuführen. Frames beschäftigen sich im Sinne von Argumentationsmustern nicht nur mit einem bestimmten Urteil, sondern auch mit den Beurteilungskriterien und deren Anwendbarkeit auf das jeweilige Thema.

Ein weiterer großer Unterschied liegt in der empirischen Operationalisierung. Dahinden sieht den Bias-Absatz eher als relativ abstraktes Konzept, das in der Empirie datenfern ist und daher vieler Hilfskonstruktionen bedarf. Frames hingegen sind als Argumentationsmuster relativ datennah und könnten so leicht codiert werden.

³⁴ Matthes, 2007, S. 71

³⁵ Zit. nach Staab in Burkart, 1998, S. 274

³⁶ Zit. nach Hackett in Dahinden 2006, S. 73 f.

Auch was die normative Ebene betrifft, werden Differenzen sichtbar. Der Bias-Ansatz wird in der Bewertung in aller Regel als negativ beurteilt. Beim Framing-Ansatz sieht die Sache anders aus: Je nach Ansicht der Autoren (Gitlin, Entman) orientiert sich Framing stark am Bias-Ansatz bzw. wird als neuere, komplexere Version von diesem angesehen. Es gibt aber auch Autoren (Gamson/Modigliani, Gamson), bei denen Framing keine negative Komponente aufweist, sondern als rein deskriptives Konzept eingesetzt wird.

Framing, Agenda-Setting und Medien-Priming

In der Literatur gibt es Anknüpfungspunkte zwischen Framing, Agenda Setting und Medien-Priming. Laut Agenda-Setting-Theorie beeinflussen Medien nicht wie Menschen denken, sondern worüber sie nachdenken. Im sogenannten „first level“ wird auf Objekte (Themen oder Kandidaten) abgezielt. Im „second level“ geht es um deren Attribute; sowohl um kognitive Attribute (zum Beispiel Vertrauenswürdigkeit) als auch um affektive Attribute (Bewertungen).³⁷

Unterscheiden lässt sich zwischen:

Agenda-Setting-Effekt: Die Gewinnung eines Objektes (Thema, Person) in den Medien (Objekt-Agenda der Medien) beeinflusst die Bedeutung, die Rezipienten dem Objekt zuschreiben (Objekt-Agenda der Rezipienten).

Attribute-Setting-Effekt: Die Gewichtung von Attributen des Objekts in den Medien (Attribute-Agenda der Medien) beeinflusst die Bedeutung, die Rezipienten den Attributen zuschreiben (Attribute-Agenda der Rezipienten).³⁸

Vom Wirkungsaspekt aus gesehen, ist zwischen Framing- und Priming-Effekten zu differenzieren. Peter definiert Medien-Priming als eine Sonderform des psychologischen Primings-Konzepts. Beim allgemeinen Priming kann demnach eine Vielzahl von Umweltereignissen die Zugänglichkeit gespeicherten Wissens

³⁷ zit. nach Golan/Wanta 2001, S. 249 in: Scheufele 2003, S. 60.
Einen Überblick dazu liefert auch Matthes 2007, S. 92 ff.

³⁸ Scheufele verweist hier auf Benton und Frazier 1976 sowie Weaver et. al. 1981 in: Scheufele, 2003, S. 61

erhöhen, während dies beim Medien-Priming über die Informationen aus den Medien erfolgt.³⁹

„Medienpriming [kann] definiert werden als der Prozess, in dem (1) massenmedial vermittelte Informationen (als ‚Primes‘) im Gedächtnis der Rezipienten verfügbare Wissensseinheiten (2) temporär leichter zugänglich machen. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, (3) dass die nunmehr leichter zugänglichen Wissensseinheiten auch bei der Rezeption, Interpretation oder Beurteilung nachfolgend angetroffener Umweltinformation (dem ‚Zielstimulus‘) eher aktiviert und benutzt werden als weniger leicht zugängliche Wissensseinheiten (und letztlich somit auch Verhalten beeinflussen können). Grundsätzlich ist die Aktivierung und Benutzung der leichter zugänglichen Wissensseinheiten desto wahrscheinlicher, (4) je kürzer der Medien-Prime zeitlich zurückliegt bzw. (5) je öfter der Medien-Prime auftritt. Eine weitere grundsätzliche Bedingung der Aktivierung und Benutzung von solchen leichter zugänglichen Wissensseinheiten ist, (6) dass diese Wissensseinheiten auf nachfolgende Umweltinformationen anwendbar sind.“⁴⁰

Im engen Zusammenhang mit dem Medien-Priming stehen die theoretischen Konzepte der Verfügbarkeit und der Zugänglichkeit von Wissensseinheiten. Die Verfügbarkeit zielt darauf ab, ob eine Wissensseinheit im Gedächtnis gespeichert ist. Das Zugänglichkeitskonzept nimmt sich hingegen dem Aktivierungspotenzial verfügbarer Wissensseinheiten an. Primingeffekte liegen laut Peter dann vor, „wenn kognitiv leichter zugängliche Wissensseinheiten tatsächlich aktiviert und auf nachfolgende Umweltinformationen angewendet werden“.⁴¹

Framing und instrumentelle Aktualisierung

Folgt man dem Ansatz von Kepplinger⁴², dann ist bei Konflikten der zentrale Gegenstand mit diversen Sachverhalten verbunden, die für oder gegen eine der Konfliktparteien sprechen. Laut Kepplinger kann zwischen Gegenstand und den Sachverhalten eine sachlogische („objektive Instrumentalität“) oder eine nur so wahrgenommene („subjektive Instrumentalität“) Beziehung bestehen. In diesem Zusammenhang geht es darum, dass eine Konfliktpartei eher negative Sachverhalte über die andere Seite verbreitet als positive über die eigene Seite.

³⁹ Peter, 2002, S. 22

⁴⁰ zit. nach Peter, 2002, S. 22 f.

⁴¹ zit. nach Peter, 2002, S. 24

⁴² Kepplinger et. al., 1989 in: Scheufele, 2003, S. 101

Wissenschaftlich gesehen tangiert die Theorie der instrumentellen Aktualisierung zwei verschiedene Ansätze. Einerseits knüpft sie an Hartmanns Überlegungen zur „Zweck-Mittel-Wahl“⁴³ und andererseits an die „Theorie der affektiv-kognitiven Konsistenz“⁴⁴ von Rosenberg.

Framing und Nachrichtenfaktoren

Hier geht Scheufele davon aus, dass Nachrichtenfaktoren nicht mit Schemata vergleichbar sind. Vielmehr werden sie als „universell-inhaltsfreie Schemata“ definiert. Beim Framing werden im Gegensatz dazu „Ereignisse aufgrund inhaltsgebundener Schemata ausgewählt, die nur für jene Ereignisklassen gelten, auf die sie sich beziehen“⁴⁵.

Was die Stabilität und den Wandel journalistischer Frames angeht, unterscheidet Scheufele vier Phänomene:⁴⁶

1. *„Frame-Remaining: Frames und ihre Elemente bleiben unverändert.*
2. *Frame-Shifting: Etablierung völlig neuer Frames, z.B. nach Schlüsselerlebnissen.*
3. *Frame-Modifying: Modifizierung bestehender Frames bzw. höchstens Veränderung einzelner Schemata.*
4. *Frame-Bridging: Verknüpfung kongruenter, aber bisher unverbundener Frames.“*

⁴³ Hartmann 1966, 69 ff.

⁴⁴ Rosenberg 1956 in: Scheufele 2003, S. 101

⁴⁵ zit. nach Scheufele, 2003, S. 102

⁴⁶ Scheufele, 2003, S. 105

Historischer Kontext

Mediensystem in der Bundesrepublik Deutschland

Einer der Kernpunkte einer Demokratie ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und dessen Verbreitung, womit das Recht auf Pressefreiheit explizit verbunden ist. Generell ist im Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland die Pressefreiheit wie folgt verankert:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“⁴⁷

Seit dem Bestehen der BRD bis zur Wiedervereinigung mit der DDR lassen sich vier Phasen des Pressewesens unterscheiden:⁴⁸

1. **Die Aufbauphase** (1949 bis 1954): Mit der am 21. September 1949 erteilten sogenannten Generallizenz war es jedem Deutschen, der im Zuge der Entnazifizierung nicht als Beteiligter oder Beschuldigter ausgewiesen war, erlaubt, eine Zeitung herauszugeben. Schon im Verlauf des Jahres 1949 stieg die Zahl der Zeitungstitel auf 600, 1951 gab es im Verbreitungsgebiet der amerikanischen Zone bereits 462 Zeitungstitel, in der britischen Zone 410 und im französischen Besatzungsgebiet 130. Deren gemeinsame Auflage betrug 13 Millionen Exemplare. Die Aufbauphase war gekennzeichnet von einem Konkurrenzkampf zwischen den neuen Zeitungen der Altverleger und den Lizenzzeitungen, wobei sich zweitgenannte durchaus behaupten konnten. Daher mussten viele Altverleger ihre neu gegründeten Zeitungen mit Zeitungen anderer Altverleger zusammenführen. Zu den wiederbegründeten Publikationen der Altverleger zählt auch die in dieser Arbeit behandelte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ).

⁴⁷ Noelle-Neumann/Schulz/Wilke, 1997, S. 244 f.

⁴⁸ Pürer/Raabe, 1996, S. 108 ff.

2. **Die Phase der Pressekonzentration** (1954 bis 1976): Grundsätzlich wird hier zwischen ökonomischer und publizistischer Konzentration⁴⁹ unterschieden. Bei den Tageszeitungen wird etwa der Axel-Springer-Verlag als eine Beispiel für Auflagenkonzentration genannt, da er am Höhepunkt der Konzentrationsphase mit den Tageszeitungen „Bild“, „Welt“, „B.Z.“ und anderen einen Anteil von 30,21 Prozent (an der Straßenverkaufs- presse einen Anteil von 82,93 Prozent) an der Gesamtauflage innehatte. Zwischen 1954 und 1976 halbierte sich die Anzahl der Titel von 225 auf 121, im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der publizistischen Einheiten mit einer Auflage von über 150.000 Exemplaren von 18 auf 42. Deren Anteil an der Gesamtauflage stieg von 37,2 auf 75,5 Prozent.
3. **Die Konsolidierungsphase** (1976 bis 1985): Diese Zeitspanne war gekennzeichnet von einem leichten Anstieg der Zeitungseinheiten und -ausgaben, jedoch ging auch hier die Zahl der Verlage als Herausgeber (Zeitungsunternehmen) zurück. In dieser Phase fällt auch die Einführung elektronischer Produktionssysteme.
4. **Das Pressewesen vor der Wiedervereinigung:** Für diese Epoche ist festzuhalten, dass sich das Zeitungswesen durch ein Nebeneinander von unterschiedlich großen Tageszeitungs-Verlagshäusern darstellte. Zu den größten Verlagen zählten Springer, die WAZ-Gruppe, die Süddeutsche Verlagsgruppe, die Gruppe DuMont-Schauberg und die Stuttgarter Zeitungsverlagsgruppe. Die gemeinsame Auflage der Tageszeitungen betrug 1989 immerhin 20,5 Millionen Exemplare.

⁴⁹ Noelle-Neumann/Schulz klassifizieren die Pressekonzentration in die Bereiche „Publizistische Konzentration“, „Verlagskonzentration“ und „Auflagenkonzentration“. Erstgenannte meint die Verringerung der publizistischen Einheiten und der (redaktionellen) Ausgaben. Zweitgenannte bezieht sich auf die Reduktion von Verlagen, die Zeitungen oder Zeitschriften herausgeben. Auflagenkonzentration meint die zunehmende Vereinigung der Auflagenanteile einer Publikation bei einem oder mehreren Verlagen. Zitiert nach Noelle-Neumann, Elisabeth: Pressekonzentration und Meinungsbildung, in: Publizistik, 13. Jahrgang, Hf. 2-4, S. 107-136, in: Pürer/Raabe, 1996, S.115

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) wurde 1949 nach der Erteilung der Generallizenz gegründet. Statt eines Chefredakteurs ist ein fünfköpfiges Herausgeber-Kollegium für die politischen Inhalte zuständig. Knapp vor der Wende erzielte die Tageszeitung eine Auflage von 355.000 Exemplaren⁵⁰.

Die Ausrichtung gilt gemeinhin eher als konservativ, das Blatt richtet sich an leitende Angestellte aus Verwaltung und Behörden, Führungspersonal von Betrieben und Selbstständige. Jedoch ist die FAZ nicht als Parteiblatt zu verstehen, vielmehr betont man sogar die Ausgewogenheit der Zeitung mit der Unterteilung in die drei getrennten Hauptbereiche Politik, Wirtschaft und Feuilleton. Allerdings verfolgt die Redaktion „eine ganz bestimmte, freiheitliche Linie, und das mit einer nicht überall gern gesehenen Konsequenz. Aber sie ist keiner Partei dienstbar“⁵¹.

Die FAZ kommt derzeit laut AWA 2008 mit 830.000 Lesern auf eine Reichweite von 1,3 Prozent. 990.000 Leser und eine Reichweite von 1,5 Prozent kann die Sonntagsausgabe der FAZ, die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS) für sich verbuchen.⁵²

Die Deutsche Presseagentur (dpa)

Als eine wesentliche Quelle der Information in der BRD soll hier nun näher auf die dpa eingegangen werden.⁵³ Am 18. August 1949 beschlossen die Agenturen DENA, DPD und SÜDENA den Zusammenschluss zur dpa, die erste Meldung des Basisdienstes erfolgte am 1. September des gleichen Jahres.

⁵⁰ Angaben laut IVW-Auflagenliste 2/1989 in: Pürer/Raabe, 1996, S. 167

⁵¹ Zit. nach Alles über die Zeitung: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, 1987, S 7 f.

⁵² Daten laut Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse (AWA) 2008; online abrufbar unter <http://www.awa-online.de> (26. Mai 2009)

⁵³ Die weiteren Ausführungen folgen der Chronik des Unternehmens, online abrufbar unter <http://www.dpa.de> (25. Juni 2009)

In einer außerordentlichen Gesellschaftersitzung wurde 1956 der Ausbau der Auslandsdienste beschlossen, bereits acht Jahre später umfasste das Auslandsnetz der dpa Korrespondenten und Mitarbeiter in 75 Ländern. Neben der Einführung von verschiedenen elektronischen Nachrichten- und Bildübermittlungsverfahren erfolgte 1988 das Ende der Zulieferung von Meldungen durch Partner. Alle relevanten Staaten im Ausland wurden nun mit dem eigenen Korrespondentennetz abgedeckt.

Als die Veränderungen in der DDR bereits absehbar waren, vereinbarten dpa und der staatliche DDR-Nachrichtendienst ADN 1989 eine Zusammenarbeit in den Bereichen Vertrieb und Technik. Im Februar 1990 wurde die „Thüringer Allgemeine“ als erste Zeitung DDR-weit direkt mit dpa-Basisdienst beliefert. Mit Ende 1990 waren bereits 41 Zeitungen in den sogenannten „neuen Bundesländern“ Kunden der dpa.

Journalistenausbildung in der Bundesrepublik Deutschland

Der Beruf des Journalisten war und ist in Deutschland mit keinen Hürden irgendwelcher Art verbunden. Die Bezeichnung „Journalist“ kann unabhängig von der individuellen Ausbildung verwendet werden.

In Deutschland hat aber in den vergangenen Jahren ein Trend zu gesteigerter Qualität im Journalismus eingesetzt, d.h. das Bild vom „Begabungsberuf“ hat sich stark Richtung Ausbildungsberuf gewandelt. Von Seiten der Ausbildung bildet das Volontariat eine Möglichkeit, in das Berufsfeld einzusteigen. Meist werden aber heute hier bereits Vorkenntnisse verlangt, etwa eine vorangegangene Tätigkeit als freier Journalist oder der Besuch einer Hochschule (Journalistik, Publizistik).

Reine Journalismusschulen⁵⁴ (etwa die Deutsche Journalistenschule in München, die Berliner Journalisten-Schule, die Evangelische Journalistenschule, die Henri-Nannen-Schule/Hamburger Journalistenschule, die verlags- bzw. sender-

⁵⁴ Eine Aufzählung und genaue Beschreibung der unterschiedlichen Journalistenschulen findet sich bei La Roche, 2003, S. 228 ff.

orientierten Journalistenschulen oder Lehrgänge zur beruflichen Weiterbildung) verbinden hingegen die Bereiche Theorie und Praxis.

Mediensystem in der DDR

Anders als in westlichen Demokratien ist das Verständnis für die Rolle der Medien in der DDR ausgeprägt gewesen. Dort hatten diese den Auftrag, dem Volk die Politik der (Einheits-)Partei näher zu bringen. Der gesellschaftspolitische Ansatz ist zentralistisch, d.h. alle Macht – auch jene auf den Journalismus – geht vom Staatsapparat aus. Aufgrund dessen lässt sich das Mediensystem der DDR wie folgt charakterisieren:⁵⁵

1. *„die enge Anbindung der Medien in das politische System und die straffe Lenkung und Kontrolle durch die Spitze der SED, die Freiheiten im liberalen Sinne nicht zulassen; damit zusammenhängend*
2. *die starke Politisierung der Inhalte, auch wenn es sich um Unterhaltung, Erziehung oder Ökonomisches handelt; und schließlich*
3. *eine im Vergleich zu den westlichen Massenmedien ausgeprägte Einheitlichkeit, Eintönigkeit und Langeweile”*

Die Entstehung des Mediensystems war demnach eng an die Gründung des Staates gebunden. Bereits einen Monat nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands erlaubte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) vier Parteien (KPD, SPD, CDU und die Liberal-demokratische Partei Deutschlands LDPD) und erteilte damit auch die Lizenz für je eine Tageszeitung. An Privatpersonen erfolgte jedoch keine Lizenzerteilung.

„Die SMAD legte für eine demokratische Entwicklung unseres Journalismus schon 1945 die Grundlage, indem Lizenzen für die Herausgabe journalistischer Organe nur an demokratische Organisationen und Parteien vergeben wurden, und nicht, wie in den westlichen Besatzungszonen, an Privatpersonen.“⁵⁶

Am schnellsten reagierte die KPD auf diese Vorgaben und gab am 13. Juni 1945 die „Deutsche Volkszeitung“ heraus. Die SPD folgte mit ihrer Publikation „Das Volk“ am 7. Juli 1945. Nach dem erzwungenen Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED erschien das Parteiorgan „Neues Deutschland“ ab

⁵⁵ Zit. nach Rainer Geißler: Die Massenmedien der DDR im Überblick in: Haas, 1990, S. 97

⁵⁶ Zit. nach Baerns in: Baumgartner, 1991, S. 19

23. April 1946⁵⁷. Von Anfang an mussten alle Zeitungen in der SBZ die Vorzensur, ab 12. Oktober 1946 die Nachzensur durch die SMAD bzw. deren Propagandaverwaltung (ab 1947 Informationsverwaltung) über sich ergehen lassen. Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 gingen die Machtbefugnisse zwar formell in deutsche Hände über, am Einfluss der Sowjetunion im „sozialistischen Bruderstaat“ hatte sich damit aber wenig geändert.

Bezüglich Pressefreiheit war im Artikel 9 der DDR-Verfassung aus dem Jahr 1949 festgelegt, dass die Freiheit der Meinungsäußerung „innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze“ garantiert wird, von Pressezensur war also keine Rede. Im Artikel 28 der DDR-Verfassung aus dem Jahr 1968 heißt es dann.

*„(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. (2) Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens werden gewährleistet.“*⁵⁸

Diese Bestimmungen waren jedoch eher theoretischer Natur. Denn die DDR-Verfassung verfügte über sogenannte „Grundsätze“, denen nicht zuwidergehandelt werden durfte. Dazu zählten etwa die führende Rolle der Partei, der „demokratische Zentralismus“, die Ausübung der politischen Macht durch die „Werk tätigen“ sowie das unwiderrufbare Bündnis mit der Sowjetunion.⁵⁹

Mit der Etablierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als vorherrschender Staatspartei wurde bei dieser eine Abteilung Presse und Information beim Parteivorstand eingerichtet, die zunächst die Kontrolle der SED-Presse in der SBZ, später aber auch die Weisungsbefugnis für die SED-Parteiorganisation in der Nachrichtenagentur ADN, den Ämtern für Information in den Ländern, den Hörfunksendern und den Zeitungen der Massenorganisationen inne hatte. Die Abteilung für Presse und Information wurde während des Bestehens der DDR mehrfach umstrukturiert und umbenannt.

⁵⁷ Wilke, 2007, S. 257

⁵⁸ Zit. nach Noelle-Neumann/Schulz/Wilke, 1997, S. 220

⁵⁹ Ebenda, S. 221

„1950 wurden die Abteilungen Presse und Massenagitation zusammengefasst und gleichzeitig eine Abteilung Propaganda gebildet. Ende 1952 legte das Zentralkomitee wieder neue Strukturpläne vor. Nunmehr nahm die Abteilung Presse und Rundfunk die Medienlenkung wahr; ging im Januar 1954 jedoch neuerlich in der Abteilung Agitation auf. 1957 wurden die Abteilungen Agitation und Propaganda zusammengelegt. Von 1961 bis zur Auflösung im Jahr 1989 gab es dann wieder eine Abteilung Agitation, deren Sektoren und Leistungsstrukturen sich jedoch ständig veränderten. Die grundsätzlichen Aufgabenzuweisungen blieben jedoch bis zuletzt erhalten.“⁶⁰

Typisch für den Journalismus in der DDR waren von Seiten des Zentralkomitees die Vorgabe mündlicher Anweisungen, die Herausgabe von Rundschreiben, Druckschriften (etwa der „Redaktionsbrief“ oder „Das aktuelle Argument“), Fernschreib-Telegramme, hektographierte Argumentationshinweise, Pressekonferenzen oder die sogenannten „Donnerstag-Argus“⁶¹. Im Zuge letztgenannter Presseanweisung fand jeden Donnerstag um 10 Uhr im ZK der SED die „Argumentation“ statt. Diese wurden vom Leiter der Abteilung Agitation einberufen, dabei waren alle wesentlichen Medien aus Print, Fernsehen und Rundfunk. Nicht dabei waren Vertreter der Zeitung „Neues Deutschland“ und jener der Tageszeitungen der Blockparteien. Diese wurden meist unmittelbar danach oder einen Tag später eigens instruiert.

Das Ritual, dem die „Donnerstag-Argus“ folgten, war dabei immer ähnlich, wie ein Teilnehmer berichtete:

„Die Argumentationen wurden überwiegend vom Leiter der Abteilung Agitation beim ZK durchgeführt. Oder, ganz selten, von einem seiner Stellvertreter. Zunächst kamen Gäste zu Wort, selbst ZK-Abteilungsleiter, Staatssekretäre oder sonstige hohe Funktionäre, die über ihr Wirkungsfeld berichtet wissen wollten. Sie lasen etwa 20 bis 30 Minuten vom Blatt, dann gab der Oberanleiter noch etwas Würze hinzu. Weitere Themen waren ‚Hinweise‘, ‚Aktuelles‘ oder auch ‚Termine‘, wobei man erfuhr, wer wann wohin zu fahren gedachte oder wer hierorts empfangen werden würde. Meist zog es sich mehr als eine Stunde hin, denn manch einer hörte sich gerne reden. Auch ging es vielfach nach der Devise, dass die Wiederholung die Mutter der Weisheit sei. Von der Möglichkeit, Fragen zu stellen, wurde selten Gebrauch gemacht“⁶²

⁶⁰ Zit. nach Holzweißig, 2002, S. 11 f.

⁶¹ Wilke, 2007, S.290

⁶² Zit. nach Bürger, 1990, S. 17 in: Wilke, 2007, S. 291 f.

Die letzte, mit Dokumenten noch belegbare, Sitzung der „Donnerstag-Argus“ fand am 19. Oktober 1989, unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer, statt. Selbst zu dieser Zeit wollte sich Heinz Geggel, zwischen 1973 und 1989 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED und Chef der „Argus“, seine proaktive Rolle und „Mittäterschaft“ im System DDR-Presse nicht eingestehen:

„Wir werden den einzelnen Medien nicht mehr dreinreden. Darunter hat besonders das ND (‚Neues Deutschland‘ – Anm. AG) gelitten. Ich bin aber nicht bereit, eine große Vergangenheitsbewältigung zu machen. Die Chefredakteure sind verantwortlich.“⁶³

Jedoch hat sich trotz der engen Anlehnung der Medien an den Führungsapparat der Staatspartei auch Darstellung der medialen Wirklichkeit in der DDR verändert. Besonders sichtbar wird das in den 1970er Jahren, wo sich die Programmgestalter zunehmend an den Bedürfnissen ihrer Zielgruppen orientieren.⁶⁴ Das traf aber vor allem für das Fernsehen zu, das sich gegenüber den terrestrisch empfangbaren Programmen aus dem westlichen Ausland in Konkurrenz sah.

Das Neue Deutschland (ND)

Das ND diente als publizistisches Zentralorgan der SED und war damit immer in ein enges ideologisches Korsett eingebunden. Am 23. April 1946 erstmals erschienen, mussten schon die ersten Chefredakteure eingestehen, dass ein unabhängiger Journalismus im ND nicht möglich ist. Das Medium entwickelte sich zu einer für die Einheitspartei verlässlichen und von ihr direkt gelenkten Tageszeitung, die dafür Sorge tragen sollte, dass „das Panier der Partei sauber und blank ist“.⁶⁵

⁶³ Wilke, 2007, S. 303

⁶⁴ Andreas Trampe: Kultur und Medien in: Judt, 1998, S. 308

⁶⁵ Diese Formulierung verwendeten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in ihrem Geleitwort zur ersten Ausgabe, siehe dazu „Über uns“ auf der Homepage des „Neuen Deutschland“, online abrufbar unter <http://www.neues-deutschland.de> (26. Mai 2009)

Generell stand das Neue Deutschland stellvertretend für die ganze DDR-Presse. Es galt als Art Leitorgan, an dessen Vorgaben sich auch die Bezirkzeitungen zu orientieren hatten.⁶⁶

Vom Zeitpunkt ihres Bestehens bis zur Gründung der DDR im Oktober 1949 war das ND mit ihren inhaltlichen Formulierungen stark an sowjetische Sprachregelungen angelehnt.⁶⁷ Das zeigt sich in der direkten Übernahme von Artikeln aus der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“, den politischen Standpunkten (Freund-Feind-Schema, etc.) der Sowjetunion und speziellen Satzaufbauten bei Meldungen (etwa Passivsätze, sowjetische Lehnwörter, usw.). Mit der Hinwendung zum reinen Leninismus im Jänner 1947 wurde auch aus dem ND eine Zeitung „neuen Typus“⁶⁸ und die Orientierung an der Sowjetunion noch stärker. Der Angriff auf die Werte des Sozialismus bildete auch das Hauptargument für den Mauerbau. In der Zeit der strikten Trennung zwischen der DDR und dem übrigen Westeuropa waren vor allem Themen der Ökonomie vorherrschend („Fünfjahrespläne“, Appelle an die Leistungsbereitschaft der Werktätigen, etc.).

Nach einer langen Phase der Entspannung kehrte das ND im Jahr 1989 wieder zum Wortschatz des Kalten Kriegs zurück. Verantwortlich dafür war das Erstarken der Protestbewegung in der DDR. „Störenfriede von außen“ wurden zunächst außer Landes gebracht. Doch auch dieser Schritt konnte dem System nicht zur Ruhe verhelfen, da sich die meisten DDR-Bürger aus den empfangbaren TV-Programmen aus dem Westen über die politische Lage in ihrem Land informierten. Zudem hatte in der Sowjetunion längst die „Perestroika“ eingesetzt und die DDR konnte sich bei einem eventuellen harten Durchgreifen gegen die eigene Bevölkerung nicht auf die Unterstützung der „Schutzmacht“ verlassen.

Mit dem nahenden Ende der DDR geht auch Ära des ND als zweitgrößte Tageszeitung des Landes (hinter der FDJ-Zeitung „Junge Welt“) zu Ende. Bereits im Oktober 1989 gab es Anzeichen für eine Distanzierung vom Medienmonopol der SED, den sogenannten „Medienfrühling“. Mit dem Untergang der DDR im Jahr 1990 musste die ND als ehemals zweitgrößte Tageszeitung im

⁶⁶ Doreen Strasdas: Nachrichten und Ritualität in: Fix, 1998, S.371

⁶⁷ Marten-Finnis, 1994, S. 72

⁶⁸ Ebenda, S. 49

„Arbeiter- und Bauernstaat“ herbe Einbrüche bei der täglichen Auflage hinnehmen. Zwar blieb die „Sozialistische Tageszeitung“ das Parteiorgan der SED-Nachfolgepartei SED-PDS, verzeichnete jedoch einen Rückgang von 1,1 Millionen auf 60.000 Exemplare täglich.⁶⁹ Bis 2007 stand das Medium über eine GmbH im Besitz des Parteienbündnisses „Die Linke“.

Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN)

Mit der Lizenzerteilung durch die SMAD vom 10. Oktober 1946 wurde der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) gegründet. Vorerst noch als „überparteilich“ dargestellt, erfolge die Umwandlung zu einer staatlichen Institution am 1. Mai 1953. Von diesem Zeitpunkt an war der Nachrichtendienst direkt dem Weisungsrecht des Ministerpräsidenten unterstellt.

Anfang Mai 1956 wurde der ADN mit der Bildagentur „Zentralbild“ zusammengeführt. Während des gesamten Bestehens der DDR hatte der ADN das Monopol für die Auslandsberichterstattung inne.

Die Auslandskorrespondenten dienten den politisch Verantwortlichen allerdings eher zur Einholung von Hintergrundinformationen über den „Klassenfeind“ als der Information der DDR-Bürger über Vorkommnisse im Westen. So verwundert es nicht, dass Beiträge, die mit dem Namen von Auslandskorrespondenten versehen waren, ursprünglich in Ostdeutschland entstanden.⁷⁰

Journalistenausbildung in der DDR

Um in der DDR dem Beruf eines Journalisten nachzugehen, mussten bestimmte Ausbildungswege beschritten werden. Mit dem Studium an der Fachschule des Journalistenverbands in Leipzig (das sogenannte „Rote Kloster“) konnte man nach drei Jahren die staatlich geschützte Berufsbezeichnung „Journalist“ erlangen. An der Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität in

⁶⁹ Holzweißig, 2002, S. 164 f.

⁷⁰ Ebenda, S. 32 ff.

Leipzig war eine Graduierung zum „Diplomjournalisten“ möglich. Die Ausübung des Berufs erforderte jedoch eine entsprechende politische Linientreue:

„Der sozialistische Journalist ist Funktionär der Arbeitklasse, einer anderen Blockpartei (bei Mehrparteiensystemen im Sozialismus) bzw. einer gesellschaftlichen Organisation und der sozialistischen Staatsmacht, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt.“⁷¹

Theoretisch eingebettet war die Ausbildung vor allem in die Geschichte der sowjetischen Presse, die Aneignung der „Lehre Lenins und Stalins von der Presse neuen Typus“.⁷² Journalisten hatten während ihres Studiums und danach immer mit inneren Widersprüchen zu kämpfen, nämlich dem „Widerspruch zwischen emanzipatorischem Anspruch des Sozialismus (...) und dem noch starken Gefühl des Aufbruchs einerseits und der Einschnürung in das marxistisch-leninistische Modell der Partei und Presse des neuen Typs andererseits“⁷³.

Veränderungen in der Ausbildung setzten in den 1960er und 1970er Jahren ein. Einerseits hatte das Wissen über den Journalismus – durch Forschungsarbeiten und gewachsene Erfahrung – zugenommen. Journalistik konnte besser differenziert und systematisiert werden und erhob dadurch einen wissenschaftlichen Anspruch. Andererseits erfolgte die Unterordnung der Medien unter das ZK der SED direkter und effektiver. Poerschke versteht diesen Vorgang als Optimierung der Ausbildung journalistischer Kader im Interesse der Parteiinstanzen. Mit dem Umbruch in der Ausbildung ging auch der Umstand einher, dass 1967 der neue Dekan der Fakultät, Emil Dusiska, erstmals nicht aus der Wissenschaft, sondern aus den Reihen des ZK der SED kam.

Danach, bis etwa Ende der 1970er Jahre folgte eine Phase, in der die Journalismusgeschichte und die Literarische Publizistik zunehmend aus dem Lehrangebot verschwanden.

⁷¹ Verweis auf das 1981 von der Sektion Journalistik der Leipziger Universität herausgegebene „Wörterbuch der sozialistischen Journalistik“ in: Holzweißig, 2002, S. 42

⁷² Poerschke: Rückblick auf das Journalistikstudium in der DDR in: Riedel, 1993, S. 72

⁷³ Ebenda, S. 73

„Journalismusgeschichte war der Parteiführung in der Ausbildung nur erwünscht als rückwirkende Legitimation der jetzigen Medienpolitik, keineswegs aber als Möglichkeit, aus dem Studium historischer Probleme auch kritische Fragen an die Gegenwart abzuleiten.“⁷⁴

Ab den 1980er Jahren wurde in der Ausbildung wieder mehr Wert auf die Journalismusgeschichte gelegt, während aber gleichzeitig die Literarische Publizistik aus den Lehrplänen verbannt blieb.

In einer qualitativen Interviewreihe mit Journalisten aus der DDR nahm sich Angelika Holtermann den Lebensläufen von sieben Personen an, und klassifizierte dabei fünf Idealtypen eines Journalisten im Sozialismus. Diese sind:⁷⁵

- Parteisoldat aus Überzeugung
- Arbeit = Sozialismus = Selbstwert
- „MacherIn“ jenseits der Parteikader
- Arbeit und Leben im Opferstatus
- „Widerspruch im Subjekt“ – Subjekt im Widerspruch

Sonderfall Volkskorrespondenten

Trotz strikter Vorgaben für die Presse war es der SMAD wichtig, auch das Volk in den Medien stärker einzubinden. So entstand bereits knapp nach Erscheinen der ersten Tageszeitungen ein großes Netz an sogenannten Volkskorrespondenten. Dies waren „Werkstätige“, die einer geregelten Arbeit nachgingen und in ihrer Freizeit journalistische Arbeit verrichteten. Dies kann im Kontext mit dem 1959 ausgerufenen Motto für den „Bitterfelder Weg“⁷⁶ gesehen werden.

Den Beginn der organisierten Volkskorrespondentenbewegung markiert das Jahr 1948, als einzelne SED-Zeitungen zu Tagungen und Konferenzen mit ihren Volkskorrespondenten einluden.⁷⁷ Für die etablierten Journalisten in der

⁷⁴ Ebenda, S. 76

⁷⁵ Angelika Holtermann: Rotes Kloster, Argu und die Individuen in: Barck/Langemann/Lokatis, 1999, S. 589

⁷⁶ Der „Bitterfelder Weg“ folgte dem Leitsatz, dass „nur der Schriftsteller Erfolg haben [kann], der den Menschen in der Produktion kennt, mit ihm fühlt und mit ihm lebt“, zit. nach Judt, 1998, S. 298
Umgekehrt sollten auch Arbeiter zu künstlerischen oder eben journalistischen Tätigkeiten motiviert werden.

⁷⁷ Ellen Bos: Das Prinzip „Massenverbundenheit“ der Presse in der DDR in: Geserik/Kutsch, 1988, S. 156 f.

DDR war es hingegen schwierig, sich mit diesem neuen Element im journalistischen Alltag anzufreunden. Besonders die freien Journalisten hielten wenig von den Volkskorrespondenten.

Mediennutzung in der DDR

Auch wenn diese Arbeit nicht unmittelbar darauf abzielt, scheint es lohnenswert, sich zumindest am Rande auch mit der Frage zu beschäftigen, wer denn die Adressaten der im Neuen Deutschland veröffentlichten Nachrichten waren.

In seiner Publikation „Einschalten, Umschalten, Ausschalten?“ beschäftigt sich Michael Meyen überwiegend mit dem Fernsehen in der DDR. Obwohl er die Bedeutung des DDR-Fernsehens (zu) stark betont (erklärbar wird dies, da er lediglich auf Datenmaterial aus der DDR-Zuschauerforschung zurückgegriffen hat), entwickelte er auch in 100 zwischen den Jahren 2000 und 2002 erhobenen biographischen Interviews eine durchaus plausible Typologie der DDR-Mediennutzer.⁷⁸

Typ 1: Die Zufriedene

Laut Meyen dürfte dieser Typ in der DDR vorherrschend gewesen sein, jeder dritte Befragte konnte den Zufriedenen zugeordnet worden. Das waren meist Frauen mit normalem Schulabschluss und ohne Parteibuch, geboren zwischen 1930 und 1960, Arbeitsstelle in der Produktion, in Großküchen oder in kleinen Büroberufen. Diese hatten aufgrund ihrer Tätigkeit und dem Umstand, dass sie abends eine Familie versorgen mussten, eine sehr geringe Mediennutzung. Wenn sie doch einmal den Fernsehapparat eingeschaltet haben, dann um Serien, Filme und Shows zu konsumieren. Politik und Weltprobleme riefen bei diesem Typus wenig Interesse hervor.

⁷⁸ Meyen, 2003, S. 98 ff.

Typ 2: Die Überzeugte(n)

Zu dieser Gruppe zählten die Anfang der 1950er Jahre Geborenen, die sich als Kinder der DDR sahen und auch vor 1989 im Sozialismus wohlgefühlt haben. Durch ihren Alltag waren sie vollkommen ausgelastet, dadurch nutzten sie die Medien kaum. Tageszeitungen lasen sie nur für den groben Überblick. Im Gegensatz zu den Zufriedenen haben sie sich eher an Ostmedien orientiert und im Zweifelsfall auch im Osten die Wahrheit gesucht. Ihre Kinder hielten sie davon ab, auf Westfernsehen umzuschalten. Die DDR-Medienpolitik stellte für sie den Normalfall dar, zudem waren die meisten unter ihnen SED-Mitglieder. Dieser Typus verfügte im Allgemeinen über gehobene Bildung, zumindest über einen Fachschulabschluss, meist aber auch über ein Hochschulzeugnis.

Typ 3: Die Engagierten

Mitglieder dieser Gruppe haben in der DDR Karriere gemacht. Dazu zählen Hochschulabschluss und überdurchschnittliche Intelligenz, aber auch Parteilichkeit und Systemtreue. Durch ihre gehobenen Berufspositionen hatten sie Einblick in die Wirtschaftslage und waren so mit dem alltäglichen Kampf gegen die Fehler des Systems bestens vertraut. Ihre Einstellung zur DDR war kritisch, aber sie waren aufgrund des sozialen Aufstiegs an die Partei gebunden. Dieser Typus verfügte über eine besonders starke Mediennutzung, die bei Diskussionen in der Arbeitsstätte von Vorteil waren. Jedoch war sich diese Gruppe bewusst, dass sowohl die Informationen aus dem Westen als auch aus dem Osten politisch gefärbt waren. Trotzdem ärgerten sie sich über die DDR-Medien, über „politische Engstirnigkeit“ und über fehlende Informationen.

Typ 4: Der Frustrierte

Dieser Typus hatte zwar in der DDR nicht unter Repressalien zu leiden, lehnte aber die „Phrasendrescherei“ in den Medien ab. Ähnlich den Engagierten zählte er zur Bildungselite und hatte ein starkes Interesse an politischen Informationen oder an Musik oder Technik. Im Gegensatz zum „engagierten Typus“ haben die „Frustrierten“ überwiegend westliche Funkmedien konsumiert. Meyer hält fest,

dass dieser Gruppe nur Männer zugeordnet waren, besonders jene aus der technischen Intelligenz, aber gleichzeitig fanden sich auch Personen aus durchschnittlich bezahlten Angestelltenberufen wieder. Zu den „Frustrierten“ zählten vor allem Männer, die nicht der SED angehörten, und dadurch in ihren Aufstiegsmöglichkeiten begrenzt waren. Diese Gruppe bestand oftmals aus Personen, die aus dem kirchlichen oder einem antikommunistischen Umfeld kamen.

Typ 5: Die Distanzierten

Analog zu den „Frustrierten“ hat dieser Typus das vorherrschende System in der DDR abgelehnt. Dieser Gruppe ist es aber gelungen, trotz aller Fremdheit des politischen Umfelds ein erfülltes Leben zu führen. Viele Personen aus dieser Kategorie hatten einen engen Kontakt zu Kirche, manche von ihnen haben sogar im kirchlichen Umfeld gearbeitet und damit ihren Lebensunterhaltung bestritten. Diese Gruppe gehörte keiner Partei an und war im Normalfall in Berufen tätig, die nichts mit sensiblen Bereichen, etwa dem Bildungssektor, zu tun hatten. Gegenüber der DDR-Medienpolitik hatten sie eine ablehnende Haltung, konsumiert wurden vor allem Westmedien oder Zeitschriften und Bücher aus der BRD, die über geheime Kanäle besorgt wurden. Die Distanzierten hatten kein SED-Bezirksorgan, sondern eine Zeitung der Blockparteien und oft zusätzlich ein Wochen- oder Monatsblatt der Kirche abonniert.

Typ 6: Der Souveräne

Dieser Typus zählt zu den bewussten, sehr kritischen Mediennutzern, der ähnlich stark informationsorientiert war als die „Frustrierten“ und der den DDR-Medien genauso wenig geglaubt hat wie die „Distanzierten“. Dennoch hat diese Gruppe die DDR-Medien intensiv genutzt, um einen Einblick in die Denkweise der Staatspartei zu bekommen. Das politische System der DDR ist von diesem Typus stets abgelehnt, aus diesem Grund konnte er in der offiziellen Hierarchie nicht aufsteigen. Laut Meyen war der „Souveräne“ in der DDR aber keine Massenerscheinung. Für den Typus bedeutete allein der Umstand, informiert zu sein, bereits einen gewissen Wert. Dieser Gruppe gehörten vor allem Personen

an, die entweder von der Kirche bezahlt oder zu den Künstlern gezählt werden konnten. Konsumiert wurden DDR-Medien besonders dann, wenn kulturelle oder historische Themen angesprochen wurden. Unterhaltungssendungen spielten für diesen Typus eine eher untergeordnete Rolle.

Untersuchungsgegenstand

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht die Analyse konkreter deutschland-politischer Ereignisse in den Jahren 1989 und 1990.

Für die Untersuchung herangezogen werden zwei Leitmedien der beiden Staaten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist das die Frankfurter Allgemeine Zeitung (neben der „Süddeutschen Zeitung“, der „Welt“ und der „Zeit“) und für die Deutsche Demokratische Republik das Neue Deutschland – jeweils die komplette Zeitung.

Für die **Hypothese I** wurden die Meldungen in beiden Medien zu Schwerpunktthemen in den Jahren 1989 und 1990 analysiert. Diese Schwerpunktsetzungen folgen jenen in der „Chronik der Deutschen“ und sind im Folgenden aufgelistet:

Für das Jahr 1989⁷⁹

- Immhausen Chemie: Angebliche Beteiligung am Bau einer Giftgasfabrik in Libyen (1.1.1989)
- Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus (29.1.1989)
- Kommunales Wahlrecht für Ausländer in Schleswig-Holstein u. HH (14.2.1989)
- Roskopf/Fetzner werden Tischtennis-Weltmeister (9.4.1989)
- VEBA/Zusammenarbeit COGEMA - Wiederaufbereitung - Wackersdorf obsolet (12.4.1989)
- SPD-Zeitung Vorwärts wird eingestellt (14.4.1989)
- Verschärfung Demo-Recht & Kronzeugenregelung im Bundestag (21.4.1989)
- Verurteilung von Frauenarzt Horst Theissen wegen illegaler Schwangerschaftsabbrüche (5.5.1989)
- Staatsakt anlässlich 40 Jahre BRD in Bonn (24.5.1989)
- Sowjetischer Staatschef besucht die Bundesrepublik (12.6.1989)
- Aussagen von Kanzler Kohl zum 50. Jahrestags des Ausbruchs von WK II belasten deutsch-polnisches Verhältnis (1.9.1989)
- BRD-Wirtschaftsminister Haussmann erlaubt Zusammenschluss von Daimler Benz AG mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) (8.9.1989)
- 30 DDR-Regimegegner gründen die Reformbewegung „Neues Forum“ (11.9.1989)

⁷⁹ Beier, 1996, S. 1147

- BRD-Außenminister Genscher erlaubt DDR-Flüchtlingen in der deutschen Botschaft die Ausreise (30.9.1989)
- Geschäfte in der BRD dürfen erstmals länger als bis 18.30 Uhr geöffnet haben (5.10.1989)
- DDR feiert im Beisein von Sowjet-Staatschef Gorbatschow den letzten Jahrestag ihrer Gründung (7.10.1989)
- 70.000 Menschen demonstrieren in Leipzig für innere Reformen in der DDR (9.10.1989)
- DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker tritt von seinen Ämtern zurück (18.10.1989)
- In der Nacht öffnet die DDR die Grenzen nach Westberlin. Die Mauer ist gefallen (9.11.1989)
- Drei Millionen DDR-Bürger auf Kurzbesuch in der BRD (Reiseproblematik) (11.11.1989)
- Kanzler Kohls umstrittenes 10-Punkte-Programm zur Zukunft beider deutschen Staaten (28.11.1989)
- Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Herrhausen stirbt durch RAF-Bombenattentat (30.11.1989)
- DDR-Volkskammer verabschiedet Antrag zur Streichung des SED-Machtmonopols in der Verfassung (1.12.1989)
- Tumulte in DDR-Volkskammer bei Ergebnisbekanntgabe von U-Ausschuss (Rücktritte) (2.12.1989)
- Erstmals „Runder Tisch“ in DDR mit Regierung und Oppositionsgruppen (7.12.1989)
- BRD gewinnt Tennis-Davis-Cup mit 3:2 gegen Schweden (17.12.1989)

Für das Jahr 1990⁸⁰

- Demonstranten stürmen in Ostberlin die ehemalige Stasi-Zentrale (15.1.1990)
- In der DDR erscheint als erstes überregionales Blatt die „DDR-taz“ (26.2.1990)
- Ministerpräsident Späth (B-W) fordert Rückkehrprämien für Aus- und Übersiedler (27.2.1990)
- DDR-Regierung Modrow gründet Treuhandanstalt zur VEB-Privatisierung (1.3.1990)
- Entdeckung Massengrab Neubrandenburg - Gräueltaten NKWD nach Kriegsende (13.3.1990)
- „Allianz für Deutschland“ gewinnt erste freie Volkskammer-Wahl (18.3.1990)
- SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine wird Opfer einer Attentäterin (25.4.1990)
- Einigung in der BRD auf Fonds zur „Deutschen Einheit“ (Staatsvertrag) (16.5.1990)
- BRD erklärt die polnische Grenze für unantastbar (21.6.1990)
- Staatsvertrag über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (1.7.1990)
- BRD neuer Fußball-Weltmeister dank 1:0 gegen Argentinien (8.7.1990)
- FDP-Vereinigungsparteitag mit Liberalen aus West- und Ostdeutschland (11.8.1990)

⁸⁰ Beier, 1996, S. 1159

- 12 Goldmedaillen für DDR-Sportler bei Leichtathletik-WM (1.9.1990)
- Unterzeichnung des Abschlussdokuments der 2+4-Gespräche (12.9.1990)
- Ausgabe neuer 100- und 200-DM-Noten (1.10.1990)
- Die DDR tritt der BRD bei – Wiedervereinigung (3.10.1990)
- Attentat auf Bundesinnenminister Schäuble (12.10.1990)
- Landtagswahlen in fünf Ländern der Ex-DDR - CDU stellt vier Ministerpräsidenten (14.10.1990)
- Abkommen zwischen VW AG und Zwickauer IfA PKW AG (18.10.1990)

Alle übrigen Ereignisse in der „Chronik der Deutschen“ bis Jahresende 1990 (November und Dezember) konnten in der Arbeit nicht berücksichtigt werden, da die entsprechenden Ausgaben des Neuen Deutschland auf der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) nicht verfügbar waren.

Untersucht wurde die Nachberichterstattung zu den Ereignissen, beginnend mit Tag 1 bis zu Tag 5 nach dem Ereignis.

Für die **Hypothesen II, III und IV** wurden die Meldungen in beiden Medien zu vier einschneidenden Ereignissen in den Jahren 1989 und 1990 näher untersucht. Diese sind:

- 40. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland (24.5.1989)
- 40. Jahrestag der DDR (7.10.1989)
- Mauerfall (9.11.1989)
- Volkskammerwahl (18.3.1990)

Bei diesen drei Hypothesen wurde sowohl die Vor- als auch die Nachberichterstattung berücksichtigt. Die untersuchten Zeiträume reichen von Tag 7 vor bis Tag 7 nach dem Ereignis.

Hypothesen

I. Zeitverzögerung

Während nun die Thematisierung bestimmter Ereignisse, das Bringen bestimmter Meldungen in Westdeutschland dazu dienen wird, politische Entscheidungen zu beeinflussen (präventiv), wird umgekehrt in DDR-Medien versucht werden, politischen Entscheidungen zu Akzeptanz zu verhelfen (affirmativ). Politische Entscheidungsprozesse benötigen Zeit. Zusätzlich führen Zensurprozesse zwangsläufig zu Zeitverlust.

Aufgrund dieser Vorbemerkungen wird Hypothese I wie folgt formuliert:

Im Beobachtungszeitraum wird festzustellen sein, dass die zu untersuchenden zentralen Themen in Westdeutschland in einer ersten Phase (bis um den Mauerfall) deutlich früher thematisiert werden als in Ostdeutschland, in der Folge sollte es zu einer zeitlichen Annäherung kommen, da Zensur und affirmativer Charakter der Berichterstattung an Bedeutung verlieren.

II. Ereignismanagement und journalistische Strategien zur Vermittlung deutschlandpolitischer Zielvorstellungen

Die Anzahl der in den Artikeln im Beobachtungszeitraum angebotenen Lösungsansätze zu den deutschlandpolitischen Zielvorstellungen wird in der FAZ sowohl thematisch (wirtschaftspolitisch, verfassungspolitisch, europapolitisch) deutlich höher sein als im Neuen Deutschland.

Vor diesem Hintergrund wird Hypothese II wie folgt formuliert:

Während in der FAZ frühzeitig Marktwirtschaft und Wiedervereinigung als alternativlos dargestellt und dahingehend zu lösende Probleme thematisiert werden, werden im Neuen Deutschland Themen eher so gesetzt sein, dass sie auf eine Zwei-Staaten-Lösung und Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem hinauslaufen.

Beide Medien werden das jeweilige Gesellschaftssystem sehr stark über das Negative des anderen definieren.

III. Wer kommt zu Wort?

Ein Punkt, der in dieser Hypothese angesprochen werden soll, sind die journalistischen Darstellungsformen – eng einhergehend mit der Frage, ob sich diese im Lauf der Zeit verändert haben.

Für die Untersuchung werden folgende journalistische Darstellungsformen herangezogen:

- Nachricht
- Kommentar
- Interview
- Reportage
- Artikel
- Betrachtung
- Sonstige

Aufbauend auf diese Unterteilung wird Hypothese III_a wie folgt formuliert:

Im Zuge des Machtverfalls der SED wird beim Neuen Deutschland eine Phase der Neuorientierung und ideologischen Neuausrichtung des Blattes mit einer deutlich höheren Vielfalt der journalistischen Darstellungsformen zu beobachten sein.

Als zweiter Punkt soll näher auf die in direkter oder indirekter Rede in den Texten der beiden Tageszeitungen vorkommenden Archetypen Bezug genommen werden. Als Archetyp wird in dieser Arbeit ein Mensch verstanden, der gemäß seinem sozialen Status, seiner medialen Präsentation und den Bedeutungszuschreibungen des Lesers für ein generalisiertes Bild einer Gruppe steht.

Für die Untersuchung sind das folgende Archetypen:

- Mit der Materie befasste/r Politiker/in
- Kompetente/r Wissenschaftler/in

- Kritische/r Künstler/in
- Ehrliche/r Arbeiter/in
- Mann/Frau von der Straße
- Andere
- Nicht feststellbar

In diesem Zusammenhang wird Hypothese III_b wie folgt formuliert:

Im Zuge der Wende wird bezüglich Archetypen sowohl in der BRD als auch in der DDR ein Wandel bzw. eine Vermischung zu beobachten sein: Weg von den starren etablierten Archetypen, im ND werden zunehmend ehemalige Oppositionelle und westdeutsche Politiker zu Wort kommen, in westdeutschen Medien zunehmend ostdeutsche Gesprächspartner.

IV. Sprache und Begriffskonjunktur

In beiden Zeitungen werden Anzeichen ritualisierter Kommunikation zu finden sein, was sich vor allem in festen Sprachwendungen manifestiert.

Im Zuge des Mauerfalls wird zu beobachten sein, dass alte Rituale an Relevanz verlieren und durch neue als zentral angesehene Begrifflichkeiten ersetzt werden.

Methode und Methodologie

Bei der vorliegenden Arbeit geht es – wie schon oben erwähnt – um die Analyse von bestimmten, vorgegebenen Themen im Vergleich zweier (Leit-)Medien im Hinblick auf bestimmte Kriterien.

Methodisch handelt es sich bei den Hypothesen I, III und IV um eine deskriptive Inhaltsanalyse, deren Design auf der Entwicklung eines semantisch differenzierten Kategorienschemas basiert.

Hier wird in einem ersten Untersuchungsschritt eine Textanalyse vorgenommen, mit denen sich unterschiedliche Dimensionen eines Textes in „sinnvollen Untersuchungseinheiten“ darstellen lassen. Diese können sein:⁸¹

- bestimmte Worte, die in einer Liste vorgegeben sind
- alle Wörter überhaupt
- Fremdwörter
- Wortgruppen (Idiome, Schlagworte, ...)
- Wortarten (Substantive, Verben, Adjektive, ...)
- Sätze
- Abschnitte
- Überschriften
- Zeitabschnitte bei Rundfunksendungen

Bei Hypothese I der vorliegenden Arbeit wurde so vorgegangen, dass die in der „Chronik der Deutschen“ angeführten Ereignisse explizit in Stichwörtern – egal ob in der Überschrift, im Lead oder im Fließtext – angeführt werden mussten. Beim Ereignis „40 Jahre DDR“ mussten also Begriffe wie „40 Jahre DDR“, „40. Gründungsjubiläum“, „40. Staatsjubiläum“ oder „Zum 40. Jahrestag“ in der jeweiligen journalistischen Darstellungsform vorkommen.

Zusätzlich dazu wurde in der weiteren Analyse versucht zu erklären, warum gewisse thematische Gewichtungen in den beiden untersuchten Tageszei-

⁸¹ Atteslander, 1995, S. 238 f.

tungen aufgetreten sind. Hier erfolgte eine Anlehnung an die Techniken qualitativer Inhaltsanalysen, konkret in die „Einbettung des Materials in den Kommunikationszusammenhang“⁸². Neben der eigentlichen Beschreibung der Ereignisse wurde auch auf den historischen Kontext Bezug genommen und so versucht darzulegen, warum ein Ereignis angesprochen wurde oder nicht bzw. wie sich Häufungen in der Berichterstattung erklären lassen. In der Analyse wurde von direkter oder indirekter Rede in jenen Artikeln, in denen das vorgegebene Ereignis (also etwa 40. Jahrestag der BRD) eingebettet ist, auf die Intention der Redaktionen geschlossen.

Bei Hypothese II wurde auf den Framing-Ansatz von Matthes eingegangen, wonach Frames als „Deutungsmuster von massenmedialen Inhalten“ zu verstehen sind. Diese Muster sind aber nicht als ident mit diesen Themen anzusehen, sondern als Deutungsmuster auch auf andere Themen übertragbar. Sichtbar wird dieser Umstand im Freund-Feind-Schema, das sich in der Berichterstattung der beiden untersuchten Medien durchgehend wiederfindet. Die Betonung der Vorzüge des eigenen, aber auch die Ablehnung des anderen Systems bildet den Kerninhalt der Thematisierung in Ost und West. Diese gegenseitige Ablehnung findet sich seit den Jahren 1947/48, wo die Zweistaatlichkeit im politischen Diskurs bereits absehbar war. Politiker auf beiden Seiten waren von der „Richtigkeit des jeweils eingeschlagenen Weges und von der Verwerflichkeit der Politik des anderen Lagers überzeugt“⁸³.

Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausrichtungen wurden in Gegensatz-Paaren dargestellt und qualitativ mit Ausschnitten aus den entsprechenden Texten unterlegt.

Hypothese III wurde so wie Hypothese I methodisch via Inhaltsanalyse abgehandelt. Hier stand die Frage im Mittelpunkt, welche Archetypen zu einem bestimmten Ereignis zu Wort kommen und ob sich im Laufe der Geschichte Änderungen ergeben haben. Zuvor wurden die Art der zu Wort kommenden Personen (direkte/indirekte Rede) in verschiedene Kategorien (etwa Politiker

⁸² Mayring, 2008, S. 42

⁸³ Zit. nach Mählert, 2004, S. 34 f.

oder Mann von der Straße) unterteilt, dem jeweiligen Ereignis zugeordnet und Häufigkeiten herausgearbeitet.

Mit der Annahme, dass es im Zuge der Berichterstattung zur Verwendung von wiederkehrenden Wendungen und Schlagworten durch Journalisten gekommen ist, setzte sich Hypothese IV auseinander. Auch hier wurde untersucht, ob diese in direkter oder indirekter Rede vorgekommen sind und exemplarisch angeführt.

Auswertung

Auswertung der Hypothese I

Thematisierung

Grundsätzlich ist noch einmal festzuhalten, dass die November- und Dezember-Themen des Jahres 1990 bei der Analyse herausgestrichen werden mussten, da das Neue Deutschland für diese zwei Monate auf der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) nicht verfügbar war. Somit kommt man in Summe auf 45 potenziell berichtenswerte Ereignisse.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass das tägliche Volumen der Berichterstattung in der FAZ im Vergleich zum Neuen Deutschland umfassender ist. Dies konnte jedoch in der Konzeption der Arbeit aus praktischen Gründen nicht berücksichtigt werden.

Ein weiteres, mögliches methodisches Problem stellt die Auswahl der Ereignisse aus der „Chronik der Deutschen“ dar. Da die Frankfurter Allgemeine Zeitung eines der deutschen Leitmedien ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Redakteure und Wissenschaftler, die für die Chronik verantwortlich zeichnen, sich in der Auswahl der Ereignisse von der FAZ beeinflussen ließen. Es bleibt aber die Hoffnung, dass es bei der Auswahl der wichtigsten Ereignisse ein Bemühen um hohe Quellentiefe und -breite sowie einen objektiven Zugang seitens der Buchredaktion gab.

Generell ist anzumerken, dass die FAZ im Untersuchungszeitraum (von Jänner 1989 bis Oktober 1990) in 44 von 45 Fällen zu den von der „Chronik der Deutschen“ vorgegebenen Ereignissen berichtet hat. Das entspricht 97,78 Prozent der untersuchten Themen.

Einzig und allein die Thematik „Ministerpräsident Späth (B-W) fordert Rückkehrprämien für Aus- und Übersiedler“ wird sowohl in der FAZ als auch im Neuen Deutschland ausgespart.

Im Gegensatz dazu berichtet das Neue Deutschland in 34 von 45 Fällen, was einer Abdeckung von 75,56 Prozent entspricht.

7 Fälle der Nicht-Berichterstattung fallen demnach in die Zeit vor dem Mauerfall, nur 3 (4) in die Zeit danach. Das legt prinzipiell den Verdacht nahe, dass bestimmte Themen gezielt nicht auf die Agenda des Leitmediums gesetzt worden sind.

Sieht man sich die Themen im Detail an, so sind dies vor dem Mauerfall folgende:

- „Der Skandal um die Immhausen Chemie“ (BRD)
- „Kommunales Wahlrecht für Ausländer in Schleswig-Holstein und HH“ (BRD)
- „VEBA/Zusammenarbeit COGEMA - Wiederaufbereitung - Wackersdorf obsolet“ (BRD)
- „Die Verschärfung Demo-Rechts und die Schaffung der Kronzeugenregelung durch den Bundestag“ (BRD)
- „Verurteilung des bundesdeutschen Frauenarztes Horst Theissen wegen illegaler Schwangerschaftsabbrüche“ (BRD)
- „Die Gründung des Neuen Forums“ (DDR)
- „Geschäfte in der BRD dürfen erstmals länger als bis 18.30 Uhr geöffnet haben“ (BRD)

Sechs Themen betreffen prinzipiell die Bundesrepublik, was unter Umständen auch als Indikator für gewisse Einseitigkeiten in der Geschichtsschreibung in den Jahren nach 1989 zu werten ist.

Lediglich die Gründung des „Neuen Forum“ durch Bürgerrechtler im Haus Robert Havemanns in Grünheide bei Berlin ist als DDR-internes Ereignis zu werten, das nicht thematisiert wurde.

Der Regelung der BRD-Demonstrationsrechte im Neuen Deutschland keinen Platz einzuräumen, ist verständlich, da dies unter Umständen auch Fragen zur Situation in der DDR aufwerfen würde.

Gesellschaftlich kein Thema waren vermutlich Schwangerschaftsabbruch (die sich aus dem bundesdeutschen Chronik-Thema um Theissen ableiten lässt) und Umweltproblematik (Wackersdorf). Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Frage von Schwangerschaftsabbrüchen in der DDR rechtlich weitestgehend geklärt war und mutmaßlich ein breiter gesellschaftlicher Konsens „pro choice“ in dieser Frage bestand⁸⁴. Andererseits handelt es sich eindeutig um eine ausschließlich die BRD betreffende Story für die „Chronik der Deutschen“.

Ökologie war in der DDR – mit Ausnahme kleinerer Oppositionsgruppen, vor allem in Berlin (Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde⁸⁵) zu diesem Zeitpunkt kein Thema.⁸⁶

Ebenso nicht relevant war das BRD-innenpolitische Thema der Ladenöffnungszeiten.

Betreffend kommunales Wahlrecht für Ausländer: Wie in der Folge noch dargestellt wird, bezog die DDR ihre Legitimation teils aus ihrer antifaschistischen Grundhaltung, die im Sinne des Schmitt'schen Politikkonzeptes⁸⁷ auch ein negatives Fremdbild umfasste. Stets wurde die Bundesrepublik als nationalistischer Staat gezeichnet, in dem Kontinuitäten aus der Zeit des Nationalsozialismus bestanden. Zu zeigen, dass die BRD auch eine weltoffene, aufgeschlossene Seite hat(te), lag nicht im Interesse des Neuen Deutschland.

⁸⁴ <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=56047465&top=SPIEGEL> (3. Juli 2009)

⁸⁵ „Im Frühjahr 1986 erschien eine kleine Gruppe von „Ökofreaks“ im Pfarramt der Berliner Zionsgemeinde. Sie fragten mich als geschäftsführenden Pfarrer, ob sie in der Kirchengemeinde mitarbeiten und dazu Räume erhalten könnten. Ihre Arbeit konzentrierte sich im wesentlichen auf ökologische Projekte, weiterhin solle eine Bibliothek mit vornehmlich ökologischer Informationsliteratur gegründet werden.(...) Die Erfahrungen in den Friedensdekaden hatten allerdings gezeigt, dass dieses Engagement der Kirchen – vornehmlich durch viele junge Leute getragen – von den staatlichen Institutionen beargwöhnt wurde (...)“, zit. nach Hans Simon, „Gewagte Freiheit als gewagter Glaube. Die „Umweltbibliothek und die Berliner Zionsgemeinde“ in: Brose, 1999, S. 57 f.

⁸⁶ Wölle 1998, S. 210 ff.

⁸⁷ Carl Schmitt war ein deutscher Staats- und Völkerrechtler, der u.a. die Konturen eines 'totalen Staates' entwickelte, der weder parlamentarisch noch liberal sein konnte. Siehe dazu weitere Erläuterungen in der Brockhaus Enzyklopädie, online abgerufen mittels Stichwortsuche im APA-Online-Manager (<http://www.aom.apa.at>), (5. Juli 2009)

Warum der Skandal um die Immhausen-Chemie, die in der Libyschen Wüste eine Giftgasfabrik errichtet hat, nicht im Neuen Deutschland vorkommt, konnte nicht geklärt werden. Schließlich könnte hier relativ leicht ein Bild des korrupten, geldgierigen bundesdeutschen Unternehmers gezeichnet werden. Unter Umständen ist die Ursache hierfür in der Zusammenarbeit von DDR-Offiziellen - konkret ist die Person Walter Lambertz zu nennen, der Kontakte nach Libyen unterhielt - mit dem Staat Gadaffis zu finden.⁸⁸

Im Folgenden eine Übersicht jener Schwerpunkte, die im ND auch nach dem Mauerfall nicht thematisiert worden sind:

Das ist zunächst das erstmalige Erscheinen der DDR-taz. Dass ein Konkurrenzprodukt in einem Medium nicht erwähnt wird, ist kein Spezifikum der DDR. Zudem ist zu festzuhalten, dass es sich bei der DDR-taz um eine Publikation mit bundesdeutschem Einschlag handelte. Wie sich später zeigte, konnte sich kaum eine der DDR-spezifischen Neugründungen gegen die reformierten, umbenannten, vorrangig serviceorientierten ehemaligen DDR-Bezirkszeitungen durchsetzen.⁸⁹

Das zweite nicht vorgekommene Ereignis thematisiert die Entdeckung eines Massengrabs in Neubrandenburg mit Bezugnahme auf die Gräueltaten des NKWD nach Kriegsende. Dieses Thema korrespondierte meiner Meinung nach nicht mit dem in der DDR propagierten Geschichtsbild.

Warum die Ausgabe neuer 100- und 200-DM-Noten nicht angesprochen wurde, könnte eventuell in der Ablehnung der Deutschen Mark von Seiten der PDS liegen.

⁸⁸ Siehe dazu Angaben zur Person Walter Lambertz, online abrufbar unter http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Werner_Lamberz (2. Juli 2009)

⁸⁹ Pürer/Raabe, 1996, S. 446

Ausmaß der Berichterstattung

Hier ist noch einmal auf den unterschiedlichen Umfang der beiden Medien hinzuweisen. In 22 von 34 Fällen berichtete die FAZ über ein Thema häufiger als das Neue Deutschland.

Der signifikanteste Unterschied zeigt sich in der Berichterstattung über das Ereignis „BRD-Wirtschaftsminister Haussmann erlaubt Zusammenschluss von Daimler Benz AG mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB)“. Hierzu gibt es in der FAZ 17 Erwähnungen, im ND gerade einmal eine.

In 4 Fällen haben beide Zeitungen ein Ereignis im gleichen Ausmaß thematisiert.

In 8 Fällen hat das Neue Deutschland ein Thema in stärkerem Ausmaß behandelt als die FAZ. Der signifikanteste Unterschied manifestiert sich hier in der Berichterstattung zum 40. Jahrestag der DDR. Das Neue Deutschland kommt auf 146 Meldungen, das ist mehr als das 11-fache der FAZ zu diesem Thema. Allerdings ist festzuhalten, dass die FAZ der Berichterstattung über den 40. Jahrestag der DDR mehr Raum einräumt als den Berichten zum 40-Jahr-Jubiläum der Bundesrepublik.

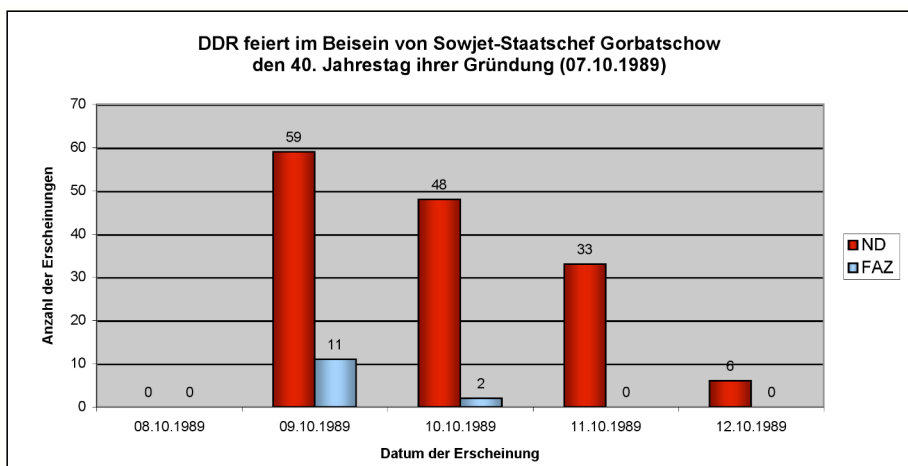


Abbildung 2: Berichterstattung von ND/FAZ zum „40. Jahrestag der DDR“⁹⁰

⁹⁰ Quelle: Eigene Erhebung

Interessante Ereignisse im Detail

Beim Ereignis „Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus“ zeigt sich, dass die FAZ mit 32 Meldungen doppelt so häufig berichtet wie das Neue Deutschland mit 16 Nennungen. Interessant erscheint dies vor dem Hintergrund, dass im Neuen Deutschland sehr oft der aufkeimende „Neonazismus“ in der Bundesrepublik thematisiert wird.

Obwohl es sich beim „Staatsakt anlässlich 40 Jahre BRD in Bonn“ um ein wichtiges Ereignis – vor allem für die Identität der BRD – gehandelt hat, thematisiert die FAZ dies kaum. Mit insgesamt 2 Nennungen (Neues Deutschland: 1) erfolgt die Berichterstattung in einem höchst verschwindenden Ausmaß im Gegensatz zu den Feiern zu 40 Jahren DDR.

Bei eben angesprochenem Ereignis „DDR feiert im Beisein von Sowjet-Staatschef Gorbatschow den 40. Jahrestag ihrer Gründung“ wird virulent, dass das Parteiorgan Neues Deutschland mit 146 Nennungen in fünf Tagen fast ausschließlich über dieses Thema berichtet. Die FAZ kommt hier gerade einmal auf 13 Meldungen. Interessant ist ebenfalls, dass die FAZ fast siebenmal mehr über den DDR- als über den BRD-Festakt berichtet.

Überraschend erscheint es, dass das Ereignis „70.000 Menschen demonstrieren in Leipzig für innere Reformen in der DDR“ im Neuen Deutschland mit 18 Erwähnungen sogar stärker als in der FAZ (12 Nennungen) erwähnt wird. Allerdings ist anzuführen, dass das ND dieses Ereignis anders thematisiert. Hier wird vor allem von Ausschreitungen und Randalen berichtet.

Auch bei dem einschneidenden und zukunftsweisenden Ereignis „In der Nacht öffnet die DDR die Grenzen nach West-Berlin - Die Mauer ist gefallen“ fällt die Thematisierung im Neuen Deutschland mit 51 Nennungen zu 20 in der FAZ deutlich stärker aus. Jedoch ist anzumerken, dass im ND eher der Aspekt „Neue Reiseregeln“ angesprochen wird, genannt werden vor allem die „offenen Grenzen“, das Wort „Mauerfall“ kommt nicht vor.

Eine gleich häufige Nennung in den beiden Medien (jeweils 12) zeigt sich bei dem Ereignis „Drei Millionen DDR-Bürger auf Kurzbesuch in der BRD“. Jedoch muss eingebracht werden, dass dieses Ereignis vom „Fall der Mauer“ nur schwer abzugrenzen ist. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum an manchen Tagen keine Meldung abgedruckt ist.

Bei dem Ereignis „BRD-Kanzler Kohls umstrittenes 10-Punkte-Programm zur Zukunft beider deutscher Staaten“ erfolgt in beiden Medien eine starke Thematisierung, die aber in der FAZ mit 35 Nennungen fast doppelt so hoch wie im Neuen Deutschland (18) ausfällt. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die dominierenden Nachwende-Themen vor allem durch die Bundespolitik, westdeutsche Unternehmen und Experten gesetzt werden.

Trotz eines für die SED politisch ungünstigen Themas werden die „Tumulte in DDR-Volkskammer bei Ergebnisbekanntgabe von U-Ausschuss“ im ND mit 14 Meldungen stärker angesprochen als in der FAZ (9 Nennungen).

Obwohl es sich bei dem Ereignis „Allianz für Deutschland' gewinnt erste freie Volkskammer-Wahl in der DDR“ um ein innenpolitisches Thema der DDR gehandelt hat, wird es in der FAZ mit 45 Nennungen deutlich öfter angeführt als im ND mit 25. Dies ist dem Umstand zuzuschreiben, dass sich die FAZ aufgrund ihrer liberal-konservativen Ausrichtung stärker mit dem Wahlgewinner auseinandergesetzt hat, während das damalige Parteiorgan der SED-PDS naturgemäß die Vorzüge des Sozialismus in den Vordergrund gerückt hat.

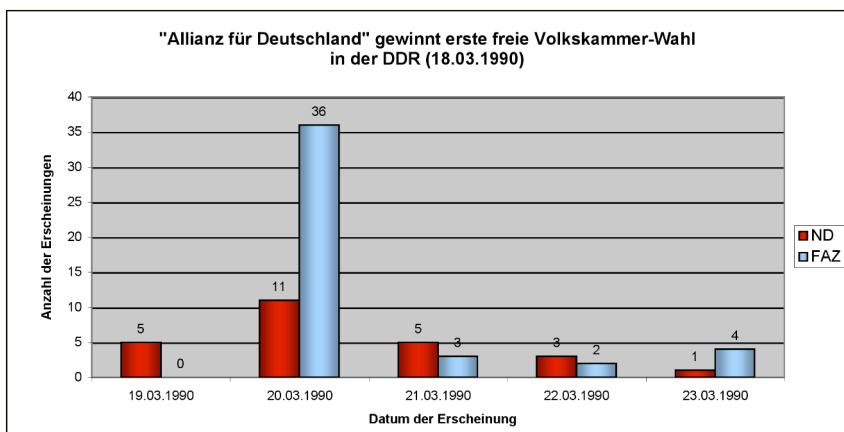


Abbildung 3: Berichterstattung von ND/FAZ zur „Volkskammerwahl 1990“⁹¹

⁹¹ Quelle: Eigene Erhebung

In der Berichterstattung zu Staatsverträgen zwischen der BRD und der DDR sind signifikante Unterschiede feststellbar. Während bei dem Ereignis „Einigung in der BRD auf Fonds zu Deutschen Einheit“ (Staatsvertrag) die Anzahl der Nennungen mit 30 in der FAZ und 32 im Neuen Deutschland annähernd gleich stark ausprägt ist, fällt die Thematisierung zu dem Ereignis „Staatsvertrag über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ mit 18 Meldungen im Neuen Deutschland und 32 Nennungen in der FAZ bereits deutlich unterschiedlich aus.

Signifikant abweichend stellt sich die Berichterstattung zum Ereignis „Die DDR tritt der BRD bei – Wiedervereinigung“ dar. Da die SED-PDS den Beitritt der DDR zur BRD stets abgelehnt hat, fällt die Thematisierung im Neuen Deutschland mit 17 Nennungen deutlich geringer aus als in der FAZ, die hier auf 82 Nennungen kommt.

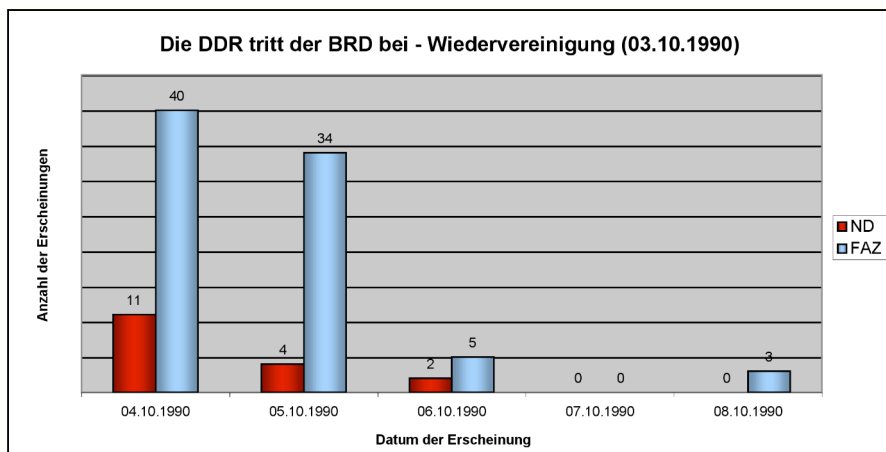


Abbildung 4: Berichterstattung von ND/FAZ zur „Wiedervereinigung“⁹²

⁹² Quelle: Eigene Erhebung

Conclusio

In der Auswertung zeigt sich, dass in 9 von 34 Fällen das Neue Deutschland einen Tag früher berichtet als die FAZ. Hier manifestiert sich als intervenierende Variable der frühe Redaktionsschluss der FAZ, der bei der Erstellung der Hypothese unberücksichtigt blieb.

Nur ein einziges Mal berichtet die FAZ früher, nämlich bei den Kurzbesuchen nach dem Fall der Berliner Mauer. In 24 Fällen erfolgte die Thematisierung gleichzeitig.

Aufgrund dieser Ausführungen gilt Hypothese I als **falsifiziert**.

Das einzige Ereignis, das von der FAZ im Untersuchungszeitraum früher thematisiert wurde als im Neuen Deutschland, waren die Kurzbesuche der DDR-Bürger im Westen, wobei hier die Abgrenzung zum Ereignis „Mauerfall“ schwierig ist. In der vorliegenden Arbeit wurde so vorgegangen, dass die Begriffe „Kurzbesuche“ bzw. „Millionen Bürger“ dezidiert im Text vorkommen mussten.

Die Ereignisse bei denen das ND schneller war, im Detail:

Mit Ausnahme des Ereignisses „Staatsakt anlässlich 40 Jahre BRD in Bonn“ – zu dem die FAZ nicht berichten konnte, da am nächsten Tag ein Feiertag war – fanden die betreffenden Ereignisse größtenteils am Abend oder nachts statt.

In zwei Fällen handelt es sich um Wahlergebnisse, die in der Regel erst am späteren Abend feststehen. Diese waren „Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus“ und „Allianz für Deutschland“ gewinnt erste freie Volkskammer-Wahl“.

Ebenso fand das Finale der Fußball-WM 1990 in Rom erst abends, konkret ab 20:00 Uhr statt.

Die neuen Reiseregeln der DDR und damit der Fall der Berliner Mauer wurden von Günter Schabowski erst gegen 19:00 Uhr verkündet.⁹³

Spätabends spielten sich auch die Erstürmung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Ostberlin⁹⁴ und das Attentat auf Oskar Lafontaine⁹⁵ ab.

Keine offensichtlichen Erklärungen gibt es für die verspätete Berichterstattung der FAZ zu den Ereignissen „DDR-Regierung Modrow gründet Treuhandanstalt zur VEB-Privatisierung“ und „Abkommen zwischen VW AG und Zwickauer IfA PKW AG“. Hier stellt sich die Frage, wann und wie die Freigabe der Informationen erfolgte.

⁹³ Exakt verkündet wurde die neue Reiseregelung von Günter Schabowski am 9. November 1989 um 18:57 Uhr, siehe dazu Wolle, 1998, S. 326

⁹⁴ Bahrmann/Links, 1995, S. 60

⁹⁵ Adelheid Streidel verübte den Anschlag exakt um 20:45 Uhr, siehe dazu APA-Basisdienst-Meldung Nummer 208 vom 26. April 1990

Auswertung der Hypothese II

Für die genaue Betrachtung werden zunächst, dem Framing-Ansatz folgend, die unterschiedlichen Ausrichtungen der beiden Zeitungen gegenübergestellt. In einem zweiten Schritt sollen dann die markantesten Gegensatzpaare gegenübergestellt und mit Beispielen untermauert werden. Der dritte Punkt befasst sich dann mit der Analyse der vier Schwerpunktthemen „40 Jahre BRD“, „40 Jahre DDR“, „Mauerfall“ und „Volkskammerwahl 1990“.

1. Unterschiedliche Ausrichtungen

	FAZ	ND
Über BRD	Freiheit Überwindung von Ausländerfeindlichkeit Leistungsfähige Marktwirtschaft	Nationalsozialismus (unterstellte historische Kontinuitäten) Tägliche Nöte des Einzelnen im Kapitalismus (Schuldenfalle, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Drogenproblematik)
Über DDR	Überwindung der Teilung beider deutscher Staaten („Landsleute in der DDR“; deutsche „Nation“) Militarisierung im Osten Wirtschaftliche Unterversorgung Mangel an Freiheit (Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit) Stilistisch: Larmoyanz in der Berichterstattung, relativierende Begrifflichkeiten Kein Reformwille (Altherrenriege) Übersiedlungsdruck aus der DDR in den Westen Definition: Wende als Begriff für einen Systemumbruch	Technische Leistungsfähigkeit Soziale Errungenschaften Internationale Anerkennung Erfolg durch Kollektiv (Betonung gemeinsamer Leistungen) Antifaschismus Friedenspolitik Führende Rolle der Partei Definition: Wende als Erneuerung des Sozialismus

Aufgrund der Gewichtung einzelner Meldungen und der Analyse der Inhalte konnten fünf Gegensatzpaare ausgewiesen werden, die sich im Lauf der Berichterstattung immer wieder finden.

2. Gegensatzpaare im Selbst- und Fremdbild

Verhältnis zum Nationalsozialismus

	BRD	DDR
FAZ über	Stellt sich der Nazi-Vergangenheit im Diskurs	Unterdrückung der Meinungsfreiheit
ND über	Unterstellte historische Kontinuitäten zum Nationalsozialismus	Antifaschismus

Konkrete Beispiele:

- Ächtung von „Neonazismus“ gefordert (FAZ, 22. Mai, S. 4)

„die Überwindung des Ausländerfeindlichkeit und Völkerverhetzung, von Vormacht- und Revanchebestrebungen sowie die „allgemeine Gewährleistung von Gleichberechtigung in einer toleranten Gesellschaft“

- Erfolge der Neonazis keine Eintagsfliege (ND, 17. Mai 1989, S. 5)

„die bestürzenden Erfolge neonazistischer Parteien“

„das Abschneiden der Neonazis lasse für die bevorstehenden Europa-Wahlen wenig Gutes erwarten“

- SPD will Aufrüstung und Neonazis bekämpfen (ND, 18. Mai 1989, S. 5)

„Soziale Entspannungspolitik (...) sei Voraussetzung für die dringend erforderliche starke Bewegung gegen nationalen Chauvinismus und Ausländerhass“

- Neonazis besetzen Führungspositionen im Polizeiapparat
(ND, 18. Mai 1989, S. 5)

„Scharenweise sind Polizeibeamte (...) den neonazistischen ‚Republikanern‘ beigetreten“

„es werde geschätzt, dass fast jedes zweite Mitglied aus den Reihen der Polizei kommt“

- Türkischer Arbeiter von Neonazi ermordet (ND, 18. Mai 1989, S. 5)

„der als eingefleischter Rassist bekannte Täter“

- Stuttgarter Polizei bahnte Neonazis Weg für Zusammenrottung
(ND, 19. Mai 1989, S. 6)
- Massenprotest in Berlin (West): Antifaschisten fordern das Verbot von Neonazi-Parteien (ND, 22. Mai 1989, S. 5)

„Zugleich wurde darauf verwiesen, dass das Umfeld sozialer Not und die Perspektivlosigkeit so vieler in Berlin (West) den Neonazis in die Hände arbeiten“

- Heinz Galinski: Dem Neonazismus Widerstand leisten
(ND, 23. Mai, S. 5)

„er vermisse die echte politische Auseinandersetzung mit den Neonazis“

- Neonazi droht Gegnern mit „Arbeitslager“ (ND, 25. Mai, S. 5)

„es werde der ‚Tag der Abrechnung‘ kommen“

- DGB: Neonazipamphlete sind Angriff auf die Menschenwürde
(ND, 27. Mai, S. 5)

- Kundgebung in Stukenbrock gegen Neonazismus in der BRD
(ND, 4. September 1989, S. 7)

Hier zeigt sich, dass diese Thematik vor allem im ND angesprochen wird. Dies muss vor dem Hintergrund verstanden werden, dass die DDR die BRD als Nachfolgestaat Hitlerdeutschlands verstand und generell Kontinuitätslinien (auch der Eliten) zum 3. Reich unterstellte. Im Gegensatz dazu könnte für die BRD so argumentiert werden, dass aufgrund der demokratischen Ausrichtung auch Gruppen ihren Platz in der Gesellschaft finden, die politisch weit links oder rechts positioniert sind. Im Falle der immer wieder angesprochenen Republikaner zeigen sich auch die Unterschiede in der Bewertung. Während diese in der FAZ mit „rechtspopulistisch“ gleichgesetzt werden, erfolgt in ND durchgehend die Titulierung als „neonazistisch“.

Wirtschaft

	BRD	DDR
FAZ über	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird als evident angesehen (soziale Marktwirtschaft)	Betont Mangelwirtschaft und Unterversorgung
ND über	Nöte des Einzelnen im Kapitalismus	Betont wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (in der Planwirtschaft)

Konkrete Beispiele:

- Warum die Partei die Kleingärtner forciert (FAZ, 19. Mai 1989, S. 12)

„Nicht nur Freizeit“

„Wie wollte die DDR ihre Bevölkerung mit Obst und Gemüse wenigstens einigermaßen versorgen, wenn es die vielen Kleingärtner nicht gebe?“

- Gestern noch Vorzeigebetrieb – morgen nicht mehr konkurrenzfähig
(FAZ, 21. März 1990, S. 19)

- Wofür Abgeordnete im Armaturenwerk eintreten (ND, 17. Mai 1989, S. 3)

„es geht um steigende Produktivität und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für viele Werktätige“

„er macht keinen Unterschied zwischen Planerfüllung im Betrieb und im Territorium“

„Um Kurs zu halten sind Pläne das A und O“

- BRD-Bürger werden von Schulden erdrückt (ND, 17. Mai 1989, S. 5)
- Elektronikmaschinenbau – eine neue Herausforderung
(ND, 19. Mai 1989, S. 3)

„höchste Wachstumsraten in der Nettoproduktion“

„auf ein leistungsfähiges Kollektiv“

„ein größerer Zuwachs an Nationaleinkommen und verteilbarem Endprodukt für die erfolgreiche Fortsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

- 20.000 Düsseldorfer suchen eine Wohnung (ND, 19. Mai 1989, S. 6)
- Mieterbund der BRD: Wohnungssuche immer mehr ein Lotteriespiel
(ND, 20. Mai 1989, S. 6)

„wachsende Wohnungsnot“

- 180.000 Werktätige aus Arbeitslosenstatistik der BRD herausmanipuliert
(ND, 27. Mai, S. 5)
- Mietervereine: In Bayern fehlen 200.000 Wohnungen
(ND, 2. Oktober 1989, Titelseite)

- Micky-Maus lockt in „weißen Tod“ (ND, 2. Oktober 1989, S. 5)

„Schon mit elf süchtig“

- Hochschulbesuch in BRD nur für 8 von 100 Arbeiterkindern
(ND, 4. Oktober 1989, S. 7)
- Die BRD ist nach wie vor von Massenarbeitslosigkeit geprägt
(ND, 7. November 1989, S. 7)
- Mietpreis-Explosion in Berlin (West) (ND, 8. November 1989, Titelseite)

Auch bei diesem Gegensatzpaar treten deutlich die Unterschiede hervor. Die FAZ klassifizierte die DDR als wirtschaftlich rückständiges Land, wo die Bevölkerung mit Mangelversorgung zu kämpfen hatte. Umgekehrt finden sich im ND vor allem Nachrichten, in denen die Problemfelder der kapitalistischen Gesellschaftsordnung thematisiert werden. Sehr stark zeigt sich das in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, aber auch im Zusammenhang von Bildung und unterprivilegierten Bevölkerungsschichten.

Militär

	BRD	DDR
FAZ über	Verteidigung als Notwendigkeit, Abrüstung als Ziel	Unterstellt Militarisierung
ND über	Unterstellt Militarisierung	Friedenspolitik

Konkrete Beispiele:

- Neuer Auftrag für SED-Kampfgruppen (FAZ, 19. Mai 1989, S. 3)

„Die SED-Kampfgruppen werden nach Erkenntnissen von DDR-Bürgerrechtlern zunehmend für ‚die Verteidigung des Sozialismus nach innen‘ ausgebildet“

„(...) das neue Trainingsprogramm konzentrierte sich auf den erfolgreichen Einsatz bei Unruhen. Geprüft werde, mit man Demonstranten abdränge und Rädelsführer festnehme“

„Nach Auffassung westlicher Militärexperten haben die anderen Länder des Warschauer Paktes mit ihren Milizen nichts Vergleichbares vorzuweisen.“

- Alte Instrumente (FAZ, 19. Mai, S. 16)

„Die kommunistischen Parteien (...) richteten (...) 'Kampfgruppen der Arbeiterklasse' ein“

„In der DDR scheint der neue Auftrag zu lauten: Verteidigung des Regimes nach innen“

- Friedensforscher der DDR an Teilnehmer der Wiener Verhandlungen – Für schnelle Fortschritte auf dem Wege der Abrüstung
(ND, 1. September 1989, S. 5)
- Festliche Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR
(ND, 5. Oktober 1989, Titelseite)

„Die Jugend bekundet ihre Liebe und Treue zur Partei der Arbeiterklasse und unserem sozialistischen Vaterland, ihre Kampfbereitschaft zur Stärkung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens“

Während sowohl die BRD als auch die DDR in (auch militärische) Bündnisse eingebettet waren, kritisiert das ND zunehmend die mangelnden Abrüstungsbemühungen Westdeutschlands. Die DDR wird als Friedensstaat propagiert, der einen wichtigen Faktor in der Entspannungspolitik zwischen Ost und West darstellt. Im Gegenzug thematisiert die FAZ die Abschottung der DDR nicht nur gegenüber Westeuropa, sondern auch nach innen. Dabei wird die Militarisierung der Arbeiterklasse offen kritisiert.

Wiedervereinigung

	BRD	DDR
FAZ über	Teil der Nation, bedeutsamste politische Entität der deutschen Nation	Ohne Unterdrückung wäre öffentliche Meinung klar pro Wiedervereinigung
ND über	Kapitalistisches Ausland	Selbstständiger Staat, der versucht den Sozialismus auf deutschem Boden zu realisieren

Konkrete Beispiele:

- Momper: Nicht mit der Teilung abfinden (FAZ, 20. Mai, S. 5)

„Niemand könne von den Deutschen erwarten, dass sie sich historisch damit abfinden“

„dass Freiheit und Freizügigkeit in einem Teil Deutschlands eingeschränkt sind“

- Wallmann: Europa eine faszinierende Vision (FAZ, 22. Mai, S. 6)

„wer wirklich Frieden in Europa wolle (...) dass die Völker auf diesem Kontinent frei darüber entscheiden möchten, welchen Weg sie in der Geschichte gehen wollen“

„Dies gelte (...) aber auch für die deutschen Minderheiten im Ausland wie für die deutschen Landesleute in der DDR“

„Mauer und Stacheldraht passen nicht mehr in die Welt von heute“

„kann die deutsche Teilung nur überwunden werden, wenn zugleich die europäische überwunden werde“

- Walesa: Deutschlands Teilung nicht logisch
(FAZ, 12. Oktober 1989, S. 2)

- Die Einheit Deutschlands ist unvermeidbar (FAZ, 13. Oktober 1989, S. 3)
- Wer will eine Explosion? (ND, 6. November 1989, S. 2, Kommentar Thomas Münstermann)

„Aus der BRD kommen leider vor allem höchst unerbetene Ratschläge, ja Vorschläge, was die DDR jetzt zu tun und was sie zu lassen habe“

„Unser Standpunkt ist bekannt: Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition“

„Die Wende, die wir gegenwärtig vollziehen, und die Reformen, die eingeleitet werden, zielen nicht auf weniger, sondern auf mehr Sozialismus, auf einen besseren, für die Menschen im Lande effektiveren und auch im Ansehen anderer attraktiveren Sozialismus“

- Für eine DDR, von der ein jeder sagen kann: Das ist mein Land (ND, 6. November 1989, S. 4)
- Demonstrationen und Dispute um die Entwicklung der DDR (ND, 7. November 1989, S. 2)

Auch dieser Punkt spiegelt das Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten wider. Vorausgeschickt werden muss, dass die BRD die DDR als sozialistischen Staat auf deutschem Boden nie akzeptiert hat. Daher wird in der FAZ schon frühzeitig die Wiedervereinigung thematisiert. Im Gegensatz dazu gibt es im ND keine Debatte um das Vorhandensein von zwei deutschen Staaten. Auch nach der Wende bis hin zur Deutschen Einigung wird durchgehend von einer erneuerten DDR, genauer gesagt von einer Erneuerung des Sozialismus gesprochen und damit auch argumentiert.

Gesellschaftsmodell

	BRD	DDR
FAZ über	Pluralistische Gesellschaft	Autoritärer Staat mit totalitären Elementen
ND über	Kapitalistisches System mit strukturellen Zwängen	Sozialismus, führende Rolle der Partei steht außer Frage

Konkrete Beispiele:

- Pressefreiheit in der DDR gefordert (FAZ, 3. Oktober 1989, S. 4)

„eine freie Presse zuzulassen“

- Meine Reise nach Berlin ist eine Auszeichnung fürs ganze Kollektiv
(ND, 19. Mai, S. 3)

„wie den guten Ergebnissen unseres sozialistischen Bildungswesens neue hinzugefügt werden können“

- Jugendweihen 1989 am Wochenende beendet – Gelöbnis von 168.000 für ihr sozialistisches Vaterland (ND, 29. Mai, Titelseite)

„mit Leben und Kampf von Antifaschisten bekannt“

„mit deren Hilfe die proletarische Tradition der Schulentlassungsfeier zur einer sozialistischen Volkstradition“

- Zur Erneuerung der sozialistischen Demokratie
(ND, 4. November 1989, S. 9)

„Ohne SED gäbe es keine DDR, keinen sozialistischen Staat der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen, und keine Chance der Erneuerung des Sozialismus“

Auch beim Gesellschaftsmodell lassen sich sehr schnell drastische Unterschiede in der politischen Ausrichtung festmachen. Während die FAZ die BRD als pluralistisches System – auch mit seinen Fehlern – darstellt, wo das Individuum zählt, wird in der DDR stets die Macht des Kollektivs betont. Als Schlagwort gilt dabei der Begriff „Arbeiter- und Bauernstaat“, der zeigen soll, dass auch Menschen aus unterprivilegierten Schichten den gesellschaftlichen Aufstieg schaffen können.

3. Besondere Ereignisse

Im Folgenden soll nun auf besondere Ereignisse im Detail eingegangen werden, vor allem im **Hinblick auf Legitimitätsbezug und Selbstdefinition** der beiden deutschen Staaten, Wiedervereinigungsdiskurs, verfassungspolitischen Zielvorstellungen, Wirtschaftspolitik. Jahrestage sind üblicherweise eine gute Gelegenheit Bilanz zu ziehen, das bisher Erreichte hervorstreichen, sich mit der Geschichte auseinander zu setzen, während Mauerfall und Volkskammerwahl den Status quo in Frage stellen und vor allem prospektiv viele Fragen aufwerfen.

Der 40. Jahrestag der Bundesrepublik

- Frau Wilms: Berlin bleibt Prüfstein für den Ost-West-Dialog
(FAZ, 19.5.1989, Titelseite)

„die Lösung der deutschen Frage und die Herstellung einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung“

- Wo der dritte Weg begann (FAZ, 20.5.1989, S. 2)

„der § 3 über die Freizügigkeit aller Deutschen gilt auch heute noch längst nicht für die Deutschen in der DDR“

- Hoffnung auf Wandel und Angst vor Instabilität
(FAZ, 22.5.1989, Titelseite)

„Weg zur Überwindung der deutschen Teilung“

„Überwindung der Teilung Deutschlands nur auf dem Wege der Überwindung der Teilung Europas“

„Vereinigung der deutschen Nation keine Gefahr für Europa“

- Was wird aus Deutschland? (FAZ, 26.5.1989, S. 3)

„Einheit und Freiheit“

„die deutsche Frage ist eine Freiheitsfrage“

„Kann ein freies europäisches Haus einen ‚stalinistischen Keller‘ dulden?“

- Gemeinsamer Appell der SED, der DKP und der SEW
(ND, 20.5.1989, Titelseite)

„Mit der DDR trat erstmalig ein deutscher Friedensstaat in die Geschichte“

„Die Existenz der DDR, ihre auf Friedenssicherung und das Wohl des Volkes gerichtete Politik, ihre antifaschistische Rolle“

„Gemeinsam können wir Neonazismus und militärische Gefahr stoppen“

- Protokoll einer Sendung. Aus der Fernsehdokumentation
„Wie die BRD entstand“ (ND, 20.5.1989, S. 4)

„Wir haben vor vierzig Jahren die Chancen wahrgenommen, die bei der Gründung der BRD verspielt worden sind.“

„In Bonn gibt es keinen Grund, der vierzigsten Jahrestage des Grundgesetzes und der Staatsgründung feierlich zu gedenken. Es war ein deutsches Trauerspiel“

- Staatsakt zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes der BRD
(ND, 23.5.1989, S. 3)

„dass es in der BRD Menschen gebe, die unter großen Schwierigkeiten leben müssten“

„Zur ‚größten und ungelösten Problematik‘ gehöre die Arbeitslosigkeit in der BRD“

Der 40. Jahrestag der DDR

- Die Mauern wanken (FAZ, 2.10.1989, Titelseite)
- Ost-Berlin unterbindet den Reiseverkehr in die Tschechoslowakei
(FAZ, 4.10.1989, Titelseite)

„Einen Tag vor Beginn der Feierlichkeiten (...) hat sich die Krise der DDR drastisch verschärft“

- Ich bleibe (FAZ, 5.10.1989, S. 12)

„aber wir leben in der Hoffnung, dass sich etwas ändern wird“

„Verzicht auf viele verlockende Angebote des Westens“

„Gründe zum Weggehen hätte ich genug“

- Stolz auf das in 40 Jahren im eigenen Betrieb Erreichte
(ND, 3.10.1989, S. 3)
- Errungenschaften der DDR erfüllen uns mit Freude (ND, 3.10.1989, S. 5)

- Diese einst griese Gegend in fruchtbares Land verwandelt
(ND, 4.10.1989, S. 3)
- Gut, hier zu leben, wo der Frieden Staatspolitik ist (ND, 6.10.1989, S. 3)
- In festem Bündnis lösen wir die Aufgaben mit dem Volk und für das Volk
(ND, 14.10.1989, Titelseite)

Mauerfall

- SED-Bezirkschef: Die Mauer ist illusorisch geworden
(FAZ, 2.11.1989, Titelseite)
- Reisen alleine tut es nicht (FAZ, 7.11.1989, Titelseite)

„Wichtiger aber ist, ob das von der SED gedachte Ausmaß der 'Reisefreiheit' geeignet ist, die Fluchtbewegung aufzuhalten“

„Nicht mehr nur um das Fallen von Reisesperren geht es, sondern um das Machtmonopol der Partei“

- Mauer und Stacheldraht trennen nicht mehr (FAZ, 11.11.1989, Titelseite)
- Die Mauer – ein Denkmal? (FAZ, 11.11.1989, Titelseite)

„Die DDR-Führung befindet sich im Übergang“

„Die Mauer würde zu einem Denkmal einer überwundenen Vergangenheit“

„Das Wort Wiedervereinigung klingt jetzt noch voreilig“

„Bewohner der DDR, die jederzeit gehen können, sind ein veränderter Faktor für die Partei- und Staatsmacht“

„Einmal aber kommt der Tag, da die Deutschen in der DDR darüber bestimmen können, ob sie sich mit den Deutschen in der Bundesrepublik zu einem Staat zusammenschließen wollen“

- Ein Grenzer bittet: Seid ordentlich (FAZ, 13.11.1989, Titelseite)
- Absage an die deutsche Einheit? (FAZ, 15.11.1989, Titelseite)

„Vierzig Jahre Trennung, vierzig Jahre Zweistaatlichkeit werfen einen langen Schatten“

„Die SED hat mit der Reisefreiheit einen überaus geschickten Schachzug getan“

„Niemand macht den Deutschen in der DDR das Recht streitig, sich gegen die staatliche Einheit zu entscheiden“

- Resultat der neuen Reiseregulung: Zehntausende DDR-Bürger zu Kurzbesuchen in der BRD (ND, 11.11.1989, Titelseite)
- Eine Nacht und ein Tag hüben und drüben an der Bornholmer Brücke (ND, 11.11.1989, S. 3)

„Klaus Fischer, Schlosser aus Prenzlauer Berg, meinte: ‚Ich wohne ja nur einen Katzensprung von hier, will mal sehen, wie es drüben aussieht. Mittag muss ich zurück, habe Spätschicht‘“

- Die Heimat mal von der anderen Seite sehen, dann wieder nach Hause (ND, 11.11.1989, S. 3)

“Ich will pünktlich zur Nachtschicht antreten“

„Wer will schon Weihnachten in einem Notquartier verbringen?“

„Wir fahren jetzt wieder nach Haus“

- Zu Besuch bei der Tante (ND, 11.11.1989, S. 4)

„Auch dort wird nur mit Wasser gekocht, und meine sichere Stellung gebe ich dafür noch längst nicht auf“

- Ausdruck von Konsequenz und Erneuerung (ND, 13.11.1989, S. 2)

„Aktionsprogramm der SED in Aktion!“

„Die Regelungen sind ein souveräne Entscheidung des amtierenden Minister-rates der DDR“

„Sie freuen sich über ein Stück Zugewinn an realer Freiheit. Aber sie sind an ihre Arbeitsplätze auch mit der Überzeugung zurückgekehrt, dass Erneuerung ohne die Resultate ihrer Arbeit nicht möglich ist“

„das friedliche Nebeneinander der beiden souveränen deutschen Staaten“

„nicht jene illusionäre Wiedervereinigung“

- Nicht auf der Tagesordnung (ND, 14.11.1989, S. 2)

„Die Erneuerung des Sozialismus (...) und die Vereinigung zweier Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung und Bündniszugehörigkeit sind zwei einander ausschließende Vorgänge“

„Existenz zweier deutscher Staaten eine Grundvoraussetzung der Stabilität in Europa ist“

Volkskammerwahl 1990

- Es blühen die Pflänzchen der unmittelbaren Demokratie
(FAZ, 13.3.1990, S. 3)
- Unsicher zur Wahl (FAZ, 15.3.1990, Titelseite)

„Die friedliche Revolution (...) war eine Zeit der Hochstimmung“

„Dergleichen kann nicht anhalten, wenn der Gegner sich verkrochen hat“

„Es gibt ein DDR-Gefühl, nicht ein Selbstgefühl der DDR“

„Aber vor dem Übergang zu westlichen Lebens- und Wirtschaftsformen haben viele nun Angst“

„Wann und wie schnell die Einheit komme - das wird Opfer kosten drüben und auch hier. Aber das ist erst die zweite Frage nach der ersten“

- Nur wer die Einheit will (FAZ, 20.3.1990, Titelseite)

„Jetzt geht es um die Einheit. Da treten die beiden deutschen Staaten einander selbstständig gegenüber“

„Die Mehrheit der Deutschen in der DDR will die Einheit, und zwar bald“

- „Klares Votum für die Soziale Marktwirtschaft“ (FAZ, 20.3.1990, S. 17)
- Zu schön dieses Land, um es zu verschenken (ND, 12.3.1990, S. 1)
- „Nach dem 18. März wird abgerechnet!“ (ND, 14.3.1990, S. 2)

„Sie (die Veranstaltung - Anm. AG) wurde mit der BRD-Hymne beendet. Als diese angestimmt wurde, verließen viele Bürger den Platz“

- Unsere Stimme gegen jede Form des Nationalismus
(ND, 17.3.1990, S. 3)
- Gregor Gysi gegenüber ND zum Ausgang der Wahl:
Unser Abschneiden - erstaunlich gut (ND, 19.3.1990, Titelseite)
- Standpunkt: Kein Zaungast (ND, 20.3.1990, Titelseite)

„alle Parteien können sich zu den Gewinnern zählen“

„Ohne fremde Hilfe ging die PDS mit über 16 Prozent als drittstärkste Kraft hervor“

„Die neue Partei hat geschlossen die Chance genutzt“

„Nicht als Zaungast, sondern als Mitgestalter“

Conclusio

Die Grundlinien des Selbstverständnisses und der Sicht auf das jeweils andere politische System ändern sich im Zuge der untersuchten Ereignisse nicht elementar.

In beiden Zeitungen erfolgt die Selbstdefinition des eigenen Landes sehr stark über die negative Definition des anderen.

Während die Frankfurter Allgemeine durchgehend die Überwindung der deutschen Teilung als Ziel anspricht und von der Existenz einer „Deutschen Nation“ ausgeht, wird dieser Thematik im Neuen Deutschland bis zum Mauerfall keine Bedeutung zugemessen. Später wird der Themenkomplex zwar aufgegriffen, doch bleiben die Hauptargumentationslinien aufrecht. Unverändert werden bis hin zur Volkskammerwahl und der Wiedervereinigung die Zwei-Staaten-Lösung und eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem als Zielsetzungen in der Blattlinie vertreten. Verändert werden lediglich Argumentation und Darstellung betreffend Sozialismus in der DDR: Steht beim 40. Jahrestag das Erreichte im Vordergrund und wird Kontinuität im System angestrebt, wandelt sich dies insbesondere im Zuge des Mauerfalls in Richtung Erneuerung des Sozialismus.

Das Legitimitätsproblem der DDR ist evident, besonders im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag im Oktober, dem im Sommer die großen Ausreisewellen über Ungarn und Prag vorangegangen waren. Während in der FAZ die grundsätzliche Akzeptanz des bundesrepublikanischen Systems beim Leser weitestgehend vorausgesetzt werden kann, versucht das ND die Vorzüge des eigenen Systems, des sozialistischen Staates, hervorzuheben.

Diese Legitimierung wird besonders mittels Abgrenzung bzw. Negativdefinition des Alternativsystems im Westen versucht. Hier wird einerseits auf eine vermeintliche (aufgrund der Rechtsnachfolge im Völkerrecht, rechtlich tatsächlich gegebene) Kontinuität zum Nationalsozialismus verwiesen. Zudem wird prinzipiell als solche anzusehenden Einzelphänomenen neonazistischer Wiederbetä-

tigung im Blatt sehr viel Platz eingeräumt. Dem wird das positive Selbstbild eines staatlich verordneten Antifaschismus gegenübergestellt.

Die FAZ verweist umgekehrt auf den ehrlichen Diskurs zum Thema Nationalsozialismus in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Der DDR wird implizit unterstellt, dass von der Staatsdoktrin abweichenden Meinungen generell kein Platz eingeräumt wird, was einer gelungenen Aufarbeitung im Wege steht.

Ein anderes Beispiel, das sehr gut zeigt, dass Legitimierung des eigenen Systems mit versuchter Delegitimierung des anderen einhergeht, sind die Themenkomplexe Wirtschaft und Gesellschaft. Hier betont das Neue Deutschland soziale Sicherheit, bescheidenen Wohlstand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Planerfüllung im eigenen Land, dem die Leiden des Einzelnen im kapitalistischen Wirtschaftssystem (Drogenproblematik, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit) gegenüber gestellt werden.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wiederum wird besonders die mangelnde Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft betont. Besonders gut zeigt sich dies in der – ob ihres subtil ironischen Tones - bemerkenswerten Reportage „Warum die Partei die Kleingärtner forciert“. Hier wird impliziert, dass ohne die individuellen Leistungen der Kleingärtner in ihrer Freizeit die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse nicht in ausreichendem Maße sichergestellt werden könnte. Gesellschaftspolitisch wird vor allem die Freiheit im eigenen und die Unfreiheit im anderen Land betont, konkret verwiesen wird hier auf den Mangel an Pressefreiheit in der DDR. Im Gegenzug dazu betont man im Neuen Deutschland besonders stark die Kraft des Kollektivs und die sozialistische Volkstradition.

Der letzte Themenkomplex, in dem sich die Dichotomie eines Freund-Feind-Schemas im Sinne der Schmitt'schen Politikkonzeption⁹⁶ zeigt, ist das Militär. Hier wird in beiden Medien dem jeweils anderen politischen System eine Militarisierung vorgeworfen. Im Selbstbild thematisiert die FAZ das Recht auf Selbst-

⁹⁶ Unter Politik versteht Schmitt einen Intensitätsgrad der Assoziation und Dissoziation von Menschen („Die Unterscheidung von Freund und Feind hat den Sinn, den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen“), Informationen online abrufbar unter http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schmitt (3. Juli 2009)

verteidigung, aber auch das Bemühen zur Abrüstung. Das Neue Deutschland betont dezidiert die Friedensbemühungen bzw. -politik der DDR („Sicherung des Friedens“, „wesentliche Beiträge für Sicherheit und Frieden in Europa“).

Aufgrund oben genannter Ausführungen kann **Hypothese II grundsätzlich aufrechterhalten** werden.⁹⁷

⁹⁷ Im Sinne des kritischen Rationalismus nach Karl Popper ist alles, was wir wissen, vorläufig. Daher kann eine Hypothese nicht verifiziert, sondern bestenfalls aufrechterhalten bzw. derzeit nicht falsifiziert werden. Siehe dazu Popper, 1997, S. 133 f.

Auswertung der Hypothese III

III_a) Zu den journalistischen Darstellungsformen

Es ist offenbar eine generelle Zunahme der Relevanz deutschlandpolischer Fragestellungen in der FAZ mit jedem Ereignis (Anzahl der Artikel über das Jahr deutlich gestiegen, bis hin zur Volkskammerwahl) zu konstatieren.

Auch im Neuen Deutschland ist – sieht man vom 40. Jahrestag, der in gewisser Weise einen Sonderstatus in der Berichterstattung innehatte, ab – ein ähnlicher Trend zu beobachten.

Dennoch war auffällig – ohne dies jedoch im Einzelnen mit Daten belegen zu können – dass die Vielfalt und Tiefe der behandelten Themen jenseits der untersuchten deutschlandpolitischen Fragestellungen in der FAZ deutlich höher war als im Neuen Deutschland.

In der Tat ist im ND der 40. Jahrestag der DDR der große statistische Ausreißer, der in einem kaum bewältigbaren und notwendigen Maß thematisiert wird und über nahezu die gesamte untersuchte Woche das Agenda Setting dominiert. Unter anderem werden hier zahlreiche Grußbotschaften, Toasts, politische Stellungnahmen 1:1 wiedergegeben. Hierunter sind zahlreiche Adressen ausländischer Diplomaten und Politiker zu finden, was das Streben der DDR-Führung nach internationaler Akzeptanz vor Augen führt. („*Mexikanischer Veteran grüßt zum DDR-Jubiläum*“, „*Antifaschisten der Niederlande gratulieren*“, „*CSSR betont Wertschätzung für Friedenskampf der DDR*“). Generell lässt sich sagen, dass im Neuen Deutschland ein deutlich stärkerer Fokus auf die untersuchten deutschlandpolitischen Ereignisse, was den Gesamtinhalt der Zeitung anbelangt, gelegt wurde.

Die FAZ berichtet über den 40. Jahrestag der DDR mehr als über 40 Jahre BRD – möglicherweise dem bereits einsetzenden Umbruch geschuldet (Krise des Staates war ja seit der Ausreisewelle im Sommer evident). So schreibt die Zeitung am 4. Oktober in einem Kommentar, das mit Me. gezeichnet ist „Es

sollte der DDR ermöglichen (...), ihren vierzigsten Gründungstag, in Schönheit zu begehen”, „das Regime, das sich in seiner verzweifeltsten Lage seit 1953 befindet”. Unmittelbar am 7. Oktober heißt es in einem Kommentar von Hans Herbert Götz: „Unter dem Tarnnetz der Begriffe/Die DDR-Führung macht sich nun selbst etwas vor/Nach vierzig Jahren hat der Sozialismus in Deutschland abgewirtschaftet.

Möglicherweise spielte aber auch die Tatsache eine Rolle, dass die Bundesrepublik stets als Provisorium angesehen wurde. So wird die damalige Grüne Abgeordnete Heike Wilms am 19. Mai 1989 mit folgenden Sätzen zitiert: *„die Lösung der deutschen Frage und die Herstellung einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung in Europa stehen (...) in einem engen Zusammenhang”, „Lösung der deutschen Frage ,in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden”, „Einigung Deutschlands und Einigung Europas sind daher keine Alternativen”, „Freiheit als Ordnungsprinzip”, „Deshalb sei die Bundesrepublik bestrebt, mit der DDR-Führung zu pragmatischen Vereinbarungen zu kommen, ,ohne dass wir unsere freiheitlich-demokratischen Grundpositionen aufgeben, die für die Lösung der deutschen Frage unverzichtbar sind”, „dass das freie Berlin zur Bundesrepublik Deutschland gehört und von ihr nach außen vertreten wird - auch gegenüber der DDR”.*

Zentrale Aussagen des Bundespräsidenten werden folgendermaßen wiedergegeben: *„Weizsäcker nannte Europa, Freiheit und Wiedervereinigung als gleichrangige Ziele bei unterschiedlichen, von der Politik zu bestimmenden Wegen.”*

Demokratiepolitisch lässt sich auch argumentieren, dass das ausgiebige Zelebrieren staatlicher Feier- und Jahrestage nicht dem bundesrepublikanischen Selbstverständnis entspricht bzw. die Reflexion über den Zustand der Verfassungsinstitutionen, das Festlegen politischer Zielsetzungen nicht auf bestimmte Feiertage beschränkt ist, sondern kontinuierlich, im Diskurs erfolgt.⁹⁸

Das Ausmaß und die Art der Berichterstattung nähern sich im Laufe der Zeit an, das ND berichtet über Mauerfall und die Volkskammerwahl in ähnlichem Ausmaß wie die FAZ. Gleiches gilt für die Verteilung zwischen den einzelnen journalistischen Darstellungsformen je Ereignis. So bestand hier ursprünglich eine starke Diskrepanz. Während in der FAZ sowohl beim Mauerfall als auch bei „40 Jahre DDR“ der Kommentar die vorherrschende journalistische Darstellungsform ist, ist dies im neuen Deutschland (vor allem beim 40. Jahrestag) zu mehr als 2/3 die Nachricht, oft direkt vom ADN übernommen.

Dies ändert sich bei der Volkskammerwahl signifikant. Fanden sich, die anderen drei Ereignisse zusammengekommen, zuvor nur vier Kommentare im Neuen Deutschland, so sind es im Zuge der Wahl über 30, wobei zumeist für die PDS Partei ergriffen wird. So heißt es am 13. März in einem Kommentar von Claus Dümde: *„Der PDS geht es noch schlimmer. Ihre Wahlhelfer, Mitglieder und Sympathisanten spüren tagtäglich (...) den ‚westfinanzierten Schmutz‘, neue Intoleranz“*, oder es wird die vermeintliche Abhängigkeit der Allianz für Deutschland Parteien von den Unionsparteien angeprangert, so etwa, sprachlich durchaus kreativ, am 14. März von Dr. Klaus Steiniger mit *„Standpunkt: Ko(h)lonie der BRD?“* Steiniger, zwischen 1967-1991 Redakteur und Auslandskorrespondent beim ND⁹⁹, kommt häufiger zu Wort, ebenso finden sich die Na-

⁹⁸ „Nahezu zwingend drängt sich im demokratischen Verfassungsstaat eine Verschränkung der Grundentscheidungen für Volkssouveränität und freie Kommunikation auf. Beruht Demokratie der Idee nach auf öffentlichen Prozessen der Willens- und Entscheidungsbildung, die vom Volk zu den Staatsorganen laufen, ist die Konstituierung eines politischen Forums der Aktivbürgerschaft, die öffentliche politische Kommunikation eine ihrer Entstehungs- und Gewährleistungsbedingungen: Democracy is government by public opinion (...) Neben der „Vorformung“ des politischen Willens stellen sie einen legitimierenden Kontakt zwischen der politischen Leitung und dem Volk her und **bewirken jene Permanenz öffentlicher Kritik und Kontrolle, die ein informelles und unverbindliches, aber wirksames Korrektiv staatlicher Herrschaft sein kann.**“, zit. nach Walter Berka: Politische Kommunikation in der demokratischen Verfassungsordnung in: Langenbucher, 1993, S. 19

⁹⁹ „Unter dem Decknamen ‚Topas‘ war er ab 1968 Kundschafter der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. 1993 wurde er entlarvt, zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt und am 27. Juli 2000 entlassen.“ Informationen online abrufbar unter <http://www.amazon.de/CIA-FBI-Co-Kartell-US-Geheimdienste/dp/3360019415> (3. Juli 2009)

men Gert Prokot, Reiner Oschmann und Karin Dörre mehrfach unter Kommentatoren, die das Gesicht der Zeitung, teils bis zur Jahrtausendwende, mitprägen werden.

Die Bedeutung von Reportagen nahm sowohl im Neuen Deutschland als auch in der Frankfurter Allgemeinen zu (besonders stark beim Mauerfall, bei der Volkskammerwahl bereits wieder leicht rückläufig). Die Ursachen hierfür lagen möglicherweise im Falle der FAZ im Zugang (tendenziell personal- und rechercheintensiv) zu den entsprechenden Informationen, was bereits vor dem Mauerfall eine höhere Zahl von in der DDR akkreditierten Journalisten erfordert hätte. Im Neuen Deutschland ist aber nach der Wende eine neue Offenheit für andere Darstellungsformen festzustellen (auch Interviews werden häufiger als Darstellungsform eingesetzt) - während vor der Wende direkt übernommene ADN-Meldungen vorherrschend sind. Beispiele für Reportagen rund um den Mauerfall sind im Neuen Deutschland:

- *Eine Nacht und ein Tag hüben und drüben an der Bornholmer Brücke (Heidi Diehl/Jochen General)*
- *Die Heimat mal von der anderen Seite sehen, dann wieder nach Hause (Birgitt Pötzsch)*
- *Stippvisite zur Reeperbahn und wieder zurück zur Arbeit (Sabine Uhlig, ADN)*
- *Neugierde und Rowdys am Brandenburger Tor (Dr. Karl-Heinz Audersch)*
- *Was wir aufgebaut haben, lassen wir nicht im Stich (Carola Mackowiak)*

Auffallend ist, wie stark im Hinblick auf das neue Reisegesetz im Neuen Deutschland in den Reportagen betont wird, die Grenzübertritte nach Westberlin und in die BRD hätten den Charakter von Kurzbesuchen.¹⁰⁰

Währenddessen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mithilfe sehr starker Metaphern „Emotionen der Freiheit“ transportiert werden, wie die folgende Aufstellung von Reportagetiteln zeigt:

¹⁰⁰ Zu dieser Thematik siehe auch Granzer/Schneider, 2000, S. 36

- *Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen*
(Von Monika Zimmermann)
- *Söhne und Töchter werden von ihren Eltern zur Grenze gebracht*
(Von Claus-Einar Langen)
- *Ein Licht nach langer Dunkelheit* (Von Ulrich Schulze)
- *Einfach mal losgehen und gucken, wie der Ku'damm wirklich aussieht*
(Von Eckhard Fuhr)
- *Das muss man gesehen haben* (Von Eckhart Kauntz)

Die journalistische Darstellungsform Interview spielt in der FAZ eine untergeordnete Rolle, während das ND diese im Zuge der Volkskammerwahl geradezu für sich entdeckt (9 Interviews).

Interviewt werden jedoch größtenteils Parteigänger der PDS und Mitglieder der Vorwahl-Nomenklatura:

- Ministerin Tatjana Böhm
- Hans Modrow
- Minister Gerd Poppe (Initiative für Frieden und Menschenrechte - IFM)
- Kandidaten von Listenvereinigungen zur Wahl
- Kerstin Pohlke, Mitglied der Wahlkommission
- Am Sonntagabend: Fragen an Politiker aus Ost und West (Rene Heilig)
- Walter Jens
- Gregor Gysi (2x)

Die Betrachtung als DDR-Spezifikum

Das Wörterbuch der sozialistischen Journalistik definierte die Betrachtung als

*„Genre der ereignisbezogenen journalistischen Argumentation, bei dem ein Vorgang auf persönliche Weise betrachtet und anhand des Vorgangs ein wesentlicher Zusammenhang, ein wichtiges gesellschaftliches Problem bewusst gemacht wird.“*¹⁰¹

¹⁰¹ zit. nach Doreen Strasdas: Nachrichten und Ritualität in: Fix, 1998, S. 374

Zugleich hat die Betrachtung oftmals affirmativen Charakter und soll einen Einklang zwischen Volksempfinden und politischen Entscheidungen suggerieren.

Beispiele

- *ND-Leser zu neuen Reiseregeln*
- *40 Jahre DDR - mein Betrieb und ich - Lebenswerk, das eine Menge guter Freunde und Helfer hat (Von Diplomingenieur Herbst Krätschmer)*
- *Diese einst griese Gegend in fruchtbares Land verwandelt (Von Adolf Wilken)*
- *Gut, hier zu leben, wo der Frieden Staatspolitik ist (Von Peter Winkler, Leiter des Tagebaus Witznitz)*
- *Entfaltung der Persönlichkeit - ein unverzichtbarer Wert für uns (Von Prof. Dr. Siegfried Engels, TH Leuna-Merseburg)*

Geradezu ein Paradebeispiel für das Genre ist „Bedenken“ von Christa Herwig, SKET Magdeburg, in welchem das Problem des Schwarzmarktumtausches Mark der DDR zu D-Mark aus Perspektive und Erleben einer Arbeiterin geschildert wird.

Bei der Volkskammerwahl ist diese DDR-spezifische Darstellungsform offenbar aus dem Repertoire des Neuen Deutschland verschwunden.

Interessanterweise fanden sich im Zuge der Durchführung dieser Untersuchung auch in der FAZ Textsorten, die als Grenzfälle zwischen Kommentar und Betrachtung zu werten waren. Da aber die vorherrschende Lehre sagt, dass die Betrachtung ein DDR-Spezifikum ist, wurden diese Textsorten letztlich als Kommentar gewertet.

III_b) Zu den Archetypen

Politiker mit direkter und indirekter Rede dominieren in beiden Medien gegenüber den anderen ausgearbeiteten Ideal- bzw. Archetypen.

Lediglich beim Mauerfall ist das Ergebnis anders. Hier dominieren einerseits der Mann/die Frau von der Straße bzw. „der/die ehrliche ArbeiterIn im Betrieb“, wobei die Abgrenzung zwischen diesen beiden Typen schwierig ist und unter Umständen mehr über journalistische Kultur und Tradition aussagt, als über klar unterscheidbare Archetypen. So dominiert in der FAZ der Mann/die Frau von der Straße, weil Personen im Zuge des Mauerfalls direkt vor Ort über ihr aktuelles Erleben und Empfinden befragt werden, die Vermittlung von Unmittelbarkeit also ganz zentral ist.

Umgekehrt sind die Erlebnisse der zitierten Personen im Neuen Deutschland oftmals aus einer weniger unmittelbaren Perspektive geschrieben, im nachhinein verfasst (in ihrem Charakter einem Schulaufsatz über einen Ausflug nicht unähnlich), wobei neben dem Namen zumeist der (volkseigene) Betrieb, in dem der oder die Betroffene arbeitet und ihre/seine Position genannt werden, das Neue Deutschland knüpft hier also im Prinzip an die Tradition der Volkskorrespondenten an.

Warum nun aber, kommen der Mann und die Frau von der Straße oder auch der/die Arbeiterin im Zuge des Mauerfalls häufiger zu Wort als in den anderen Fällen? Vermutlich auch, weil dieses Ereignis sehr stark mit exemplarischem individuellen Erleben vermittelt werden kann, während die anderen drei Themen (Wahl und Jahrestage) doch eher als „klassische“ Politik-Themen zu werten sind.

Vergleicht man die vier Ereignisse miteinander, so fällt vor allem das Ausmaß auf, in dem im Neuen Deutschland im Zuge des 40. Jahrestages Politiker zu Wort kommen – hier zählte ich 83 Fälle – darunter auch zahlreiche Wortmeldungen ausländischer Politiker, vornehmlich aus den Staates des noch bestehenden Warschauer Paktes, Kuba und der Dritten Welt. Diese hohe Anzahl ist

selbst für das Neue Deutschland ungewöhnlich und höher als bei den drei anderen Ereignissen zusammen. Die Ursache hierfür ist meines Erachtens sehr stark in der versuchten Inszenierung von staatlicher Legitimität (nicht zuletzt durch internationale Anerkennung) des zunehmend unter Druck geratenden Regimes in seiner Zeitung zu suchen. Interessanterweise wird weniger versucht, diese Legitimierung über Unterstützung durch den „ehrlichen Arbeiter/die ehrliche Arbeiterin“ zu gewinnen. Diese werden im Zuge des 40. Jahrestages nur vier Mal mit wörtlicher oder indirekter Rede zitiert.

Umgekehrt kommen in der Frankfurter Allgemeinen anlässlich des 40. Jahrestags der BRD gerade einmal sechs Politiker (ausschließlich bundesdeutsche) in diesem Kontext zu Wort. Am höchsten ist hier die Zahl von Politikerwortmeldungen im Zuge der Volkskammerwahl, was im Anbetracht des Ereignisses und des Umstandes, dass im Sinne der Ausgewogenheit nach Möglichkeit Vertretern aller Fraktionen die Chance gegeben werden sollte ein Statement abzugeben, nicht ungewöhnlich erscheint. Dieses Ereignis weist in der Anzahl auch die geringste Diskrepanz im Verhältnis der Politikerwortmeldungen zu dem Thema zwischen den beiden Zeitungen auf.

Ist das Verhältnis im Zuge von 40 Jahre Bundesrepublik 2:1 für die FAZ, ist es bei 40 Jahre DDR 8:1 für das Neue Deutschland. Im Zuge des Mauerfalls ist das Verhältnis immer noch 3:2 für das Neue Deutschland, während bei der Volkskammerwahl wieder die FAZ vorne liegt – allerdings nur noch im Verhältnis 5:4. Hierbei muss für das Neue Deutschland auf die im Zuge der Analyse der Textsorten erstellte Liste der Interviewpartner verwiesen werden: Es handelte sich zum allergrößten Teil um Mitglieder der PDS bzw. Entscheidungsträgern aus der Nomenklatura. Vertreter anderer, oppositioneller Parteien kommen kaum zu Wort. In der FAZ wiederum kommen neben bundesdeutschen Politikern (Kohl, Gentscher, Lafontaine) vor allem Lothar De Maiziére und Vertreter der ostdeutschen SPD zu Wort, fallweise noch Vertreter der Regierung Modrow. Wahlwerbende Vertreter der PDS werden nicht zitiert. Dafür werden relativ ausführlich die internationalen Reaktionen auf das Wahlergebnis, von Washington über Warschau bis nach Moskau dokumentiert.

Kompetente Wissenschaftler kommen weder in der einen noch in der anderen Zeitung in größerem Ausmaß zu Wort, lediglich im Zuge der Volkskammerwahl werden sie mehrfach zitiert. Hier handelte es sich vor allem um Meinungsforscher und Politologen, die Analysen zum Wahlverhalten, Einschätzungen der Situation und zukünftiger Entwicklungen liefern sollten.

Auch kritische Künstler kommen kaum zu Wort. Im Zuge des Mauerfalls werden Günter Grass & Co. von der FAZ betreffend ihren Empfindungen befragt (vier Nennungen), im Neuen Deutschland kommen sie bei der Berichterstattung zur Volkskammerwahl verstärkt zu Wort (wobei zumindest die Malerin Bärbel Bohley, als Mitbegründerin des Neuen Forums, als ein Grenzfall zwischen Politik und Kunst zu werten ist). Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, sollte man doch annehmen, dass für (vor allem demokratisch verfasste) Gesellschaften alternative Ansichten von KünstlerInnen, neue Perspektiven mit sich bringen und die politische Debatte bereichern.

Eine mögliche Ursache für das geringe Vorkommen von Meinungen von Künstlern in der Ergebnisauswertung könnte jedoch auch darin liegen, dass Künstler Themen gerne abstrakt oder metaphorisch behandeln. Dies konnte im Untersuchungsdesign nicht berücksichtigt werden, da hier die dezidierte Nennung bestimmter, im Zusammenhang mit dem jeweiligen Ereignis stehender Begrifflichkeiten im Mittelpunkt der Erhebungen stand.

Conclusio

Als Ergebnis der bisherigen Ausführungen lässt sich zusammenfassen.

Bei den journalistischen Darstellungsformen ist es von Ereignis zu Ereignis zu gewichtigen Änderungen gekommen. Dies trifft nicht nur auf das ND, sondern auch auf die FAZ zu. Aufgrund dieser Ausführungen kann **Hypothese III a aufrechterhalten** werden.

Zwar spielen Archetypen (allen voran PolitikerInnen) in beiden Medien eine große Rolle, im Lauf der Geschichte bzw. einhergehend mit den Schwerpunktthemen ändert sich ihre Gewichtung aber kaum. Daher gilt **Hypothese III b als falsifiziert**.

Auswertung der Hypothese IV

Strasdas nennt als Fazit ihrer Untersuchung des Neuen Deutschland als Beispiele für phrasenhaft gebrauchte feste Wendungen, die grundlegende Werte der sozialistischen Gesellschaft ausdrücken sollen, folgende: ¹⁰²

- (1) Erhaltung des Friedens
- (2) Freundschaft mit der Sowjetunion
- (3) Helden der Roten Armee
- (4) Zerschlagung des Faschismus
- (5) Sieg über den Hitlerfaschismus
- (6) brüderliche Zusammenarbeit/ Bruderparteien
- (7) Leben in Frieden und Sozialismus
- (8) Völkerfreundschaft
- (9) proletarischer Internationalismus

Beispiele hierfür lassen sich besonders im Zuge der Feier des 40. Jahrestages der DDR sehr gut festmachen:

- *Generalsekretär der Partei der Arbeit der Schweiz: DDR leistet wesentliche Beiträge für Sicherheit und Frieden in Europa (1)*
- *Gesellschaften für Freundschaft und Zusammenarbeit mit der DDR an Erich Honecker: Auferstanden aus Ruinen, wurde die DDR zum geachteten Friedensstaat (1)*
- *Mongolische VR würdigt Friedenspolitik der DDR (1)*
- *DKP-Vorsitzender würdigt Friedensengagement der DDR (1)*
- *Gut, hier zu leben, wo der Frieden Staatspolitik ist (1)*

- *Freundschaftlicher Meinungsaustausch Erich Honecker - Michail Gorbatschow (2)*
- *Drushba – ‚Freundschaft‘ in den Straßen (2)*

¹⁰² Doreen Strasdas: Nachrichten und Ritualität in: Fix, 1998. S. 382

- *Kämpfer gegen den Faschismus, für Sozialismus und Frieden geehrt (4/5/7)*
- *Brüderliche Glückwünsche der UdSSR an das Volk der DDR (6)*
- *Uns vereinen die Ideale des Sozialismus und des Friedens (7)*
- *Jugend der DDR und Chinas verbindet feste Freundschaft (8)*
- *Freundschaftliche Begegnungen mit ausländischen Gästen (8)*

Rot

Ritualisiert eingesetzt wurde in der DDR auch das Symbol „Rot“. Schon in der Kinderliteratur zu finden¹⁰³, zog sich dieses durch alle Lebensbereiche (etwa im von der FDJ gepflegten Liedgut¹⁰⁴)

Beispiele für die Verklärung der Farbe finden sich auch im Neuen Deutschland:

„Das Rot muss gerade heute auch weiter den Weg weisen“

(ND, 11.11.1989, S. 3)

Gysi antwortete aus der „roten“ Ecke (ND, 15.3.1990)

¹⁰³ „Das Rot ist so rot/dass es kracht.
Das Rot macht froh, das Rot lacht.

Was rot ist, siehst du schon von fern.
Alle Menschen haben Rot gern.

Denk nur an den Ersten Mai.
An diesem Tag warst du schon dabei.
Die roten Fahnen flattern im Wind.
Eine rote Nelke hat jedes Kind.”

Zit. nach Bluhm/Körner, ohne Jahr, ohne Seite

¹⁰⁴ Hier sind Lieder wie „Ich trage eine Fahne“, „Bandiera rossa“ oder „Brüder seht die rote Fahne“ zu nennen.

Veränderungen im Zuge der Wende

Auch nach dem Mauerfall lässt sich im Neuen Deutschland ein bestimmtes Ritualisierungsgebarren im Bezug auf die Verwendung von festen Wendungen und Schlagwörtern feststellen.

Zentrale Kategorien hierbei sind Vertrauen und Erneuerung, mit dem Ziel „wieder in die Offensive“ zu kommen.

Erneuerung

Vor allem zwischen 10. November und 18. November 1989 bildet die Erneuerung des Sozialismus einen zentralen Themenschwerpunkt in der Zeitung:

„... Erneuerung des Sozialismus...“ (ND, 10. November 1989, S. 6)

„... SED zieht radikale Schlussfolgerungen zur Erneuerung...“

(ND, 14. November 1989, S. 3)

„Schritte zur Erneuerung – der außerordentliche Parteitag...“

(ND, 17. November 1989, S. 3)

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nicht von „Reform“ die Rede ist (dem Wort das in dem oben angesprochenen Sinn heute in der politischen Szene wohl am häufigsten gebraucht wird), sondern das Wort „Erneuerung“ verwendet wird. „Erneuerung“ hat zwei Bedeutungen. Es kann einerseits im Sinne von „Reform“ gebraucht werden, langsame evolutionäre Veränderung, Verbesserung bestehender Zustände heißen, andererseits jedoch auch Herstellung des Ursprünglichen - im Sinne von Restauration - meinen. Der Beitrag Wolfgang Hergers¹⁰⁵ zur 10. Tagung des ZK der SED bestätigt diese Einschätzung:

¹⁰⁵ Herger war der wichtigste politische Vertraute von Egon Krenz und mit diesem maßgeblich am Sturz von Erich Honecker beteiligt.

„Es geht um die wahrhafte revolutionäre Erneuerung des Sozialismus in unserem Land. Es geht nicht um Wende oder Wendehälsa. Es geht um einen grundlegenden Neubeginn. Im Wort Erneuerung steckt, dass wir an Vorhandenem anknüpfen können und müssen.“¹⁰⁶

Die von Herger vorgenommene Nennung eines „grundlegenden Neubeginns“ mit „an Vorhandenem anknüpfen“ in einem Atemzug, widerspricht sich eigentlich. Sie ist jedoch erklärbar im Sinne der festgestellten Doppeldeutigkeit des Wortes Erneuerung.

Vertrauen

Die zweite wesentliche Kategorie von Schlagwörtern neueren Ursprungs entwickelt sich um das Wort „Vertrauen“:

„... Vertrauen neu erarbeiten“ (ND, 10. November 1989, S. 3)

„... Einheit und Glaubwürdigkeit der Partei...“ (ND, 13. November 1989, S. 3)

„Wandlungsfähig und glaubhaft sein“ (ND, 13. November 1989, S. 3)

„Das Aktionsprogramm der Partei gibt Hoffnung“

(ND, 14. November 1989, S. 3)

„Mit Taten Vertrauen schaffen“ (ND, 16. November 1989, S. 3)

Interessant ist hier die Verwendung eines Wortes mit beinahe schon religiösem Charakter. Im Sinne von Habermas könnte jedoch auch festgehalten werden, dass kein kommunikatives Handeln¹⁰⁷ zu Stande kommen kann, so lange die Wahrhaftigkeit des Gesprächspartners (in diesem Fall die der politischen Führung) in Frage gestellt wird.

¹⁰⁶ Rede von Wolfgang Herger, Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK in: Neues Deutschland, 11./12. November 1989, S. 5

¹⁰⁷ Roland Burkart/Alfred Lang: Die Theorie kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas in: Burkart/Hömbert, 1995, S. 40 ff.

Wieder in die Offensive

In weiterer Folge wird nun versucht, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren, und als Avantgarde im Lenin'schen Sinne zu handeln:

„Es ist unsere Pflicht voranzugehen“ (ND, 11.11.1989, S. 6)

„... die politische Offensive wiedererlangen“ (ND, 15.11.1989, S. 2)

„... es geht um Einheit und Kampfkraft der Partei“ (ND, 15.11.1989, S. 2)

„... Entschlossenheit der neuen Parteiführung mit dem Gesicht zum Volk zu stehen...“ (ND, 17.11.1989, S. 2)¹⁰⁸

Heimat

Auch ein traditionell eher konservativ besetzter Wert entwickelt im Zuge der Wende und in Folge der im Sommer eingesetzten Massenflucht rituellen Charakter, jener der Heimat.

Augenscheinlich handelt es sich hier um einen Versuch, der „laufenden Abstimmung mit den Füßen“, Heimatgefühl und eine Form von Patriotismus entgegen zu setzen.

„Die Heimat von der anderen Seite sehen...“ (ND, 11./12.11.1989, S. 16)

„...wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren...“ (ND, 13.11.1989, S. 4)

„... zurück in die Heimat...“ (ND, 14. 11.1989, S. 5)

„... ehemaligen Bürgern der DDR, die in ihre Heimat zurückkehren...“
(ND, 16.11. 1989, Titelseite)

¹⁰⁸ Diese Ausführungen folgen Granzer/Schneider, 2000, S. 31 f.

Kurzbesuche

Dieser Diktion folgt auch die Charakterisierung der Ausflüge in den Westen als „**Kurzbesuche**“. Hierdurch gelingt der Spagat, die historische Maueröffnung einerseits nicht ignorieren zu müssen, andererseits die Loyalität der DDR-Bürger gegenüber ihrem Land zu betonen: Es ist zwar richtig, dass der Großteil der Bürger wieder in ihr Land zurückkehrte, es gab jedoch auch Tausende Übersiedler, deren Schicksal und Beweggründe kaum thematisiert werden.

„Eine Nacht hüben und drüben“ (ND, 11./12.11.1989, S. 16)

„Stippvisite zur Reeperbahn und wieder zurück zur Arbeit“

(ND, 11./12.11.1989, S. 16)

„Die Heimat mal von der anderen Seite sehen, dann wieder nach Hause“

(ND, 11./12.11.1989, S. 16)

Sprachliche Rituale in der FAZ

In der FAZ, in dieser Hinsicht repräsentativ für den Großteil westdeutscher Medien, wird die DDR nahezu ausschließlich mit negativen Bildern und Wendungen besetzt.

Die DDR-Bürger wurden nicht als Träger höchst unterschiedlicher, durch die zurückliegenden 40 Jahre geprägten, individueller Biographien gesehen, sondern schlagwortartig als „**Landsleute in der DDR**“ gezeichnet.

„nur die Leiden unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands“
(FAZ, 2. Oktober 1989)

„den Deutschen in der DDR“ (FAZ, 15. November 1989)

Kluge Köpfe, wie der in der DDR-geborene Zeit-Journalist Christoph Dieckmann, werden dies noch Jahre später kritisieren: *„Geschichte, das meint nicht altdeutsche Abkunft, sondern Biografien, Milieus, DDR als Lebenswelt.“*¹⁰⁹

Als zentrale Begrifflichkeiten werden dem Leser stets „**Mauer**“ und „**Stacheldraht**“ präsentiert. Folgerichtig lautet die Schlagzeile der Frankfurter Allgemeinen am Tag nach dem Mauerfall: *„Mauer und Stacheldraht trennen nicht mehr“*

„Die Mauern wanken“ (FAZ, 2.10.1989)

„Mauer rundum“ (FAZ, 4.10.1989)

„SED-Bezirkschef: Die Mauer ist illusorisch geworden“,
„Er verweist auf konkrete Gründe die Berliner Mauer“ (FAZ, 2.11.1989)

„Die Mauer - ein Denkmal?“ (FAZ, 11.11.1989)

¹⁰⁹ Dieckmann, 2001, S. 61 ff.

Ebenso wird die DDR-Regierung als Regime bezeichnet:

„das Regime, das sich in seiner verzweifeltsten Lage seit 1953 befindet“, „Dies wird eine der schwersten Stunden des Regimes“ (FAZ, 4.10.1989)

Nach dem Mauerfall wird dieser Begriff kaum noch verwendet. Ebenso wird bis zum Fall der Mauer stets der Mangel an Freiheit und Freizügigkeit betont.

Freiheit und Freizügigkeit eingeschränkt

„dass Freiheit und Freizügigkeit in einem Teil Deutschlands eingeschränkt sind“ (FAZ, 22.5.1989)

„Pressefreiheit in der DDR gefordert“ (FAZ, 3.10.1989, S. 4)

Nicht mit der Teilung abfinden

„Überwindung der deutschen Teilung“ (FAZ, 22.5.1989)

„Deutlicher ... ist die Teilung der Nation in zwei Staaten als ein bei allen Erfolgen der Bundesrepublik bisher unerfüllt gebliebener Auftrag der Verfassung hervorgehoben worden“ (FAZ, 26.5.1989)

„Walesa: Deutschlands Teilung nicht logisch“ (FAZ, 12.10.1989, S. 2)

Wiedervereinigung

„Weizsäcker nannte Europa, Freiheit und Wiedervereinigung als gleichrangige Ziele bei unterschiedlichen, von der Politik zu bestimmenden Wegen“ (FAZ, 26.5.1989)

„Das Thema Wiedervereinigung jetzt zurückstellen“ (FAZ, 2.11.1989)

„Das Wort Wiedervereinigung klingt jetzt noch voreilig“ (FAZ, 11.11.1989)

Zunehmend macht der Begriff Wiedervereinigung dem Begriff Einheit Platz. Damit rückt das Ziel gegenüber dem Prozess stärker ins Blickfeld. Zudem ist der Begriff Wiedervereinigung nicht unumstritten, suggeriert er doch, dass an die Zeit vor der Teilung angeknüpft wird. Historisch wären dies jedoch Drittes Reich und Nationalsozialismus. Dieser Eindruck soll wohl vermieden werden.

Einheit

„Die Einheit Deutschlands ist unvermeidbar“ (FAZ, 13.10.1989)

„Einheit?“ (FAZ, 14.11.1989)

„Niemand macht den Deutschen in der DDR das Recht streitig, sich gegen die staatliche Einheit zu entscheiden“ (FAZ, 15.11.1989)

„Wann und wie schnell die Einheit komme - das wird Opfer kosten drüben und auch hier.“ (FAZ, 15.3.1990)

Ironisierung DDR-spezifischer Begrifflichkeiten

„Diese Gesellschaft leidet nicht Mangel an aufklärerischen Fakten, sondern daran, dass jedwede Wahrheit spielerisch verbraten wird. Die DDR ist ein Witz.“¹¹⁰, schreibt Christoph Dieckmann in „Das wahre Leben im falschen“. Was er damit zum Ausdruck bringt, ist das Gefühl vieler Ostdeutschen in ihren Biographien nicht ernst genommen zu werden. Die DDR wird heute in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals reduziert auf ein graues Land mit schrulligen Menschen mit sächsischem Dialekt, in dem alle eingesperrt und von der Staatssicherheit überwacht waren, es ihnen aber prinzipiell nicht so schlecht ging (wenn auch alles ein bisschen schlechter war als in der Bundesrepublik) und diese lustigen Autos (Trabis) fahren.

Diese Form von Geringschätzung zeigt sich teilweise bereits im Stil der Berichterstattung vor der Wende in der FAZ. DDR-spezifische Begrifflichkeiten werden ironisiert. Ein Stück weit ist der Einsatz dieses journalistischen Stilmittels verständlich. Aufgrund politischer Restriktionen wusste man – abgesehen von einzelnen, akkreditierten Journalisten deren Aktionsradius stark auf (das fast als Sonderfall anzusehende) Ostberlin beschränkt war, nur sehr wenig über die Menschen in der DDR und war bis zu einem gewissen Grad auf öffentliche Verlautbarungen und Meldungen angewiesen. Gleichzeitig versucht sich der berichtende Journalist zu schützen, in dem er Verlautbarungen und sprachliche Diktion relativiert. Leider werden Ereignisse dadurch in gewisser Weise oft ihrer Ernsthaftigkeit beraubt.

Beispiele hierfür sind:

„die ‚Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR‘ in ungewohnt großem Ausmaß weitergehen“ (FAZ, 23.5.1989, Titelseite)

„Wie wollte die DDR ihre Bevölkerung mit Obst und Gemüse wenigstens einigermaßen versorgen, wenn es die vielen Kleingärtner nicht gebe?“
(FAZ, 19.5.1989, S. 12)

¹¹⁰ Dieckmann, 1999, S. 17

Conclusio

Für das Neue Deutschland muss festgehalten werden, dass es im Verlauf der geschichtlichen Ereignisse zu einer Änderung bei den phrasenhaft gebrauchten festen Wendungen gekommen ist. Etablierte Redewendungen sind zwar nach wie vor zu finden (besonders ausgeprägt während den Feierlichkeiten zu 40 Jahren DDR), verlieren aber zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig entstehen aber neue Redewendungen, vor allem rund um die Begriffe „Erneuerung“, „Vertrauen“ und „Heimat“.

Auch in der FAZ waren phrasenhaft gebrauchte feste Wendungen zu finden, vor allem im Hinblick auf negative Zuschreibungen zur DDR und der aus Sicht der FAZ anzustrebenden Wiedervereinigung. Hier wird allerdings der Begriff Wiedervereinigung zunehmend durch den „finalen“ Begriff Einheit abgelöst.

Aufgrund dieser Ausführungen kann **Hypothese IV aufrechterhalten** werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Generell ist festzuhalten, dass sich der geschichtliche Umbruch der Jahre 1989/90 publizistisch niedergeschlagen hat und es so zu Veränderungen in der Phraseologie, bei den journalistischen Darstellungsformen und in der Auswahl der in den Medien zu Wort gekommenen Personen gekommen ist.

Bezüglich der ursprünglich angenommenen Zeitverzögerung in der Berichterstattung aufgrund von Zensurmaßnahmen (DDR) lässt sich sagen, dass diese nicht gegeben war. Hier wurde ersichtlich, dass schlussendlich die Art der Thematisierung („Demonstrationen für Freiheit“ vs. „Randale und Schlägereien zum Staatsakt“) den Ausschlag gegeben hat.

Überraschend war auch in der FAZ der Binnenpluralismus geringer ausgeprägt als ursprünglich erwartet, schon frühzeitig wird die Wiedervereinigung weitestgehend als alternativlos dargestellt. Hier ist eine Nähe zu den politischen Zielvorstellungen der Bonner Regierungskoalition aus CDU und FDP feststellbar.

Betreffend des auf Hypothese II abzielenden Framing-Ansatzes bedarf es rückblickend gesehen aber noch vertiefter Recherche sowohl den Kontext der Medien betreffend als auch weiterer (unter Umständen quantitativer) Erhebungen. Vor allem die möglichen Vernetzungen von Redakteuren mit der Politik bilden genügend Raum für weitere Untersuchungen.

Literaturliste

ATTESLANDER, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung, de Gruyter, Berlin/New York, 1995

AUFERMANN, Jörg / **BOHRMANN**, Hans / **SÜLZER**, Rolf (Hrsg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information – Forschungsrichtungen und Problemstellungen, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1973

BAHRMANN, Hannes / **LINKS**, Christoph: Chronik der Wende, Ch. Links Verlag, Berlin, 1994

BAHRMANN, Hannes / **LINKS**, Christoph: Chronik der Wender 2. Ch. Links Verlag, Berlin, 1995

BARCK, Simone / **LANGERMANN**, Martina / **LOKATIS**, Siegfried (Hrsg.): Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“ – Zeitschriften in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin, 1999

BAUMGARTNER, Christina: Die Strukturveränderungen im politischen System der ehemaligen DDR und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das Pressesystem, Diplomarbeit, Wien, 1991

BLUHM, Steffi / **KÖRNER**, Thomas: Farbenkarussell, Der Kinderbuch Verlag Berlin, Berlin, ohne Jahr

BEIER, Brigitte et. al.: Chronik der Deutschen, Weltbild Verlag, Augsburg, 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage 1996

BROSE, Thomas (Hrsg.): Gewagte Freiheit. Wende – Wandel – Revolution, Benno-Verlag, Leipzig, 1999

BURKART, Roland: Kommunikationswissenschaft – Grundlagen und Problemfelder, Böhlau, Wien und andere, 3. aktualisierte Auflage, 1998

BURKART, Roland: Kommunikationswissenschaft – Grundlagen und Problemfelder, Böhlau, Wien und andere, 4. Auflage 2002

BURKART, Roland / **HÖMBERG**, Walter (Hg.): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung, Bräuml, Wien, 2. aktualisierte Auflage, 1995

DAHINDEN, Urs: Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, UVK, Konstanz, 2006

DIECKMANN, Christoph: Das wahre Leben im falschen. Geschichten von ostdeutscher Identität, Ch. Links Verlag, Berlin, 2. Auflage 1999

DIECKMANN, Christoph: Volk bleibt Volk. Deutsche Gesichter, Ch. Links Verlag, Berlin, 1. Auflage 2001

FIX, Ulla (Hrsg.): Ritualität in der Kommunikation der DDR, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u.a., 1998

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ): Dokumentation „Alles über die Zeitung“, Verlag der FAZ GmbH, Frankfurt am Main, 19., neu überarbeitete Auflage 1987

GESERIK, Rolf / **KUTSCH**, Arnulf (Hrsg.): Publizistik und Journalismus in der DDR: Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff, Verlag K.G. Saur, München und andere, 1988

GRANZER, Andreas / **SCHNEIDER**, Christian F.: Journalismus im „Realsozialismus“ und im „Goldenen Westen“ zu Zeiten der Wende, unveröffentlichte Hausarbeit, Wien, 2000

HAAS, Hannes (Hg.): Mediensysteme – Struktur und Organisation der Massenmedien in den deutschsprachigen Demokratien, Braumüller, Wien, 2. geänderte Auflage, 1990

HACKER, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Ullstein, Berlin/Frankfurt am Main, 1992

HARTMANN, Nicolai: Teleologisches Denken, de Gruyter, Berlin, 2. unveränderte Auflage 1966

HABERMAS, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1996

HERTLE, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls, Ch. Links Verlag, Berlin, 1998

HOLZWEIßIG, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien, 2002

JARREN, Otfried / **BONFADELLI**, Heinz (Hrsg.) : Einführung in die Publizistikwissenschaft, Verlag Paul Haupt, Bern und andere, 2001

JUDT, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Ch. Links Verlag, Berlin, 2. durchges. Aufl. 1998

KEPPLINGER, Hans Mathias: Ereignismanagement – Wirklichkeit und Massenmedien, Verlag A. Fromm, Osnabrück, 1992

LA ROCHE, Walther von: Einführung in den praktischen Journalismus, List Verlag, München, 16., neu bearbeitete Auflage, 2003

LANGENBUCHER, Wolfgang R.: Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Braumüller, Wien, 1993

LUHMANN, Niklas: Die Politik der Gesellschaft, suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Frankfurt, 2000

LUKAS, Ingeborg (bearbeitet): Sie schreiben und redigieren die FAZ, Frankfurt am Main, 1991

MÄHLERT, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, Verlag C.H.Beck, München, 4. Auflage 2004

MATTHES, Jörg: Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten, Verlag Reiner Fischer, München, 2007

MARTEN-FINNIS, Susanne: Pressesprache zwischen Stalinismus und Demokratie. Parteijournalismus im ‚Neuen Deutschland‘ 1946-1993, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, 1994

MAYRING, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 10. Auflage 2008

MEYEN, Michael: Einschalten, Umschalten, Ausschalten? - Das Fernsehen im DDR-Alltag, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig, 2003

MÜLLER-ULLRICH, Burkhard: Medienmärchen. Gesinnungstäter im Journalismus, Karl Blessing Verlag, München, 1. Auflage 1996

NOELLE-NEUMANN, Elisabeth / **SCHULZ**, Winfried / **WILKE**, Jürgen (Hg.): Publizistik Massenkommunikation, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, 1997

PETER, Jochen: Medien-Priming – Grundlagen, Befunde und Forschungstendenzen in: Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, Heft 1, 47. Jahrgang 2002

POPPER, Karl: Lesebuch, Mohr Siebeck, Tübingen, 2. durchges. Auflage 1997

PÜRER, Heinz / **RAABE**, Johannes: Medien in Deutschland, Band 1 Presse, UVK Medien, Konstanz, 2., korrigierte Auflage 1996

RIEDEL, Heike (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit – 40 Jahre DDR-Medien, Vistas Verlag, Berlin, 1993

SARCINELLI, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Medien-gesellschaft, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, 1998

SCHEUFELE, Bertram: Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1. Auflage 2003

TELLKAMP, Uwe: Der Turm, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2008

WEBER, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, Olzog Verlag, München, 1994

WILKE, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Welt-krieg – Drittes Reich – DDR, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien, 2007

WOLLE, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Ch. Links Verlag, Berlin, 1. Auflage 1998

ZWEIG, Stefan: Sternstunden der Menschheit, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1995

QUELLEN:

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgaben von 01.01.1989 bis 31.10.1990

Neues Deutschland, Ausgaben von 01.01.1989 bis 31.10.1990

Internet-Quellen

Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse (AWA)

<http://www.awa-online.de>

Frankfurter Allgemeine Zeitung

<http://www.faz.net>

Neues Deutschland

<http://www.neues-deutschland.de>

Deutsche Presseagentur (dpa)

<http://www.dpa.de>

Miltons Areopagatica

http://www.dartmouth.edu/~milton/reading_room/areopagatica

Schwangerschaftsabbruch in der DDR

<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=56047465&top=S>

PIEGEL

Carl Schmitt

- Brockhaus Enzyklopädie <http://www.aom.apa.at>
- Online-Lexikon Wikipedia http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schmitt

Werner Lamberz

http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Werner_Lamberz

Attentat auf Oskar Lafontaine

APA-Basisdienst-Meldung Nr. 208 vom 26. April 1990 <http://www.aom.apa.at>

Klaus Steiniger

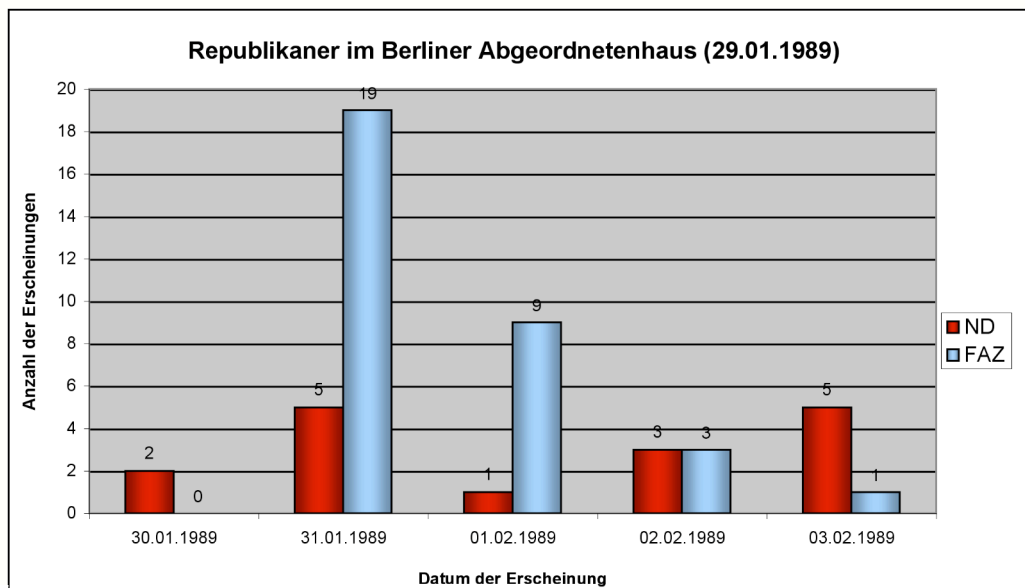
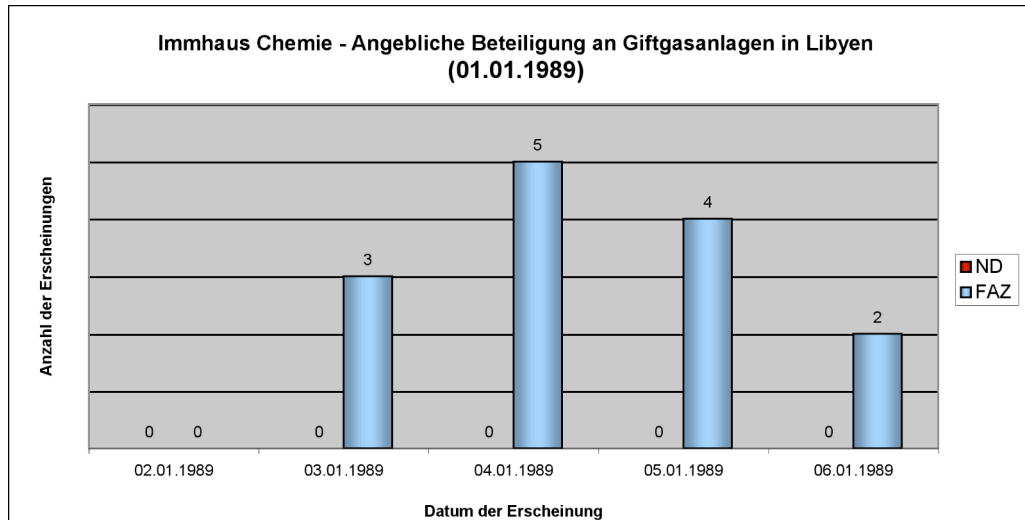
<http://www.amazon.de/CIA-FBI-Co-Kartell-US-Geheimdienste/dp/3360019415>

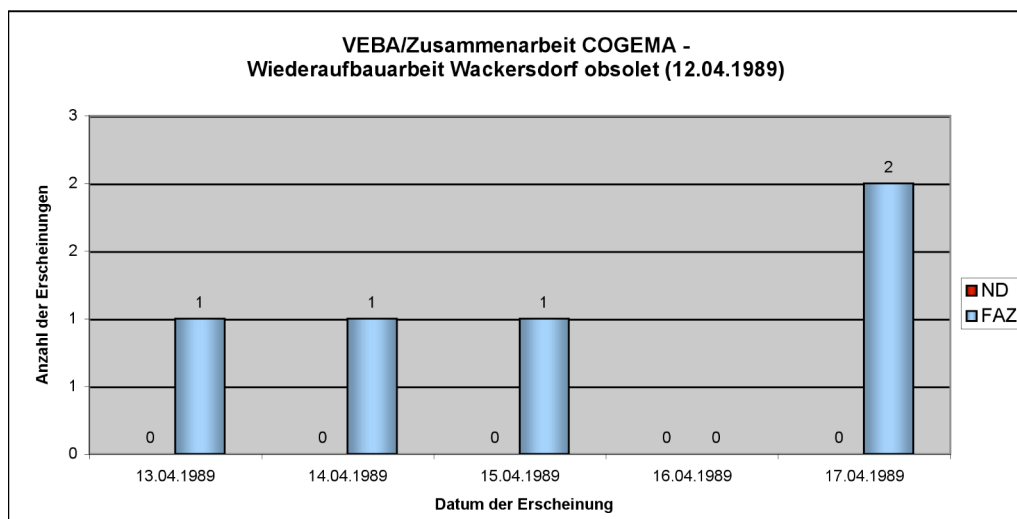
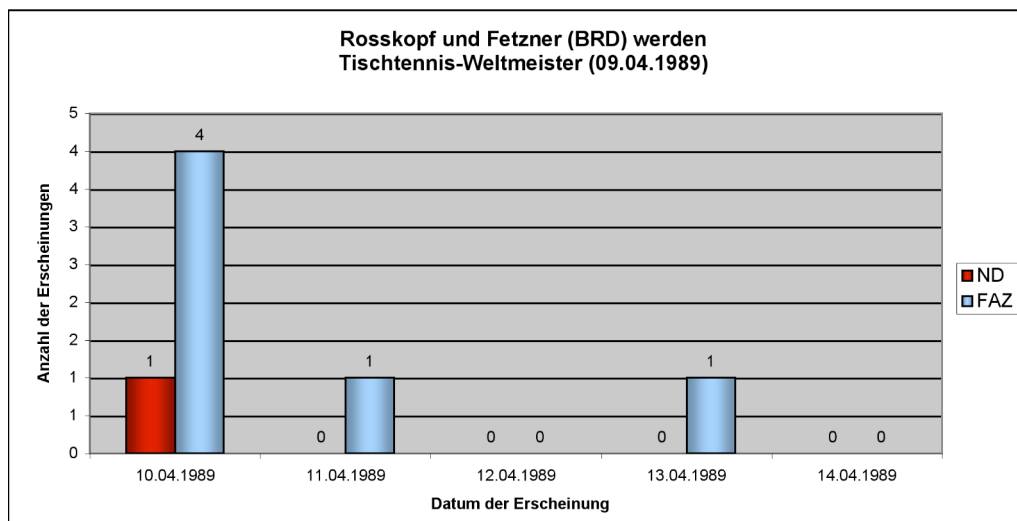
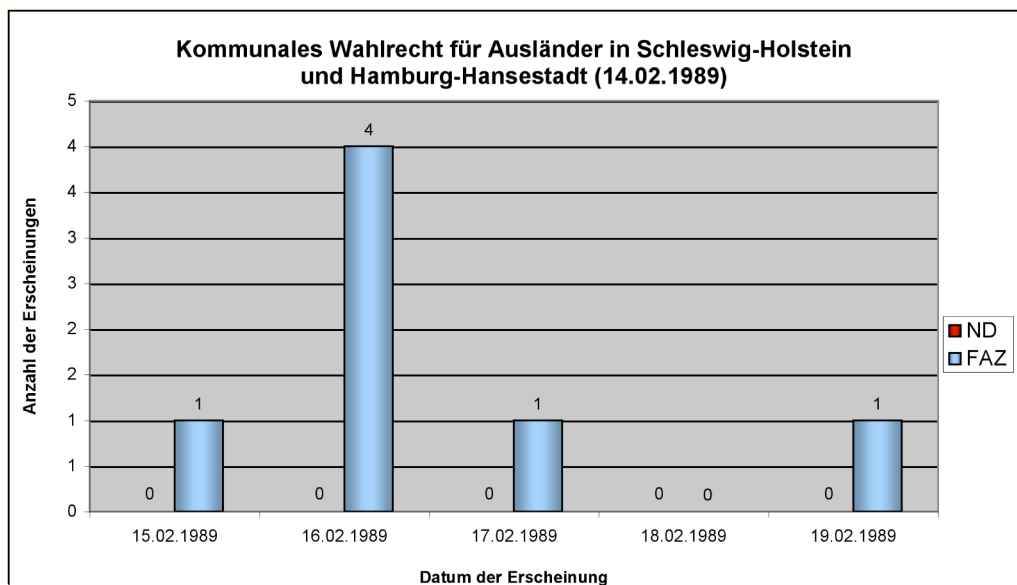
Abbildungsverzeichnis

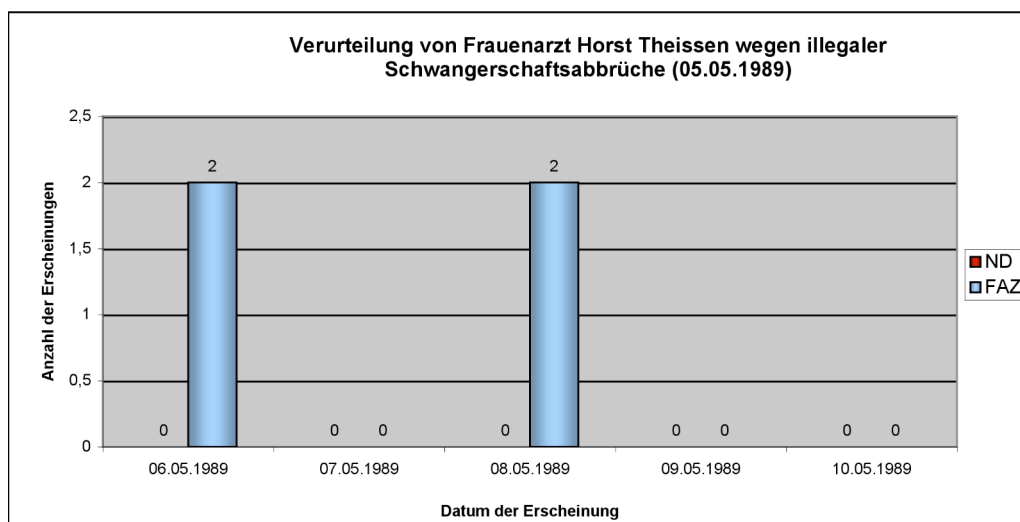
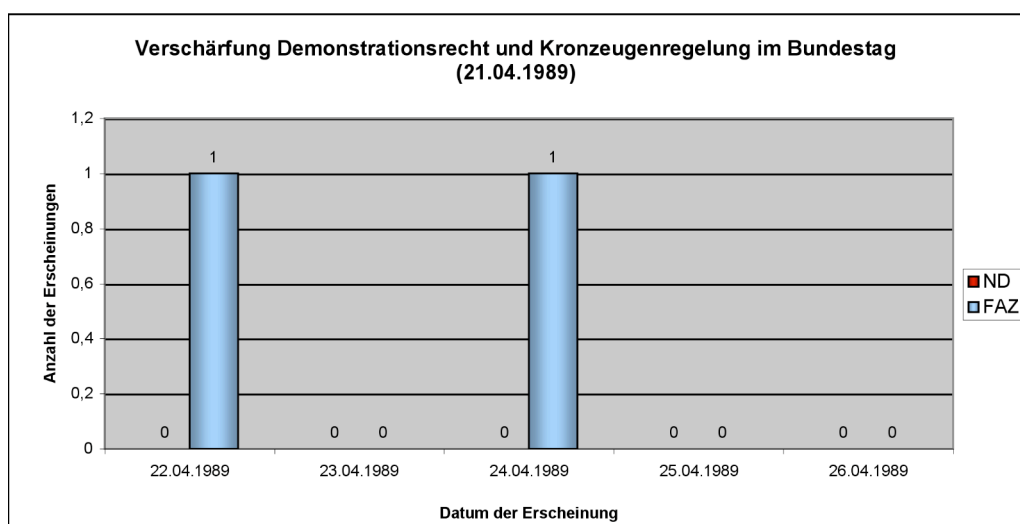
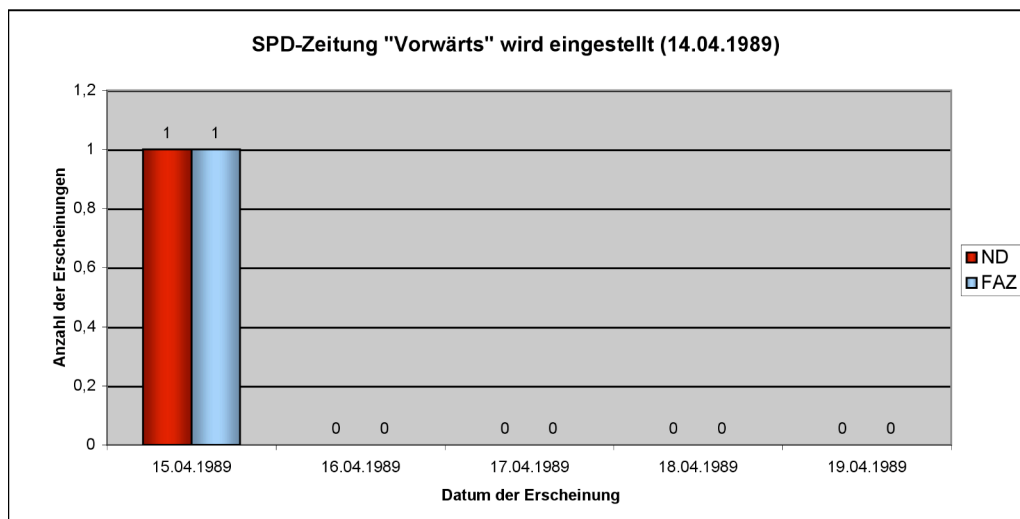
<i>Abbildung 1: Visualisiertes Agenda-Setting-Modell</i>	15
<i>Abbildung 2: Berichterstattung von ND/FAZ zum „40. Jahrestag der DDR“</i>	56
<i>Abbildung 3: Berichterstattung von ND/FAZ zur „Volkskammerwahl 1990“</i>	58
<i>Abbildung 4: Berichterstattung von ND/FAZ zur „Wiedervereinigung“</i>	59

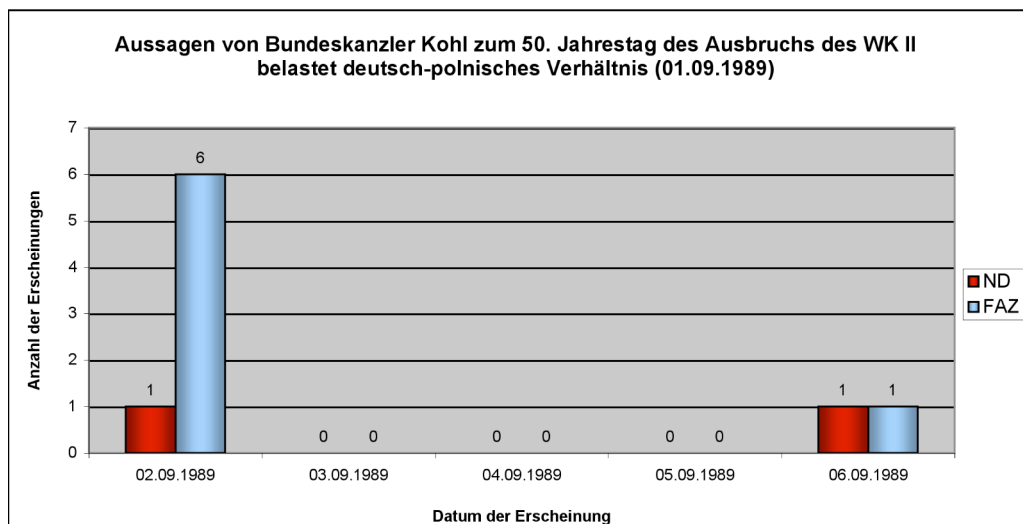
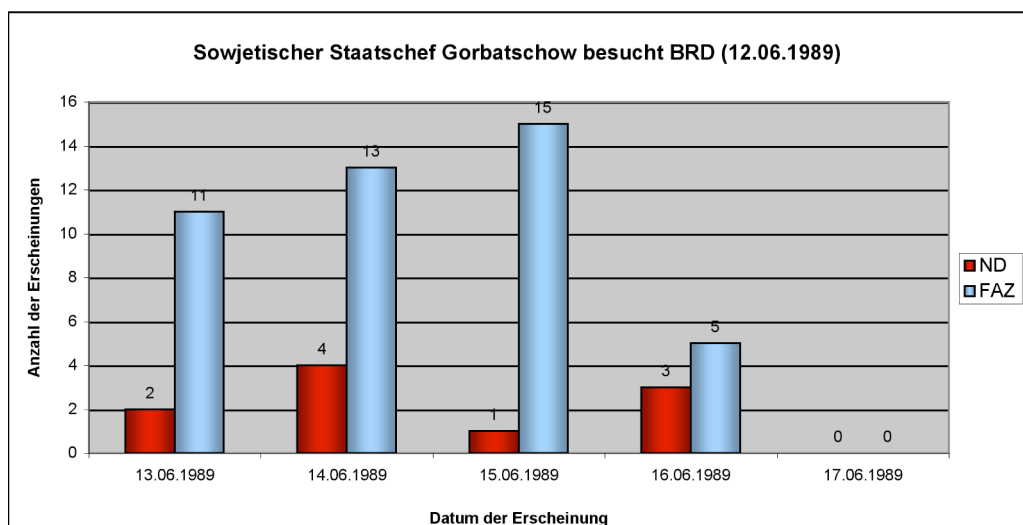
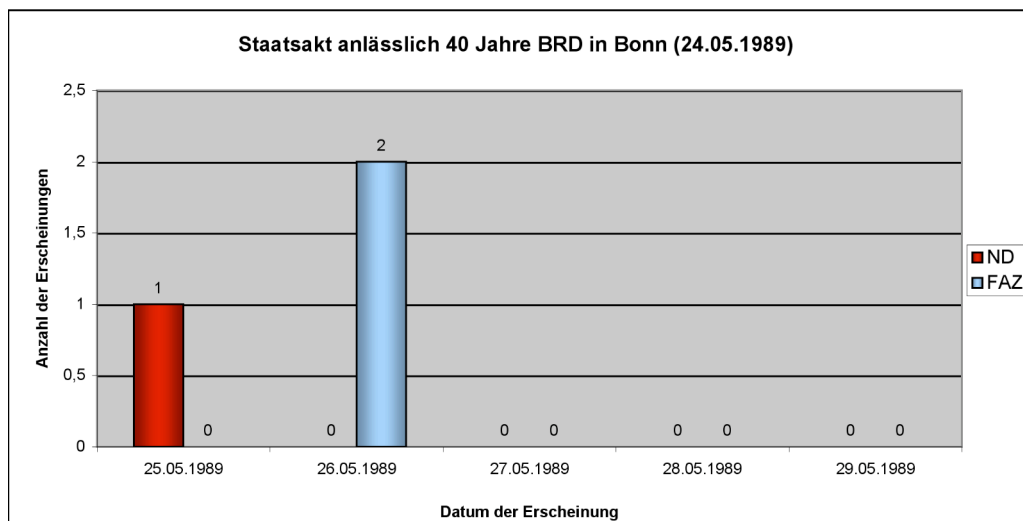
Anhang

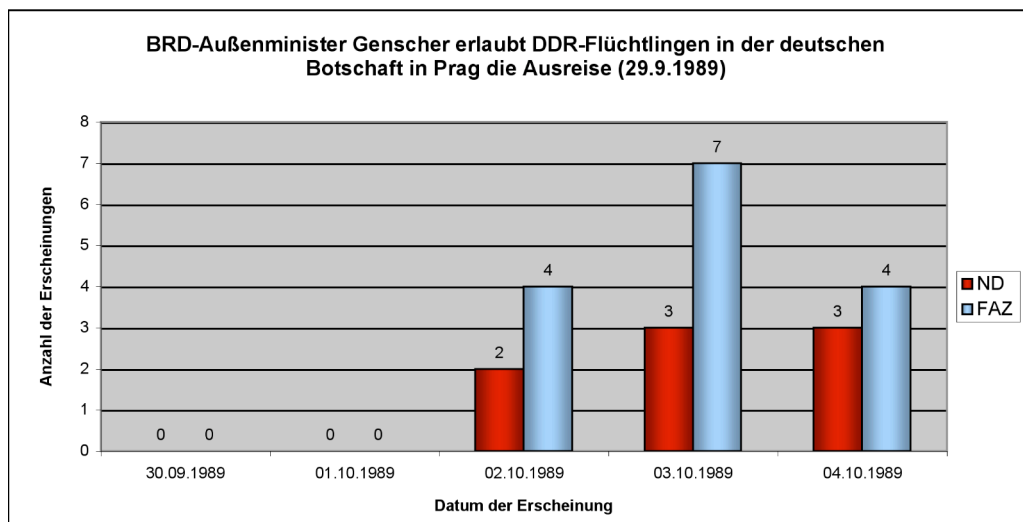
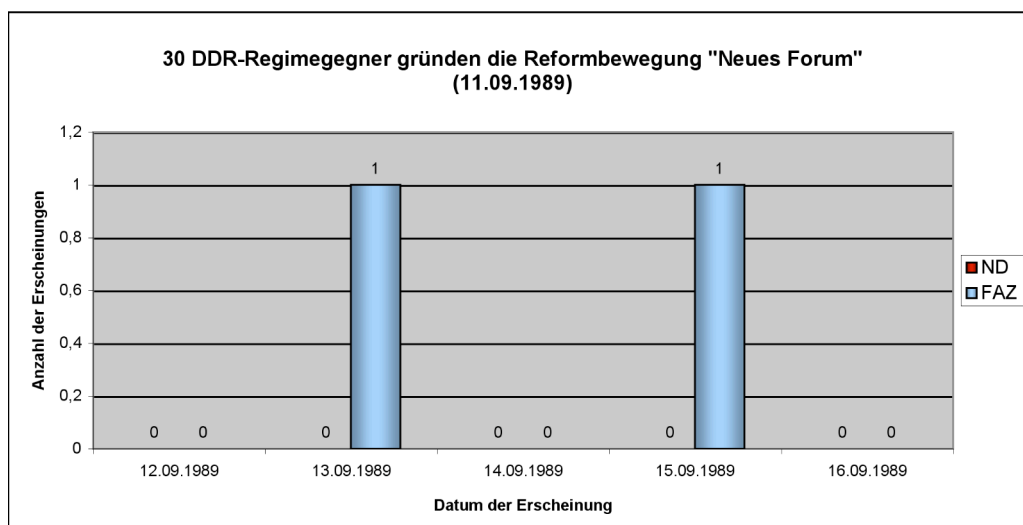
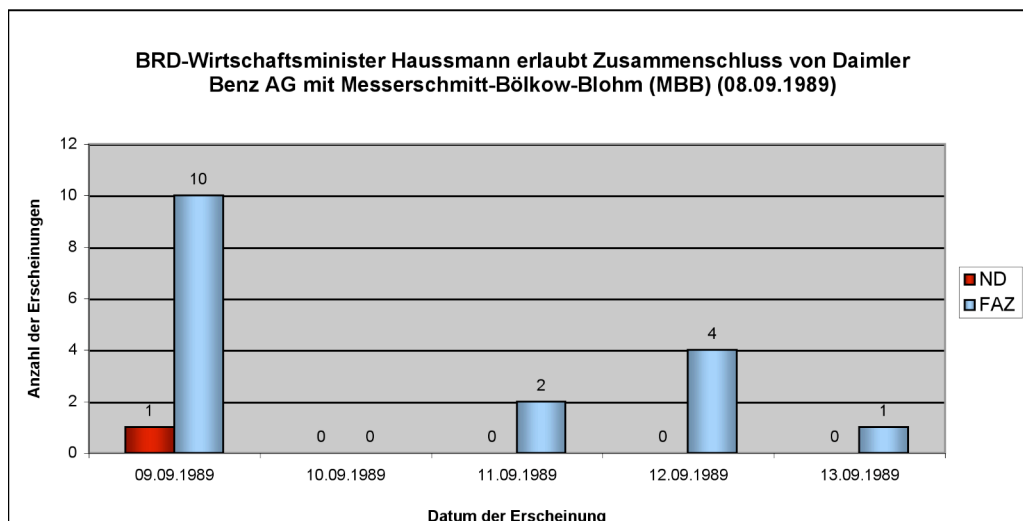
Erhebungen

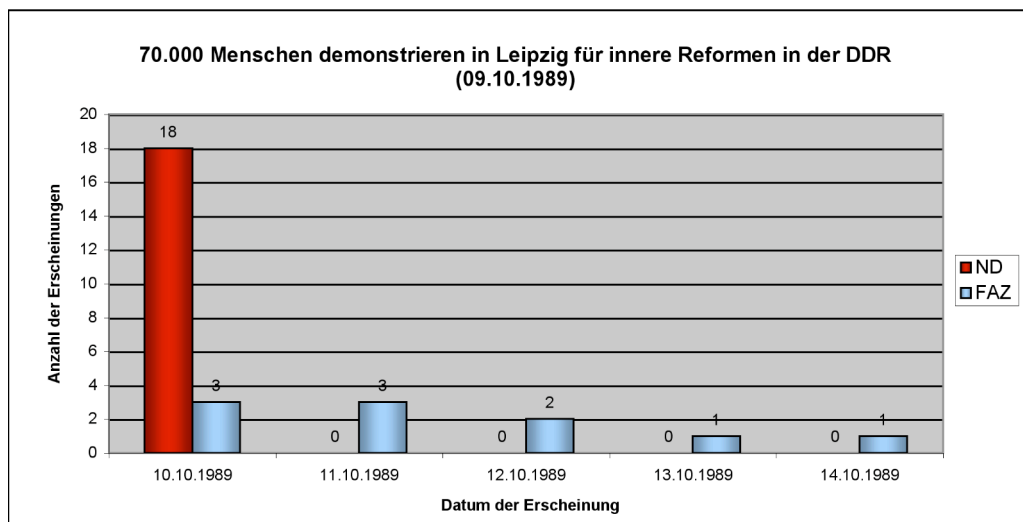
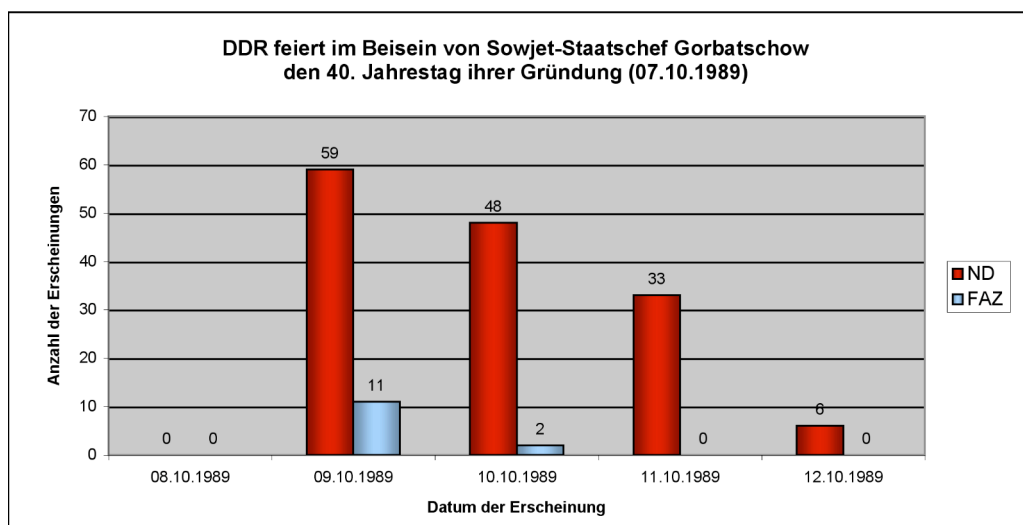
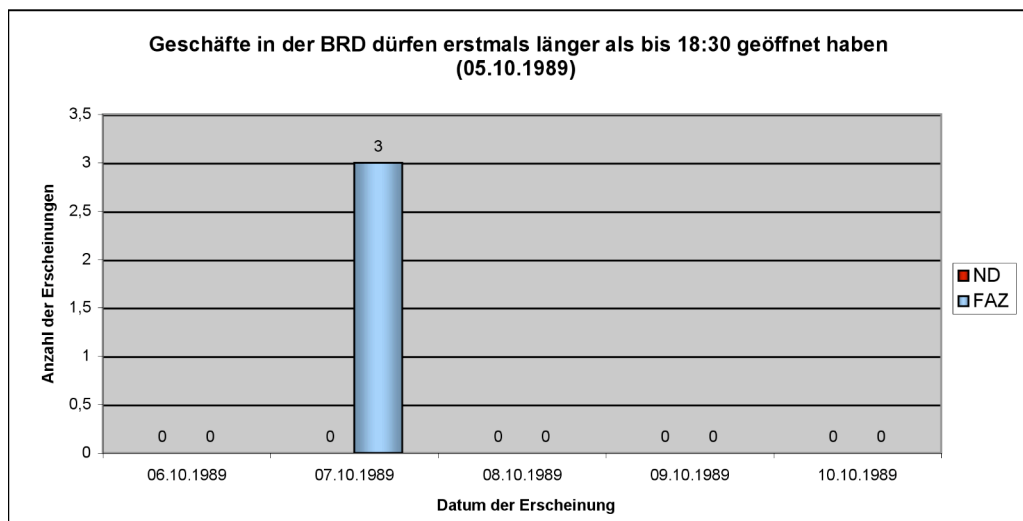


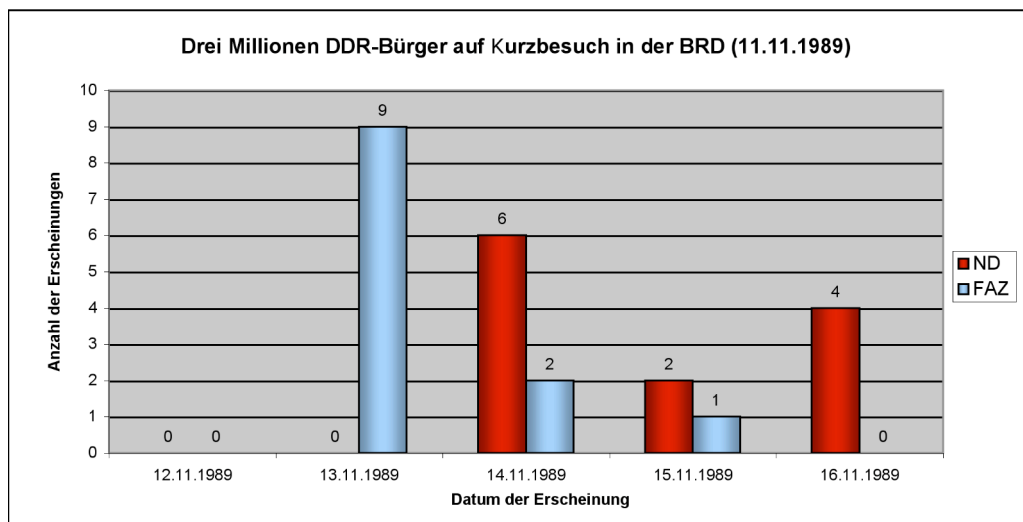
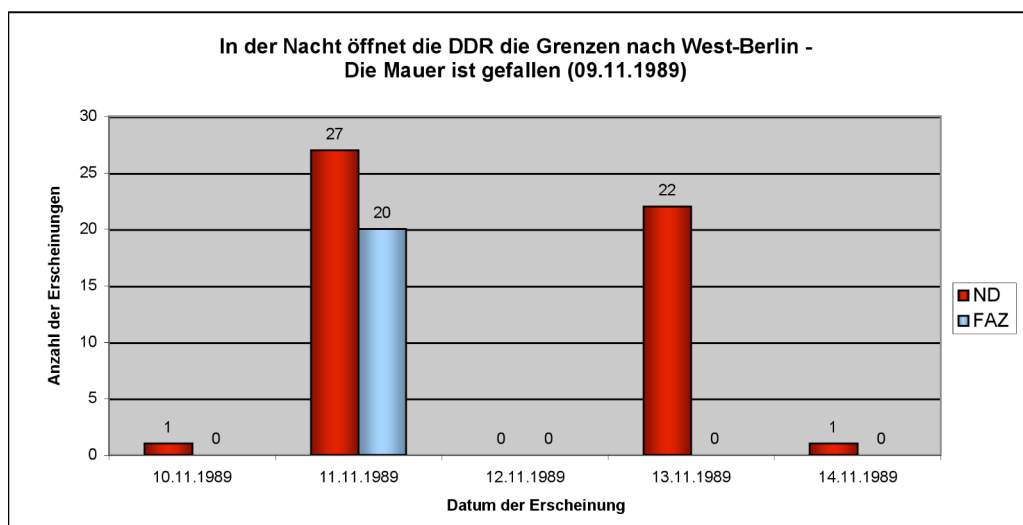
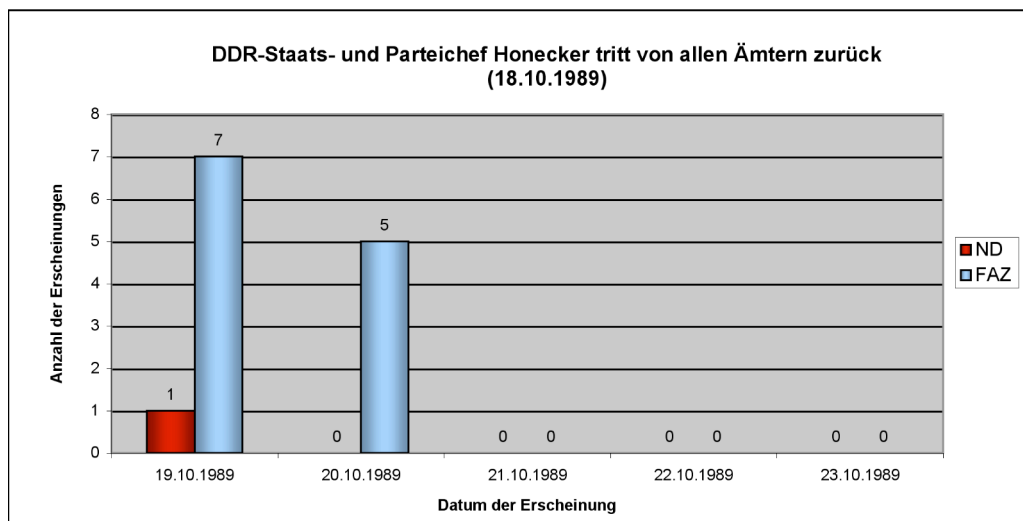


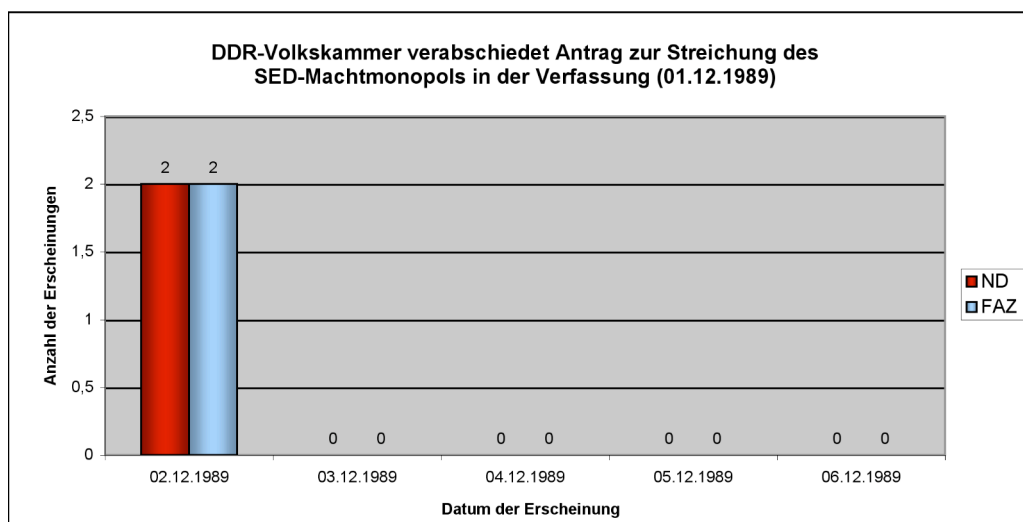
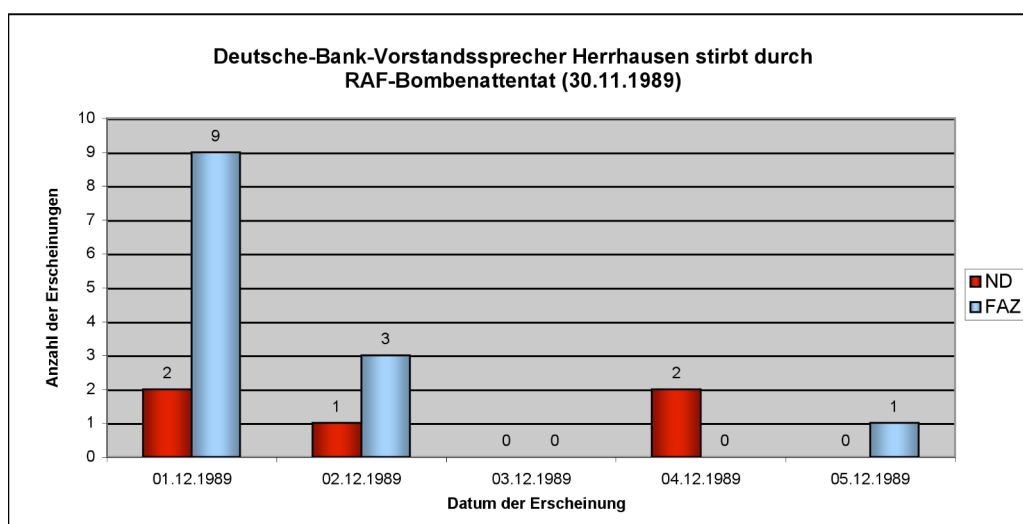
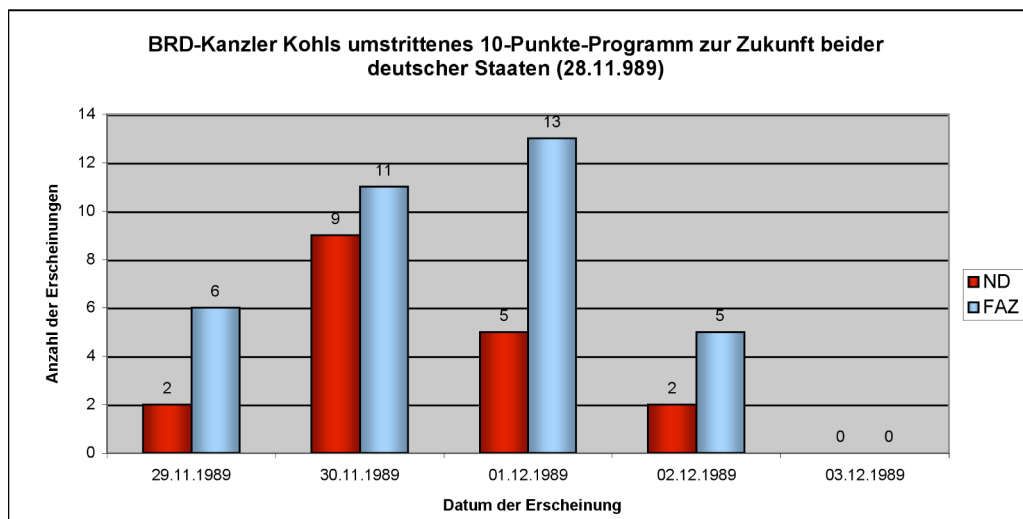


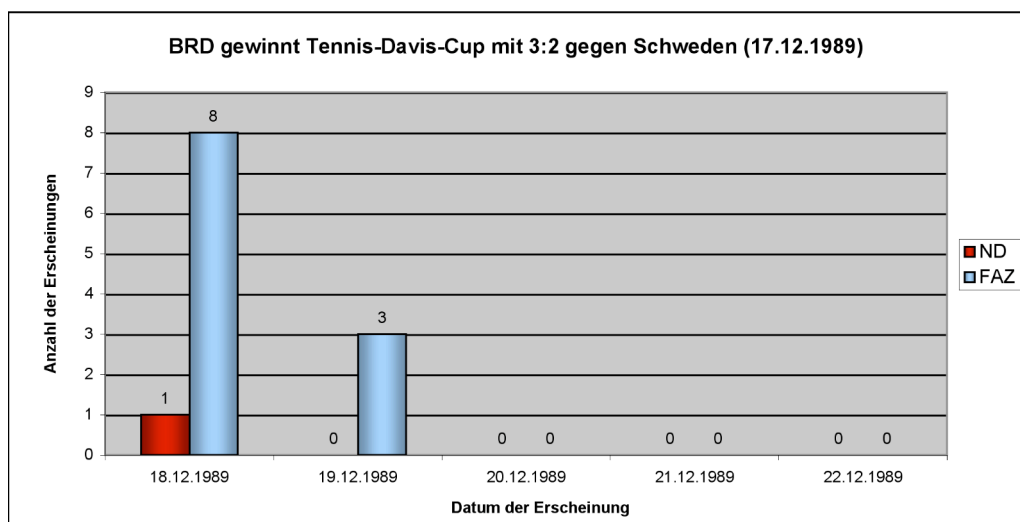
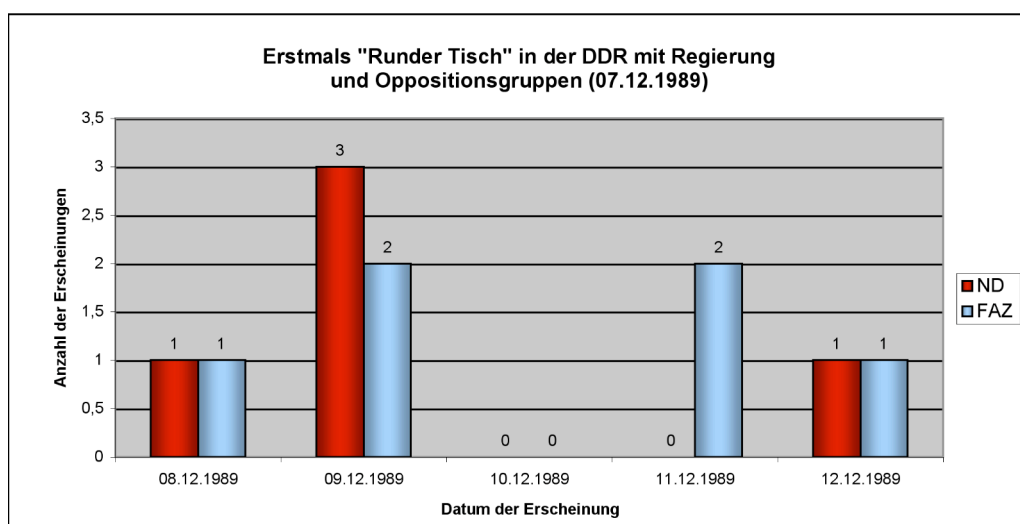
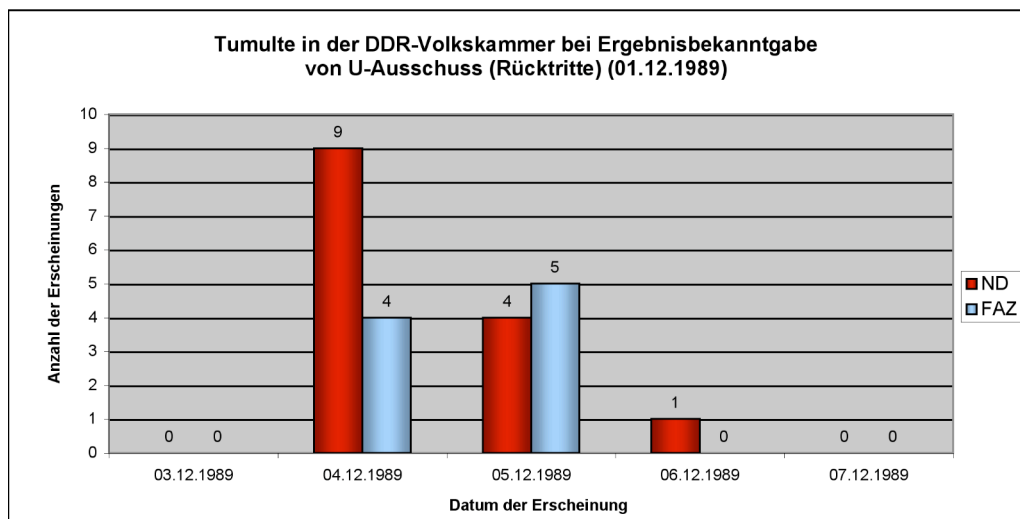


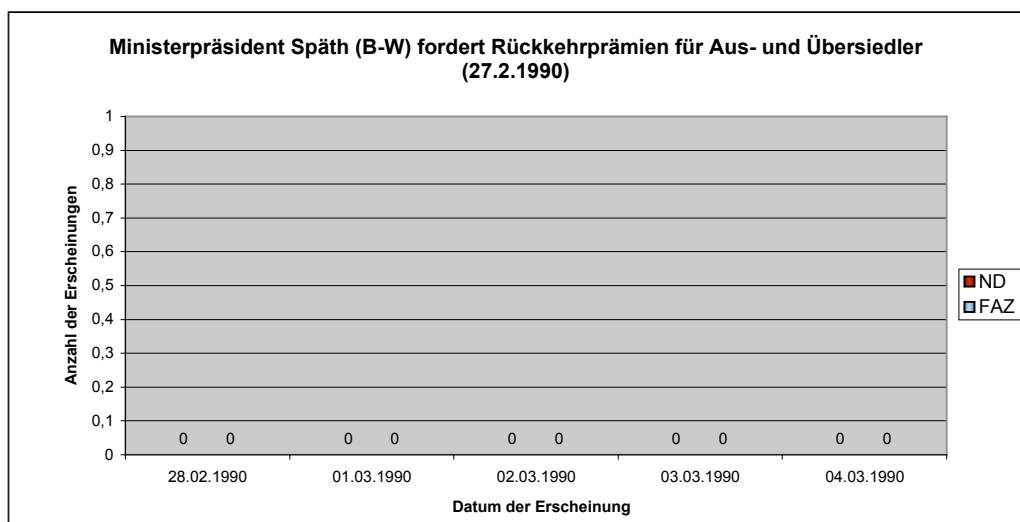
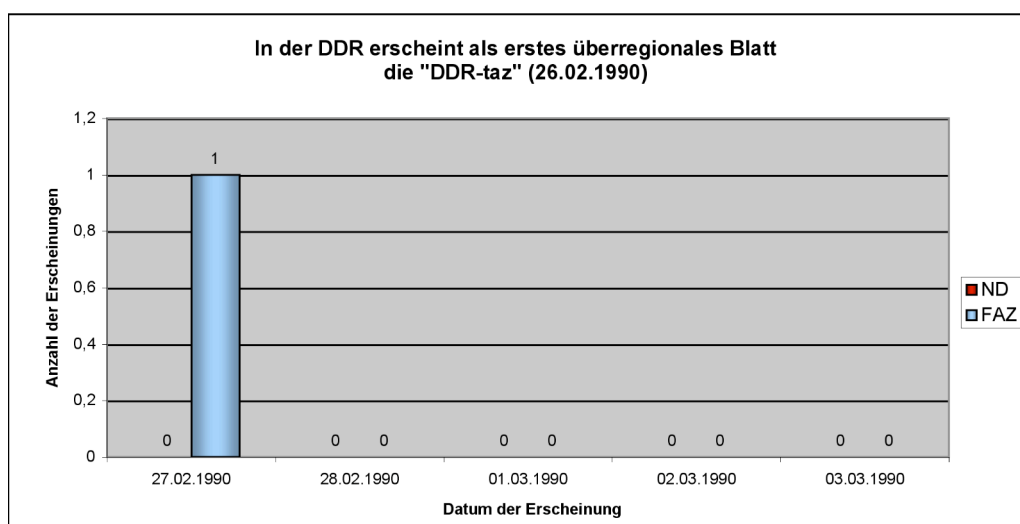
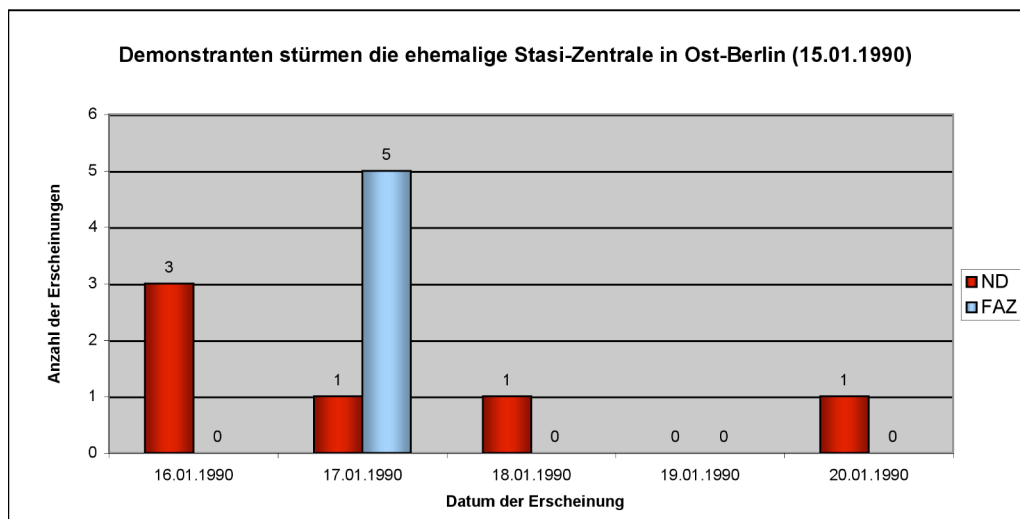


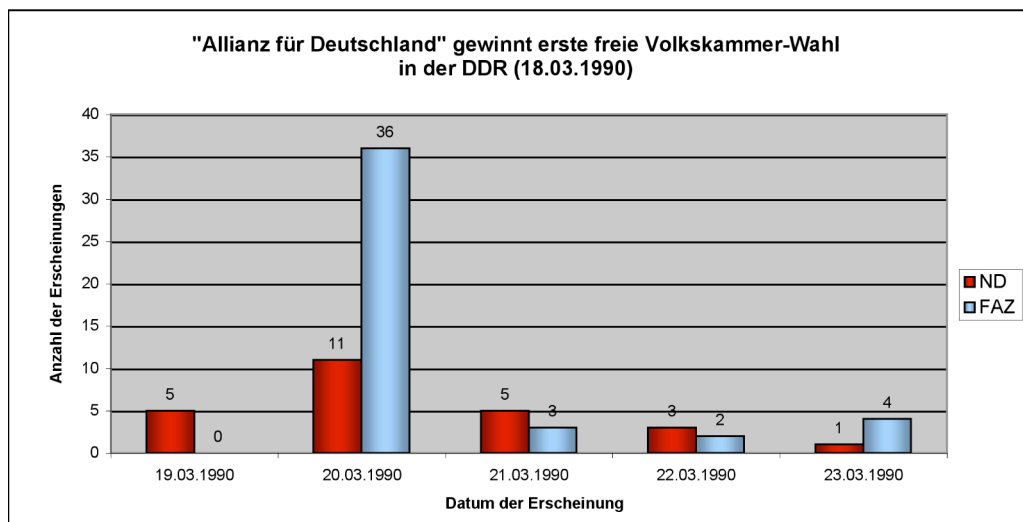
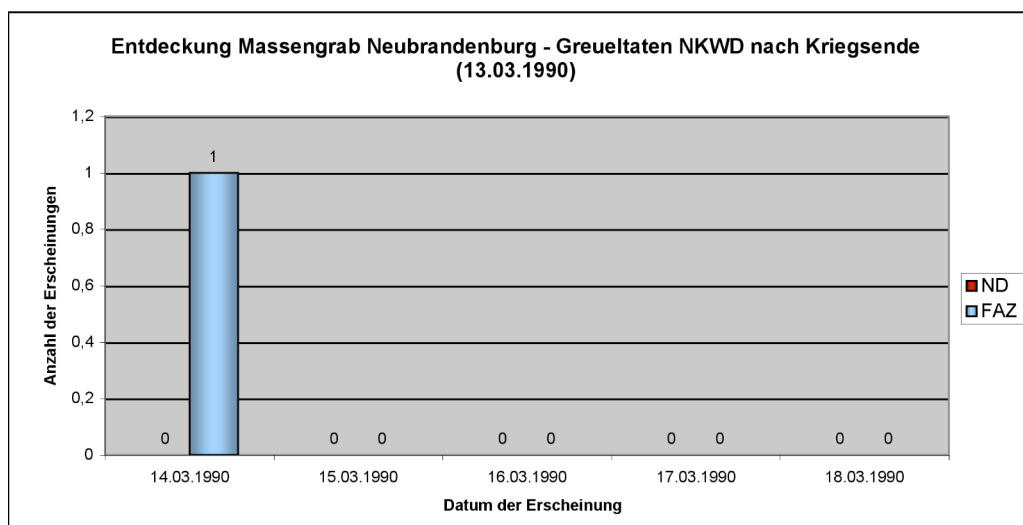
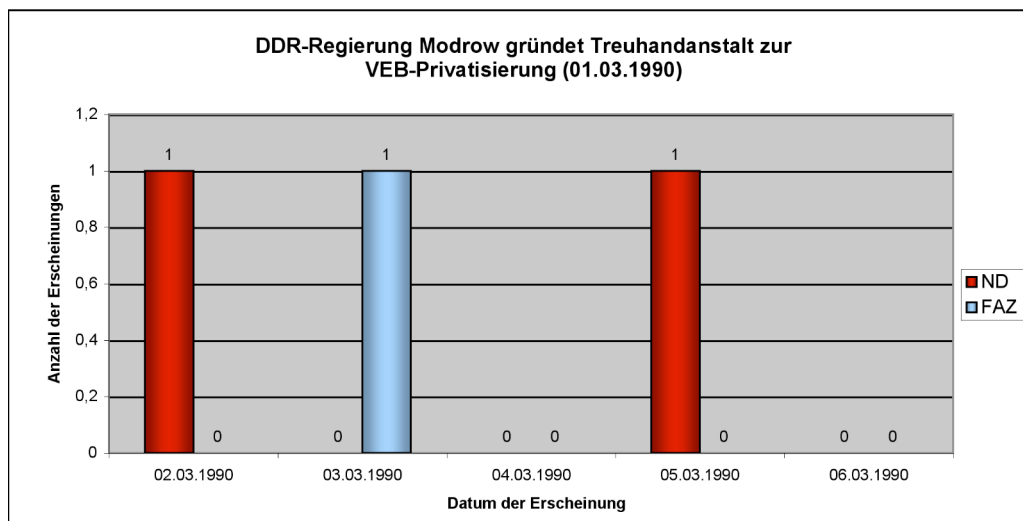


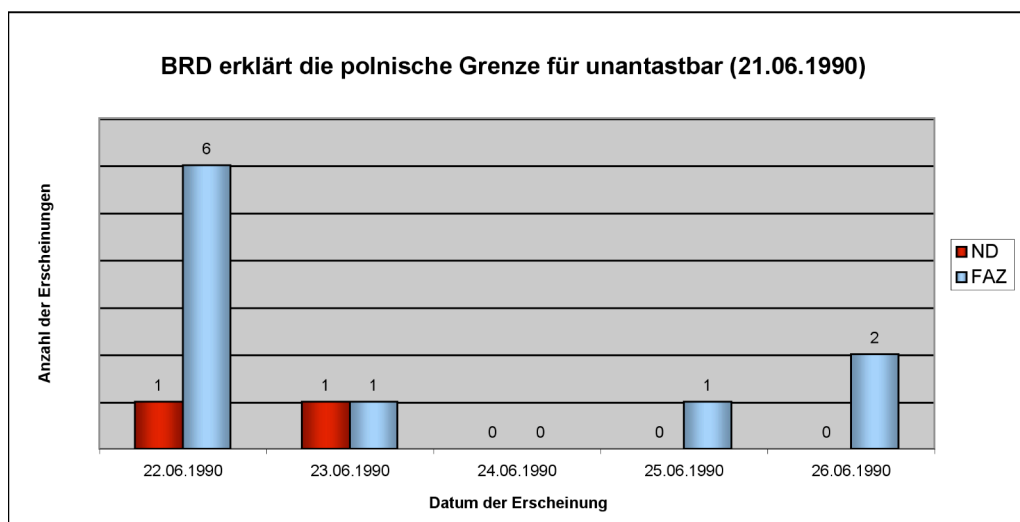
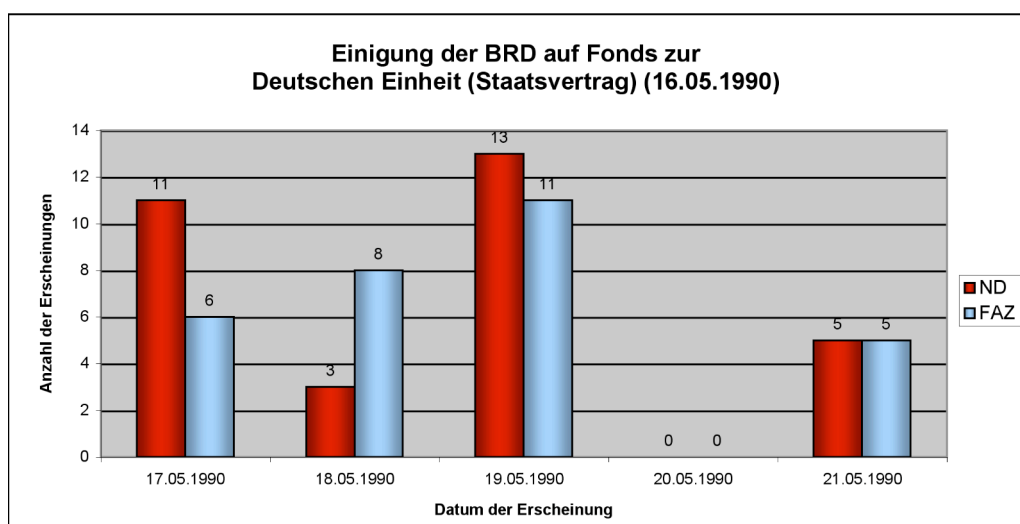
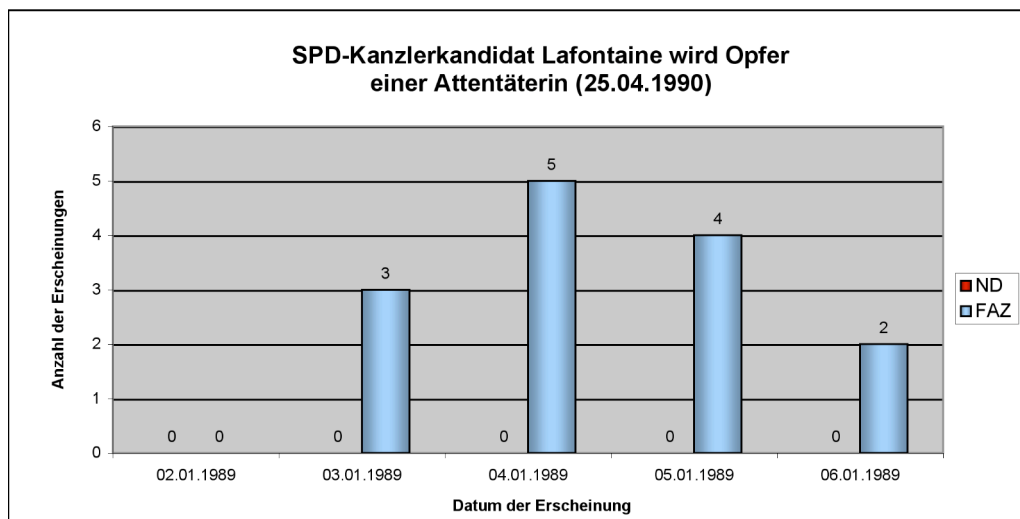


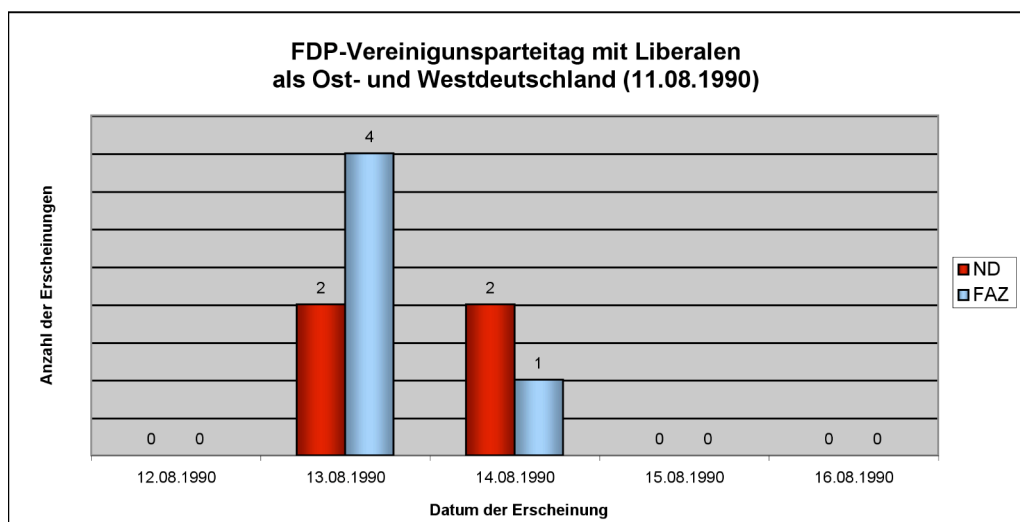
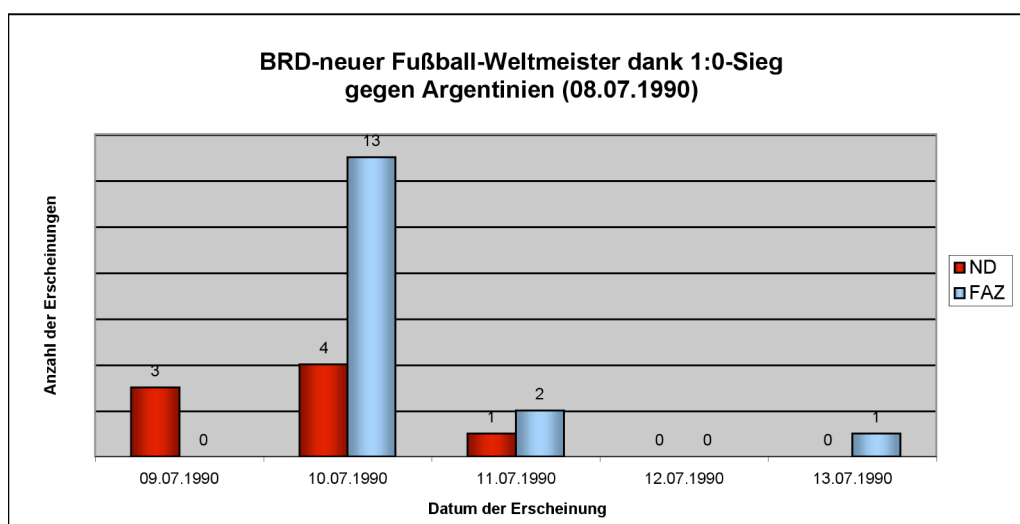
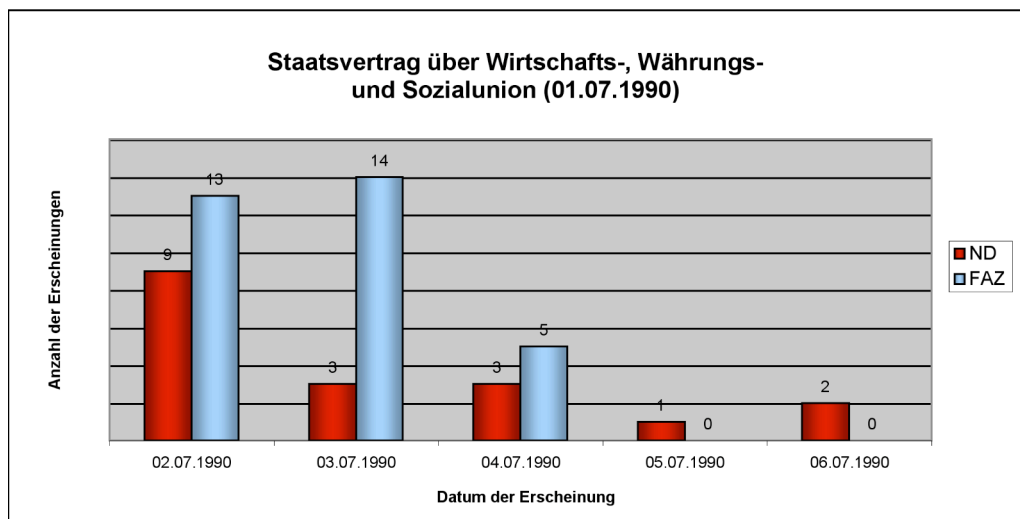




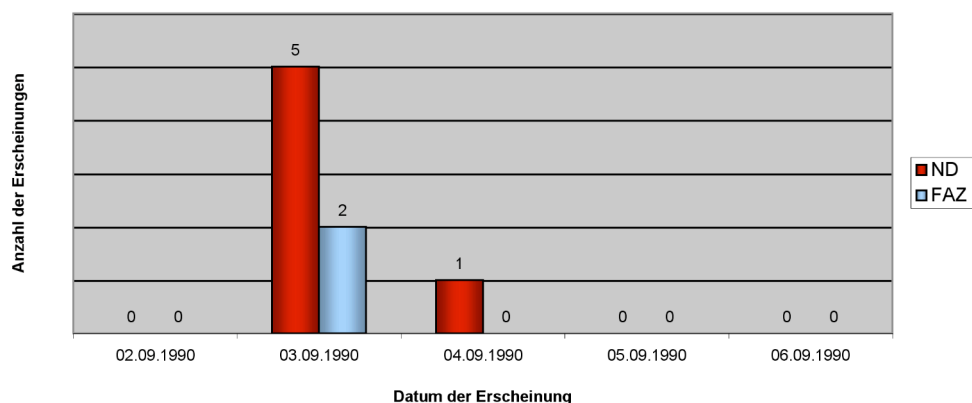




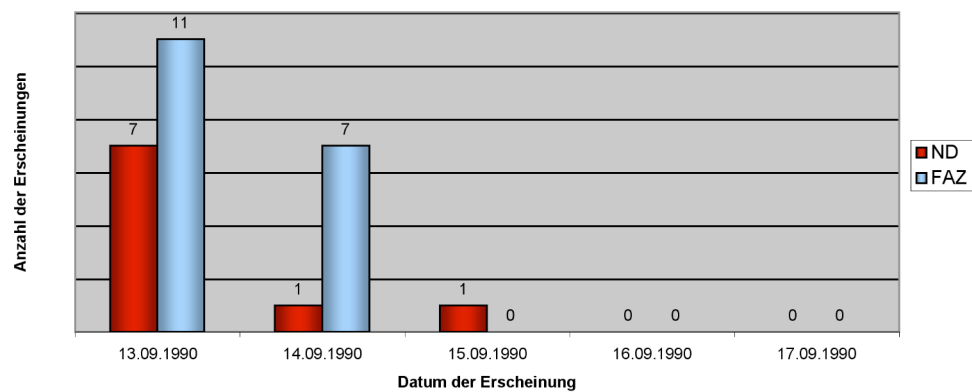




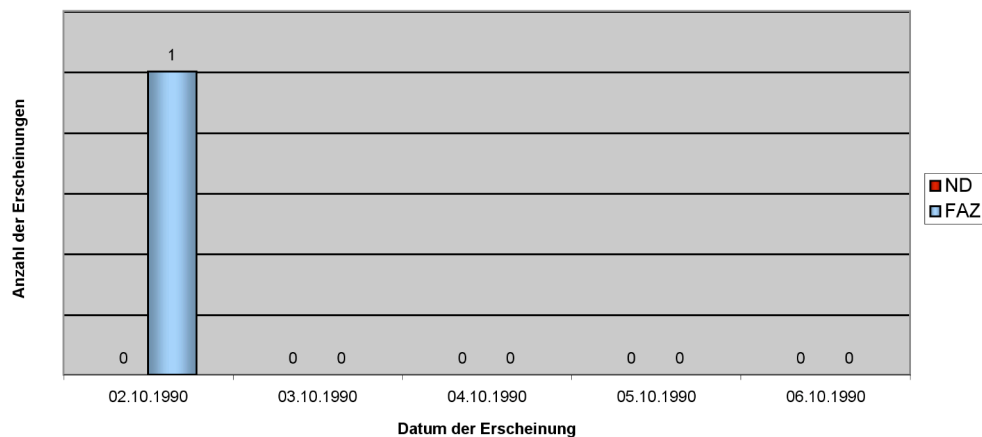
12 Goldmedaillen für DDR-Sportler bei Leichtathletik-WM (01.09.1990)

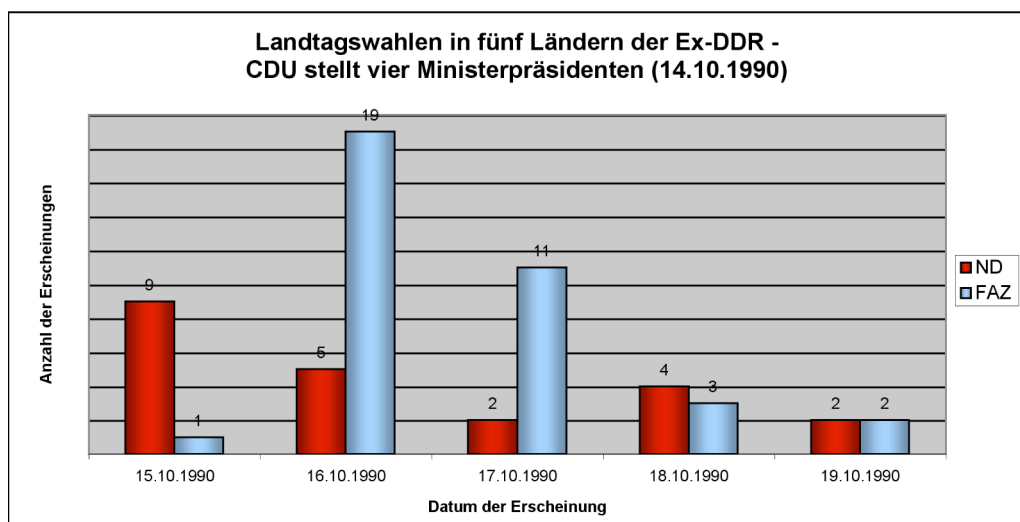
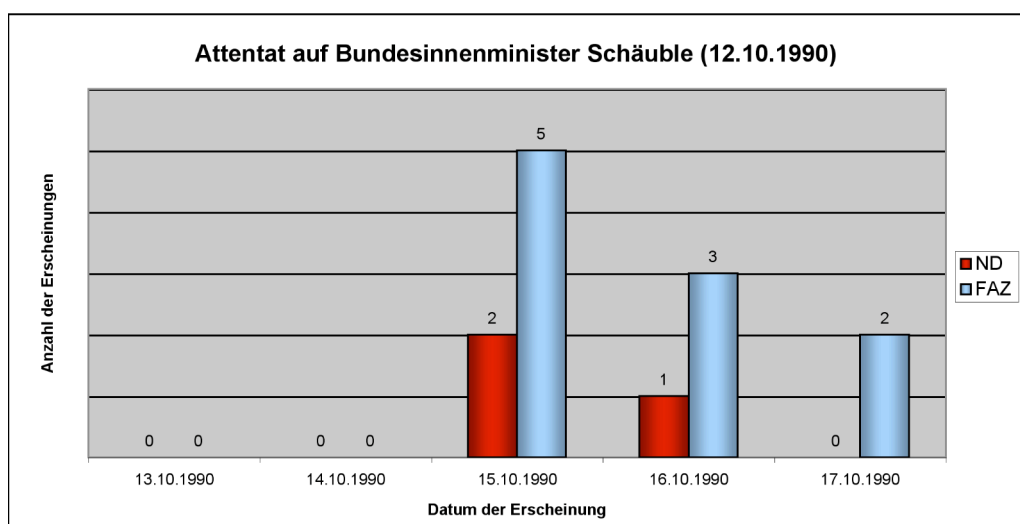
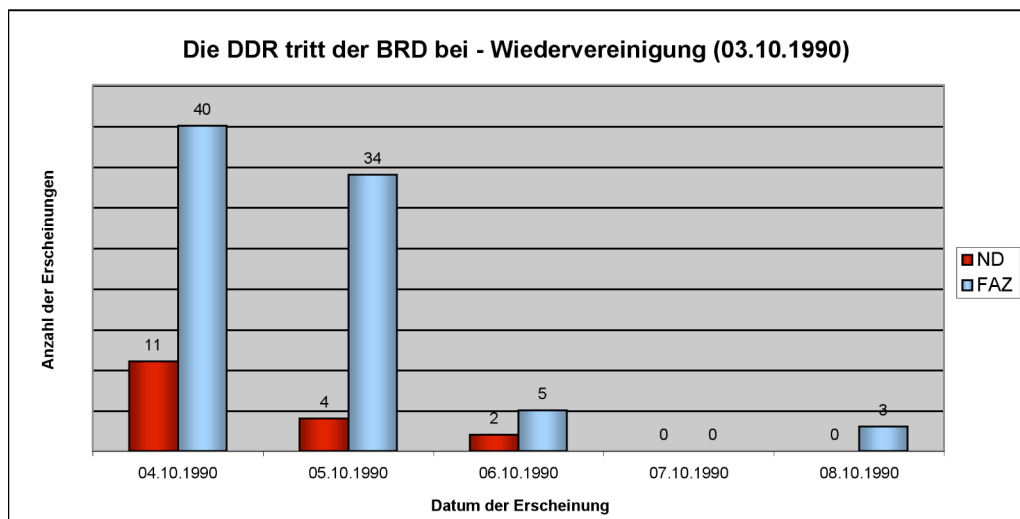


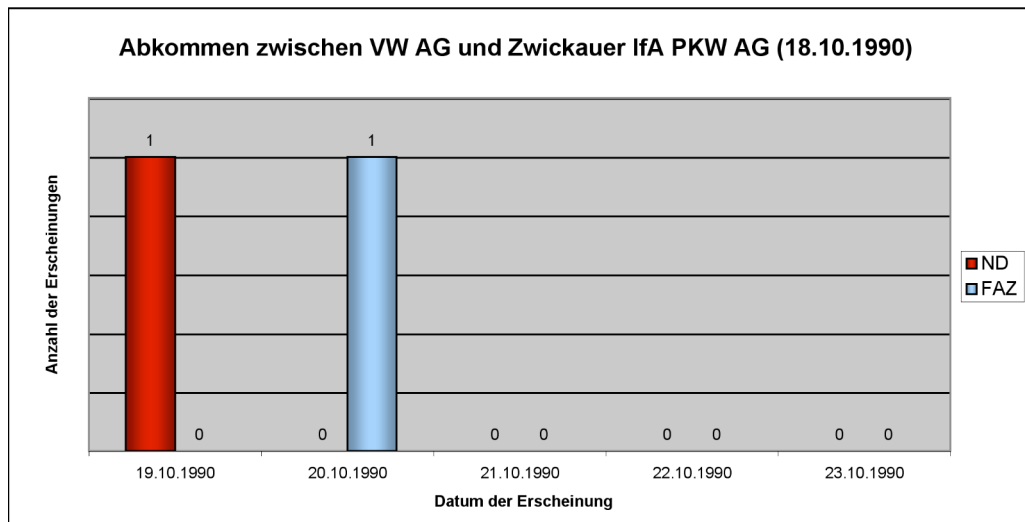
Unterzeichnung des Abschluss-Dokuments der 2+4-Gespräche (12.09.1990)



Ausgabe der 100- und 200-DM-Banknoten (01.10.1990)







	Nachricht	Kommentar	Interview	Reportage	Artikel	Betrachtung	Sonstiges, Programme etc.		zuständiger Politiker	kompetenter Wissenschaftler	kritischer Künstler	ehrlicher Arbeiter	Mann/Frau von der Straße	andere	nicht feststellbar	
40 Jahre BRD																
FAZ	4	3	0	0	4	0	1	12	6	1	0	0	0	0	0	7
ND	3	0	1	0	0	0	1	5	3	0	0	0	0	1	0	4
40 Jahre DDR																
FAZ	17	21	0	1	3	0	1	43	11	1	1	0	0	1	0	14
ND	82	1	1	1	8	6	34	133	83	1	0	4	0	2	1	91
Mauerfall																
FAZ	16	26	0	19	5	0	2	68	14	1	4	4	10	3	0	36
ND	48	3	2	13	1	3	1	71	21	1	1	12	4	5	1	45
Volkskammerwahl																
FAZ	43	33	0	11	12	0	0	99	39	3	1	1	2	0	4	50
ND	51	30	9	3	8	0	2	103	48	6	3	0	0	0	3	60

Kurzbeschreibung/Abstract

In der vorliegenden Arbeit stand die Untersuchung der Berichterstattung zu relevanten deutschlandpolitischen Ereignissen in einer Tageszeitung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und einer Tageszeitung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Mittelpunkt.

Kern der Untersuchung war einerseits die Frage, ob bestimmte Themen überhaupt Erwähnung finden oder vielleicht erst mit einer Zeitverzögerung in den beiden Medien Einzug halten. Neben diesen quantitativen Aspekten wurde andererseits ein wichtiges Augenmerk auch auf dahinter stehende, nicht sichtbare Faktoren gelegt, die sich mittels interpretativer (qualitativer) Methoden erklären lassen konnten.

Eines sei vorweg erwähnt: In dieser Arbeit sollte nicht versucht werden, eine bestimmte Ansicht zu dem einen oder anderen Gesellschaftssystem zu tätigen, sondern darzulegen, wie sich journalistische Arbeit in unterschiedlichen politischen Systemen manifestiert.

This diploma thesis examines how two important newspapers – one in Western Germany, the other one in the German Democratic Republic, report about the political events in Germany in the years 1989 and 1990.

The main objective is on the one hand whether it is mentioned anyway or if there is a timeshift between event and report. On the other hand it intends to show, that forms of expression (articles) and cited archetypes were changing in both media after the fall of the Berlin Wall.

Just to point it out clearly: The author's aim is not to judge about the different political systems. He just wants to compare the differences in the output of journalistic work.

Lebenslauf

Name: Andreas Granzer

Geburtsdatum: 07.05.1977

Geburtsort: Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

Eltern: Robert Granzer, Pensionist
Ingeborg Granzer, Hausfrau

Schulbildung: 1983 - 1987 Volksschule in Gerasdorf
1987 - 1991 Realgymnasium Wien 21, Ödenburgerstraße
1991 - 1996 HTBLA Wien 4,
Ausbildungszweig Energietechnik und Leistungselektronik

Universitäten: seit 1997 Universität Wien, Studienrichtung Publizistik-
und Kommunikationswissenschaft,
Zweifach Politikwissenschaft

Berufliche Praxis: 07/1993 OMV, Elektrowerkstätte
07/1994 Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS),
Elektrowerkstätte
07/1995 Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS), Planung
08/1996 Gemeinde Gerasdorf, Außendienst
07 - 08/1997 Gemeinde Gerasdorf, Außendienst
07/1998 Gemeinde Gerasdorf, Außendienst
07/1999 Gemeinde Gerasdorf, Außendienst
11/1999 – 09/2000 Futurekids Österreich, EDV-Trainer
09/2001 – 11/2001 update Sales GmbH, Marketing
seit 12/2001 APA – Austria Presseagentur,
Online-Redakteur

Präsenzdienst: 10/1996 - 05/1997, Smola-Kaserne, Großenzersdorf

Besondere Kenntnisse: PC (Microsoft Office, Adobe Photoshop, Adobe Indesign)
ECDL
Führerschein B
Fremdsprache Englisch

Hobbys: Wirtschaft, Politik, Sport (passiv)

Gerasdorf, 7. Juli 2009